

4. Soziale Arbeit und Integration im Kapitalismus

*Was an dir Berg war
Haben sie geschleift
Und dein Tal
Schüttete man zu
Über dich führt
Ein bequemer Weg.
– Bertolt Brecht*

Mit der doppelten – der politischen und der industriellen – Revolution hatte im 18. Jahrhundert die Moderne begonnen. Bei näherer Betrachtung fällt aber schnell die immense Heterogenität dieses Zeitabschnitts auf, sodass der Versuch weiterer Periodisierungen folgerichtig erscheint.¹⁹⁴ Kann das 19. Jh. wesentlich als Zeit der Industrialisierung und ihrer endgültigen Durchsetzung verstanden werden, bedarf das 20. Jh. einer intensiveren Betrachtung. Hobsbawm teilt das 20. Jh. in ein „Katastrophenzeitalter von 1914 bis zu den Nachwirkungen des Zweiten Weltkriegs“ (Hobsbawm 2012: 20), „eine Art von Goldenem Zeitalter“ (ebd.) bis in die „frühen siebziger Jahre[n]“ (ebd.) des 20. Jh., sowie eine anschließende „Ära des Verfalls, der Unsicherheit und Krise“ (ebd.). Insbesondere die Betrachtung dieses dritten Abschnitts wird in den Geistes- und Sozialwissenschaften häufig debattiert. So wurde wiederholt konstatiert, dass die modernen Gesellschaften im letzten halben Jahrhundert noch einmal einen starken Wandel durchlaufen haben, was sich in den theoretischen Reflexionen niederschlägt. Beck z. B. sieht die Gesellschaft im Untertitel seines Buches *Risikogesellschaft* „[a]uf dem Weg in eine andere Moderne“ (Beck 1986). Er nimmt Bezug auf den Begriff „Postmoderne“, den er als Versuch interpretiert, die Gegenwart zu verstehen – eine „Wirklichkeit [...], die aus den Fugen zu geraten scheint“ (ebd.: 12). Beck betont, dass der Begriff „Postmoderne“ weiterhin mit Begriffen und Theorien der Moderne ope-

194 Günther weist darauf hin, dass „[g]enauere Untersuchungen der ökonomischen und sozialen Geschichte einzelner Regionen [...] allgemeine Grenzziehungen für historische Perioden als nicht sachgemäß erscheinen [lassen]“ (Günther 2007: 22766). Dennoch können Periodisierungen – auch im Kontext der vorliegenden Arbeit – dabei helfen, die Auseinandersetzung mit historischen Entwicklungen zu strukturieren.

rieren muss. Für Meier ist „Postmoderne“ *ein* Aspekt der Moderne, im Sinne einer Radikalisierung der Moderne innerhalb derselben. So sei – entgegen früheren Verwendungsweisen – der Begriff inzwischen dabei, „den Charakter eines eigenständigen Epochenbegriffs zu verlieren“ (Meier 2007: 28051).

Dennoch ist zu konstatieren, dass in den letzten Jahrzehnten gesellschaftliche Veränderungen vorstattengegangen sind, die auf eine Etablierung einer „in vieler Hinsicht *neuartigen* Phase in der Geschichte der Moderne“ (Baumann 2003: 8, kursiv im Original) hindeuten. Grundlage der Moderne ist nach Baumann die Errichtung einer „neue[n] Ordnung, die in erster Linie in ökonomischen Begriffen definiert wurde“ (ebd.: 10); Bedingung hierfür war die Abschaffung alter Traditionen und Verbindlichkeiten. Dass nun Teile der zu Beginn der Moderne entstandenen Orientierungen und Mustern wieder flüchtig werden, scheint nur folgerichtig.

Für Baumann spielt „Arbeit die Hauptrolle im Projekt der Moderne“ (ebd.: 161). Insofern ist es kaum überraschend, dass gerade im Bereich der Arbeit weitreichende Veränderungen festgestellt werden können, die eng mit dem Aufkommen einer „zweiten Moderne“ verknüpft (vgl. ebd.: 165f.) und inzwischen von vielen Autor*innen thematisiert worden sind. Für die Frage der Periodisierung der Moderne ergeben sich daraus auch neue Anknüpfungspunkte: So bietet etwa Beck neben „Postmoderne“ auch den Begriff des „*Postindustrialismus*“ (Beck 1986: 12, kursiv im Original) zur Beschreibung der Veränderungen in den letzten Jahrzehnten an. Damit ist eine direkte Bezugnahme auf die Industrialisierung und die industrielle Arbeit verbunden, die die Moderne bis in die Mitte der zweiten Hälfte des 20. Jh. wesentlich prägte. Postindustrialisierung würde dann eine Phase kennzeichnen, in der die zentrale Stellung industrieller Arbeit brüchig geworden ist.

Raphael konstatiert für die 1970er Jahre neue Entwürfe von Gesellschaften „als ‚postindustrielle‘ oder ‚Dienstleistungsgesellschaften‘“ (Raphael 2019: 10). Im Rahmen von Dienstleistungen werden im Gegensatz zur industriellen Produktion immaterielle Güter hergestellt (vgl. Richter 2012: 9f.); eine Dienstleistungsgesellschaft wäre entsprechend zentral durch die Erbringung von Dienstleistungen gekennzeichnet. Ungeachtet der Frage, inwieweit eine solche Diagnose im nationalen oder kontinentalen Maßstab empirisch tatsächlich zutreffend ist, soll dieser Begriff in der vorliegenden Arbeit keine Verwendung finden; so sind auch Gegenwartsgesell-

schaften von industrieller Produktion nicht unabhängig.¹⁹⁵ Vielmehr wurde diese im Rahmen von Globalisierungsdynamiken lediglich in andere Teile der Welt ausgelagert – ein wesentliches Merkmal der zweiten Moderne (vgl. Dürrschmidt 2018: 155f.).

Pongratz/Voß teilen die Moderne in die Phasen Frühkapitalismus, Fordismus und Post-Fordismus (Pongratz/Voß 2004: 26). Der Begriff „Fordismus“ bezeichnet eine Art der Produktion, die sich durch Standardisierung von Waren und Produktionsabläufen sowie die damit zusammenhängende Massenproduktion für die Versorgung breiter Bevölkerungsteile mit Konsumgütern auszeichnete und etwa vom Ende des Ersten Weltkriegs bis in die Mitte der zweiten Hälfte des 20. Jh. in der westlichen Welt maßgeblich war. Die mit diesem Begriff beschriebene Spanne ist zeitlich mit den ersten beiden von Hobsbawm herausgearbeiteten Phasen deckungsgleich. Die Bezeichnung bezieht sich auf den Unternehmer Henry Ford, der zu Beginn des 20. Jh. neue Standards im Umgang mit Mitarbeiter*innen setzte: Höhere Löhne und feste Arbeitsverträge sollten einen möglichst niedrigen Stand an Flexibilität garantieren, um die „Angestellten ein für allemal an das Unternehmen zu binden, damit sich die Investitionen in ihre Ausbildung für ihn amortisierten“ (Baumann 2003: 170). Darüber hinaus war es den Angestellten von Ford nun möglich, die konzerneigenen Produkte zu kaufen, sodass der eigene Absatzmarkt vergrößert werden konnte.

Im Gegensatz dazu basiert die Ökonomie des Post-Fordismus auf spezialisierter und flexibler Produktion sowie zum nicht unwesentlichen Teil auf Dienstleistungen (vgl. Hillmann 2007c: 232f.). Ob der Übergang vom Fordismus zum Postfordismus jedoch, wie Hillmann argumentiert, vor allem oder gar ausschließlich auf die Individualisierung der Lebensformen zurückzuführen ist (vgl. ebd.), muss hinterfragt werden: So dürften Verschiebungen der Produktion zwischen den Weltregionen wesentlich mit der Höhe der Lohnkosten oder gesetzlichen Produktionsrestriktionen in Verbindung stehen. Klar ist, dass Individualisierung auf der einen Seite und Veränderungen in der Art der gesellschaftlichen Produktion und der globalen Arbeitsteilung auf der anderen Seite eng zusammenhängen. Die

195 Außerdem können hier Adornos Einwände gegen eine unreflektierte Verwendung des Begriffs „Industriegesellschaft“ geltend gemacht werden: dass ein solcher Begriff zu sehr die Seite der Produktivkräfte betont, während die Produktionsverhältnisse als entscheidende gesellschaftliche Gegebenheiten unbeleuchtet bleiben (vgl. Adorno 2018a: 364f.). Ähnliches ließe sich für Begriffe wie Wissens- oder Informationsgesellschaft festhalten, die ihrerseits die Bedeutung von Wissen bzw. Information für die gesellschaftliche Produktion herausstellen.

Gefahr eines eurozentrischen Blickwinkels ist – ähnlich wie im Fall des Begriffs der Dienstleistungsgesellschaft – auch bei dieser Einteilung nicht von der Hand zu weisen. Dennoch soll sie für die vorliegende Arbeit übernommen werden. Der Grund hierfür liegt vor allem in der mit der Einteilung verbundenen Analyse der Arbeitsverhältnisse, die die Autoren dargelegt haben und auf die hier im vierten Kapitel rekurriert wird. Die Einteilung ermöglicht es, den Zusammenhang von Entwicklungen im Bereich der Lohnarbeit einerseits und gesamtgesellschaftlichen Veränderungen andererseits genauer darzustellen, als es bei einer Verwendung der allgemeineren Begriffe Dienstleistungsgesellschaft, Postindustrialisierung oder Postmoderne möglich wäre.

Damit folgt die verwendete Periodisierung der thematischen Ausrichtung am Thema Arbeit. Darüber hinaus wird auch die Entwicklung der Sozialen Arbeit – zumindest tendenziell – anhand dieser Periodisierung dargestellt. Auch dies folgt inhaltlichen Motiven: Damit ist durchaus die Absicht verbunden, den starken Zusammenhang von Sozialer Arbeit auf der einen und Kapitalismus und Lohnarbeit auf der anderen Seite darzustellen.

Bereits festgehalten wurde, dass das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft durch eine unauflösbare Dialektik gekennzeichnet ist: Einerseits wird die Gesellschaft durch die Individuen und ihr Handeln konstituiert, andererseits kann das Individuum erst durch seine Integration in eine existierende Gesellschaft zum Individuum werden. Dies bedeutet allerdings nicht, dass sich dieses Verhältnis harmonisch gestaltet: Bereits zwischen den einzelnen individuellen Interessen bestehen Widersprüche, deren Austragung – wiederum dialektisch – einerseits durch innergesellschaftliche Machtverhältnisse bestimmt wird, diese andererseits bestimmt. Das Ergebnis ist eine gesamtgesellschaftliche Tendenz, die zu individuellen Interessen in Widerspruch stehen kann. Eine Integration der Individuen in die Gesellschaft ist entsprechend immer mit einer Einpassung und Zurichtung der Individuen verbunden.

Wenn also die gesellschaftliche Integration der Individuen ambivalent zu betrachten ist, gilt dies für gesellschaftlich hervorgebrachte Organisationen und Institutionen, die sich mit der Integration befassen, in ähnlicher Weise – so auch für die Soziale Arbeit. Umso wichtiger ist es aus Sicht der Sozialen Arbeit, sich mit dem gesellschaftlichen Kontext und den Folgen des eigenen Handelns – sowohl für die Klient*innen Sozialer Arbeit als auch gesamtgesellschaftlich – auseinanderzusetzen. Dies soll in diesem Teilkapitel mit Blick auf die Soziale Arbeit durch eine Betrachtung ihrer Rolle in Bezug auf Arbeit und gesellschaftliche Integration unter

4. Soziale Arbeit und Integration im Kapitalismus

Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen in einer kapitalistischen Gesellschaft angestoßen werden.

4.1 Soziale Arbeit und Lohnarbeit

*When they tortured and scared you
For twenty odd years
Then they expect you
To pick a career
When you can't really function
You're so full of fear.
– John Lennon*

Integration, so wurde festgestellt, ist eine für das Individuum notwendige, aber gleichzeitig tendenziell bedrohliche Tatsache. Mit Marx und Adorno konnten die Besonderheiten von Integration in kapitalistischen Gesellschaften verdeutlicht werden. Die diesbezügliche Kritik Adornos wurde hier als doppelte gefasst: einerseits als Kritik an der Integration der Individuen in die Lohnarbeit, andererseits als Kritik an der Integration der Individuen in die Gesellschaft mittels der Lohnarbeit. Diese ist – wie gezeigt – sowohl zentrales Medium als auch wichtigstes Ziel der Integration in kapitalistischen Gesellschaften. Damit wird Lohnarbeit zu einem zentralen Thema auch der Sozialen Arbeit: Wenn Bildungsinstitutionen und -organisationen Individuen auf ein Leben in der Gesellschaft vorbereiten sollen, müssen sie sich hinsichtlich der Lohnarbeit positionieren; aufgrund des beschriebenen Übergewichts gesellschaftlicher Imperative besteht die Gefahr, dass sich diese Positionierung in Affirmation erschöpft und dass ihr Ziel letztlich in einem reibungslosen Funktionieren der integrierten Individuen besteht. In diesem Teilkapitel sollen nun einige Aspekte der Entwicklung der Sozialen Arbeit nachvollzogen werden, um das enge Verhältnis von Sozialer Arbeit und Lohnarbeit nachzuzeichnen.

4.1.1 Soziale Arbeit in der Industrialisierung und im Fordismus

In der Literatur zur Geschichte der Sozialen Arbeit wird wiederholt der enge Zusammenhang von Integration und Sozialer Arbeit thematisiert (vgl. etwa Schmidt/Birgmeier/Mührel 2010: 9f.; Böhnisch 2012: 219f.). Mührel sieht die Sozialpädagogik seit Mager und Diesterweg als Antwort auf die Brüche mit den Traditionen und die Integrationsprobleme, die sich

im 19. Jh. aus der Etablierung des Industriekapitalismus und den damit verbundenen Problemen ergaben (vgl. Mührel 2010: 93). Diese Aufgabenbestimmung habe nach wie vor Gültigkeit, insbesondere aufgrund des präventiven Charakters Sozialer Arbeit, die Desintegrationsprozessen und sozialen Konflikten entgegenwirken könne und solle (vgl. ebd.: 95). Im Folgenden soll gezeigt werden, dass diese Bestimmung aufs Engste mit der Existenz kapitalistischer Lohnarbeit verknüpft ist.

Bereits in Kapitel 2 ist deutlich geworden, dass die Idee der Lohnarbeit und die Ausrichtung des individuellen Lebens an den Erfordernissen der industriellen Produktion in einem langwierigen Prozess durchgesetzt wurden. Die disziplinierende¹⁹⁶, teils durch harte Sanktionen gekennzeichnete Seite dieses Prozesses – von Marx ausführlich und anschaulich im Kapitel über die *ursprüngliche Akkumulation* des Kapitals im ersten Band des *Kapital* dargestellt – wurde von der Armen- und Wohlfahrtspflege flankiert; allerdings können Hilfe und Repression von Beginn an nicht scharf voneinander getrennt werden: Vielmehr handelt es sich um eine in der Regel widersprüchliche, oft dialektische Beziehung. Insbesondere im Umgang mit Randgruppen bedingen sich beide Aspekte und gehen ineinander über (vgl. Sachße/Tennstedt 1986: 12) – bis heute ein wesentliches Merkmal Sozialer Arbeit (vgl. Böhnisch 2012: 219).

Die Versorgung von Armen oder aus verschiedenen Gründen arbeitsunfähigen Menschen oblag in der traditionellen, vormodernen Ordnung der Familie, war Teil der Lehnspflicht oder des Zunftrechts; versagten diese Sicherungssysteme, konnte der Lebensunterhalt in der Regel durch Almosengabe gesichert werden (vgl. Baron 1991: 11). Dieser Weg der Versorgung der Armen und Arbeitsunfähigen erwies sich im Zeitalter der Industrialisierung allerdings als inadäquat. Phänomene wie die Abkehr von der Subsistenzwirtschaft, Landflucht sowie die Abhängigkeit der neu entstehenden Klasse von Industriearbeiter*innen von konjunkturellen Zyklen führten zu einer Überbeanspruchung des traditionellen Systems. Die bisher in den Alltag eingebettete Hilfe wurde neu organisiert. Arme wur-

196 Ziegler fasst Disziplinierung als „*Versuch* der möglichst umfassenden und bis in die psychischen Tiefenstrukturen reichenden Persönlichkeitsmodellierung“ (Ziegler 2016: 252f., kursiv im Original). Disziplinierende Institutionen und Organisationen, zu denen solche der Pädagogik ebenso wie solche des Strafvollzugs zählen, treten den Betroffenen „mit einer grundsätzlichen (Re-)Integrationsbereitschaft, die jedoch von einer rigiden Intoleranz gegenüber Differenz begleitet ist“ (ebd.: 253), entgegen: „Fremde‘ sollen assimiliert, ‚Verrückte‘ und Drogenabhängige geheilt, Jugendliche eingepasst, dysfunktionale Familien geheilt, Deviante gebessert, Kriminelle resozialisiert werden usw.“ (ebd.)

den infolge neuer gesetzlicher Regelungen zur Hilfe aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Die auf dieser Basis neu entstehende Armenpflege konnte inhaltlich auf bereits im Spätmittelalter begonnene Entwicklungen zurückgreifen; die Unterscheidung zwischen verschuldeter und unverschuldeter bzw. verschämter und unverschämter Armut gewann zunehmend an Bedeutung. (vgl. ebd.: 12)

Zum Tragen kam in diesem Zusammenhang auch eine zunehmende ideelle Entgegensetzung von Armut und Arbeit: So setzte sich die Meinung durch, dass Arbeit als Mittel gegen Armut zu verstehen, Armut umgekehrt als Unwillen insbesondere zur Verrichtung körperlicher Arbeit anzusehen sei. Diese bezog ihre gesellschaftliche Anerkennung bereits seit dem 11. Jh. aus der Erkenntnis, dass sie die Grundbedingung der gesellschaftlichen Reproduktion ist. (vgl. Oexle 1986: 91f.) Unter Bezugnahme auf den Apostel Paulus wurde zur Zeit der Reformation von Seiten Luthers – der Arbeit bzw. den Beruf mit einer göttlichen Berufung in Verbindung brachte (vgl. Maier 2008: 27) – postuliert, dass nicht essen solle, wer nicht arbeitet. Dass allerdings auch Arbeit keine umfassende Sicherung gegen Armut verspricht, dieser Gedanke mithin eine grobe Verallgemeinerung darstellt, wurde erst um 1800 diskutiert (vgl. Oexle 1986: 93f.). Sichtweisen wie diejenige Luthers spiegelten sich auch in den restriktiv gehaltenen städtischen Armen- und Bettelordnungen¹⁹⁷ wider, die in der Regel vor allem auf Disziplinierung der Armen und deren Erziehung zur Arbeit setzten, von Wendt sicher nicht unzutreffend als „Armenzucht“ (Wendt 2017: 22) bezeichnet. Diese starke normative Bezugnahme auf Arbeit traf zu Beginn der Moderne auf den im Entstehen begriffenen Kapitalismus, der der Bereitstellung und Verallgemeinerung der Lohnarbeit bedarf, die – wie bereits gezeigt – zur Produktion von Mehrwert und damit Kapital benötigt wurde. Dieser Bedarf an Arbeitskraft war immens: Fabriken zeichneten sich zwar zunehmend auch durch Maschinisierung der Produktion aus, benötigten aber ebenso eine große Zahl an Arbeitskräften.

Vor diesem Hintergrund können als wesentliche gesellschaftliche Herausforderungen im 19. Jh. die Bereitstellung von Arbeitskraft für die industrielle Produktion, die Sicherstellung gesellschaftlichen Zusammenhalts nach der Auflösung traditioneller Bindungen und die gesellschaftliche Bearbeitung von Armut in den industrialisierten Ländern identifiziert werden. Diesen Problemen wurde u. a. durch Innovationen in Erziehung

197 Zu den restriktiven Ordnungen und der aggressiven Rhetorik gegenüber Bettlern vor allem in protestantischen Gebieten vgl. Ehmer 2016: 105ff.

und Bildung begegnet, die eng mit der Herausbildung von Sozialpädagogik und einer modernen Armenfürsorge in Verbindung stehen. Diese hatten eine doppelte Funktion für die Gesellschaft zu erfüllen: Integration der Individuen in die sich wandelnde Gesellschaft und Integration der potenziellen Arbeitskräfte in die Lohnarbeit (vgl. Böhnisch/Schröer 2001: 9). Einschlägig disziplinierend wirkten etwa die „Abarbeitungspflicht“ (Baron 1991: 32) von Zuwendungen sowie die Durchsetzung von Arbeitszwang bei Androhung strafrechtlicher Maßnahmen oder einer Einweisung in ein Arbeitshaus (vgl. Schäfer 2008: 138).¹⁹⁸ Dass diese Arbeitspflicht auch unmittelbare ökonomische Auswirkungen hatte, betont Baron: „Jede Gelegenheit, die Arbeitskraft dem Markt vorzuenthalten und auf andere Weise seine Existenz zu fristen, treibt in der Tendenz die Löhne in die Höhe und zwingt zur Beseitigung unattraktiver Arbeitsbedingungen.“ (Baron 1991: 45) Die Armenpolitik des 19. Jh. führte also die vorhandene Arbeitskraft nicht nur dem Markt zu, sondern bestimmte die dort herrschenden Bedingungen aktiv mit, indem das physische Überleben eng an die Bedingung der Aufnahme einer jeglichen Arbeit – trotz möglicherweise widrigster Bedingungen – geknüpft wurde.

Diese Grundsätze drückten sich auch in der entstehenden beruflichen Armenpflege aus: So wurde im deutschlandweit häufig adaptierten Elberfelder System¹⁹⁹ die Durchführung der Hilfe für Notleidende den ökonomischen Interessen der örtlichen Industrie untergeordnet (vgl. Baron 1991: 23).²⁰⁰ Armenpflege hieß damals vor allem, die Betreuten möglichst schnell einer Arbeit zuzuführen. Gesellschaftliche Probleme – vor allem Arbeitslosigkeit und Armut, nicht zuletzt Folge der Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung von konjunkturellen Zyklen – wurden konsequent individualisiert und als moralische Probleme der Armen und Arbeitslosen interpretiert, denen mit Zwang und Disziplin beizukommen

198 Dabei wurde an Entwicklungen im Spätmittelalter angeknüpft, als vereinzelt die Aufnahme jeglicher Arbeitsmöglichkeit zur Bedingung für die Bereitstellung von finanzieller oder materieller Hilfe wurde (vgl. Sachße/Tennstedt 1986: 15).

199 Das Elberfelder System ist ein besonderes System der Armenpflege, das ab Anfang der 1840er Jahre in der Industriestadt Elberfeld (heute ein Stadtteil von Wuppertal) entwickelt und in der Folge deutschlandweit häufig nachgeahmt wurde. Damit wurde nicht zuletzt der „Arbeitszwang als Ziel der Armenpflege“ (Baron 1991: 24) etabliert.

200 So waren Armenpfleger teils vor Ort ansässige Industrielle, die ihren „Klient*innen“ oft Arbeitsgelegenheiten in den eigenen Fabriken anboten. Wurden solche Angebote abgelehnt, konnte der Armenpfleger weitere finanzielle und/oder materielle Unterstützung verweigern. (vgl. Baron 1991: 25)

sei (vgl. ebd.: 26), was sich zum Teil auch in der zeitgenössischen theoretischen Befassung mit pädagogischen Fragen zeigt.

Die dieser vorherrschenden Praxis zugrunde liegende Ideologie findet sich auch in den Ursprüngen der Sozialpädagogik. So heißt es bei Wichern:

„Der dem Bettel verfallene Arme will sich nicht selber helfen und will sich nicht helfen lassen und verdeckt dieß Nicht-Wollen mit dem Nicht-Können in irgendwelcher Form des Müßiggangs; er will nur consumiren und nicht mehr produciren, er will nicht mehr arbeiten, sondern nur für sich arbeiten lassen und macht unter irgendwelcher Form der Lüge in Wort und That, als Betrüger und Faulenzer seine *Armuth zum Gewerbe* und zur Erwerbsquelle. Er vergeht sich dadurch gegen das Eigenthum Anderer. [...] Der Bettel ist [...] seinem Wesen nach wirklich Diebstahl. Der Bettler von Profession hat bereits die menschliche und göttliche Ordnung überschritten. Er ist nicht mehr bloß ein Armer, sondern er gebraucht seine Armut zur Sünde vor Gott, zu strafwürdigen Vergehen vor Menschen.“ (Wichern zit. n. Dießenbacher 1986: 212f., kursiv im Original)

Dementsprechend wurden die von Wichern initiierten Armenbesuche in Hamburg bewusst immer auch mit moralischem Druck auf die Besuchten verbunden.

Eine Bezugnahme auf Arbeit findet sich auch bei anderen sozialpädagogischen Klassikern. Bei Pestalozzi etwa hat diese Bezugnahme jedoch nicht denselben moralischen Impetus wie im Zitat von Wichern: Dieser spricht sich für eine Erziehung armer Kinder unter Berücksichtigung von Arbeitserziehung aus, da diese keine Hilfe von Dritten zu erwarten hätten; Arbeit sei mithin ihre einzige Chance, in einer kapitalistischen Gesellschaft zu überleben (vgl. Maier/Kreutner/Schmidt 2008: 68).²⁰¹

Aufgrund der geschilderten praktischen Handlungen und theoretischen Bezugnahmen, die sich dem Entstehungskontext von Sozialpädagogik und Sozialarbeit im 19. Jahrhundert verdanken, scheint die Einschätzung, dass „[d]as Thema Arbeit [...] die Geschichte der Sozialen Arbeit wie ein roter Faden durchzieht“ (ebd.: 66), durchaus gerechtfertigt. Wie Roeder in einer

201 Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass es bei Wichern nicht um eine zielgerichtete Erziehung für eine Industriegesellschaft geht: Für Wichern steht die sittliche Erziehung der Zöglinge im Vordergrund (vgl. Wendt 2017: 193). Ähnliches gilt für Pestalozzi, der der modernen Industrie skeptisch gegenüberstand und agrarische Arbeit präferierte (vgl. ebd.: 38).

historischen Betrachtung der Entstehung der Sozialpädagogik feststellt, entstand im 19. Jh. eine „Erziehung, die es [das Volk, K. R.] gewissermaßen blind in den gesellschaftlichen Prozeß einordnet, eine Gewöhnung an Gehorsam, Disziplin, vor allem unablässige Arbeit“ (Roeder zit. n. Moltenhauer 1977: 141) zur Aufgabe hatte. Insofern muss das Verhältnis von Sozialer Arbeit und Integration der Individuen in die Gesellschaft noch einmal genauer gefasst werden. Schließlich leistet Soziale Arbeit Integration immer als Integration in eine *bestimmte* gesellschaftliche Konfiguration. Im Falle kapitalistischer Gesellschaften bedeutet dies entsprechend Integration in die Gesellschaft durch Integration in Lohnarbeit. Es zeigt sich, dass beide Integrationsformen als mehr oder minder gleichbedeutend angesehen werden können: Teilnahme an Lohnarbeit ist zentrales Merkmal einer Integration in die Gesellschaft; und so ist auch für die Soziale Arbeit die Integration in Lohnarbeit in der Regel Mittel zur sozialen Integration ihrer Klient*innen.

Diese theoretische Gleichsetzung ist nicht zuletzt eine Folge der eng an die Erwerbsarbeit angelehnten staatlichen Sozialpolitik (insbesondere des späten 19. und in weiten Teilen des 20. Jh.) und der auf Sicherung des Lebensunterhalts durch eigene Arbeit gerichteten Armenfürsorge; so bemerken Sachße und Tennstedt, dass die Erwerbsarbeit zum „Normalitätsstandard“ (Sachße/Tennstedt 1986: 40) wurde, „an dem die soziale Sicherung sich ausrichtete und den sie beständig reproduzieren half“ (ebd.; vgl. Lesenich 2012: 34). Dies war die Grundlage für die Integration der Proletarier*innen in die kapitalistische Gesellschaft: Sie fanden nicht zuletzt in der Sozialgesetzgebung ab dem späten 19. Jh. eine Absicherung ihrer Lebensweise, sofern sie sich den Forderungen der Lohnarbeit beugten; Disziplin am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft zahlte sich durch eine zunächst bescheidene, aber doch verlässliche materielle Sicherheit aus. Wurde und wird die gesellschaftliche Integration der Arbeiter*innen als Klasse durch allgemeine Maßnahmen der Sozialpolitik gewährleistet, ist es die Soziale Arbeit, die die individuelle Integration sicherstellt, wenn die allgemeinen Maßnahmen im Einzelfall nicht ausreichend sind. So betrachtet ist die Norm der individuellen sozialen Integration durch Lohnarbeit auch eine Folge der erfolgreichen politischen Integration der Arbeiter*innen als Klasse durch den modernen Sozialstaat.²⁰²

202 Diese Integration wird von Wohlfahrt als „Verstaatlichung der Arbeiterbewegung“ (Wohlfahrt 2014: 12) bezeichnet. Dies scheint z. B. aufgrund der Tatsache, dass die SPD, die einige Jahrzehnte lang für sich beanspruchte, die wichtigste Partei für das Proletariat zu sein, im Laufe ihrer Entwicklung mehr und

Wie folgenreich die Etablierung dieser Norm ist, zeigt sich anhand ihrer Bedeutung für das moderne Individuum. Infolge der Auflösung traditioneller gesellschaftlicher Strukturen und Bindungen ergaben sich für die Individuen in der Moderne zunächst vielfältige neue Handlungsoptionen, von Marx in der Figur des doppelt freien Lohnarbeiters gefasst, von Böhnisch als zu bewältigende Freisetzung beschrieben (vgl. Böhnisch 2012: 223); die Vermehrung der Möglichkeiten geht allerdings mit dem Zwang einher, einige dieser Möglichkeiten zu ergreifen, während andere ungenutzt bleiben müssen – die Verantwortung für diese Priorisierung und damit die Gestaltung des eigenen Lebens liegt bei den Individuen selbst. Das Phänomen, das eigene Leben anhand bestimmter Fragen der Lebensführung selbst zu entwerfen, entsteht in dieser Form erst in der Moderne und wird in der Forschung als „*Biographisierung*“ (Fischer/Kohli 1987: 41, kursiv im Original) bezeichnet. Diese Biographisierung führt zu einer Verschiebung der sozialen Kontrolle von äußeren, gesellschaftlichen hin zu inneren, individuellen Instanzen. Diese Form der sozialen Kontrolle ist der vormodernen hinsichtlich ihrer Effizienz offenbar hoch überlegen: So entsteht zunächst keine Vielzahl an möglichen Lebensentwürfen; zu beobachten ist vielmehr eine „*Institutionalisierung des Lebenslaufs*“ (ebd., kursiv im Original) – es ergibt sich ein festes Muster eines „*Normallebenslauf[s]*“ (ebd.), der „um das *Erwerbsleben* organisiert“ (ebd., kursiv im Original) ist. Subjektivität entsteht wesentlich durch die individuelle Auseinandersetzung mit den Erfordernissen des Erwerbslebens, so etwa hinsichtlich der Einteilung des Lebens in die Lebensphasen Kindheit (vor dem Eintritt in die Erwerbsarbeit), Erwachsenenalter (während der Ausübung von Erwerbsarbeit) und Alter (nach Ausübung von Erwerbsarbeit).²⁰³ Dabei stehen auch die Phasen von Kindheit und Alter direkt mit Erwerbsarbeit in Verbindung: So ist nach dem Konzept der „*delayed productivity*“ (Füllsack 2008: 168, kursiv im Original) eine Kindheit ohne Erwerbsarbeit insofern produktiv und für die spätere Erwerbsarbeit relevant, als sie eine gesteigerte Produktivität im Erwachsenenalter ermöglicht. Die Möglichkeiten der individuellen Ausgestaltung des Alters wiederum hängen seit der Etablierung der Sozialstaaten in der Regel eng mit den durch Erwerbs-

mehr eine staatstragende Rolle einnahm, zwar durchaus plausibel; jedoch ist nicht zu unterschlagen, dass auch die Geschichte der Arbeiter*innenbewegung Brüche und Diskontinuitäten aufweist, die durch solche Schlagworte nicht gefasst werden können.

- 203 In den meisten westlichen Industrienationen wurde dieses Schema für das Modell des männlichen Familienernährers im 20. Jh. maßgeblich, der somit zum Bezugspunkt von Normalitätskonzepten wurde.

arbeit erzielten Rentenansprüchen oder Spareinlagen zusammen. Auch ist eine Überschneidung bzw. Vermischung von persönlicher und beruflicher Identität festzustellen. Mehr noch: Eine persönliche Identität scheint ohne berufliche nicht denkbar. So stellt Voswinkel fest, dass es in der Moderne „die Arbeit ist, die den Menschen zum Subjekt macht“ (Voswinkel 2012: 303) – sie ist „Basis von Identität, gesellschaftlicher Anerkennung und Aneignung von Natur und Gesellschaft“ (ebd.: 303). Entsprechend konnte Arbeitslosigkeit auch erst in der Moderne zum Problem werden.

Insofern kann an dieser Stelle konstatiert werden, dass das Konzept der Lohnarbeit von kaum zu überschätzender Bedeutung für die moderne Gesellschaft und die in ihr lebenden Subjekte ist. Dies wurde – wie gezeigt – auch von Adorno erkannt. Dabei folgt die gesellschaftliche Bedeutung der Lohnarbeit vor allem ökonomischen Imperativen. Wenn die Individuen ihre Individualität aus einer unter kapitalistischen Vorzeichen erfolgten Freisetzung ziehen, so kann dies offenbar nur in den durch die kapitalistische Ökonomie gegebenen Grenzen geschehen;²⁰⁴ wenn es wiederum Aufgabe Sozialer Arbeit (bzw. ihrer Vorläufer) ist, das Individuum dabei zu unterstützen, innerhalb der gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen Handlungsfähigkeit zu erlangen (vgl. Böhnisch 2012: 223f.), verweist dies klar auf die skizzierte Funktion der Armenpolitik im 19. Jh.: auf die Allokation der Ware Arbeitskraft, die Bereitstellung von (potenzieller) Arbeitskraft für den Arbeitsmarkt. Wenn Sünker schreibt, dass es eine direkte „Verbindungsline“ (Sünker 2015: 121) von der neuzeitlichen Armenfürsorge bis zu den Regelungen des SGB II gibt, so liegt der Grund wesentlich auch in dieser Funktion der Integration in Lohnarbeit.

Die Durchsetzung der Erwerbsarbeitsnorm seit Beginn der Industrialisierung war außerordentlich erfolgreich. Nicht nur, dass die auf der Erwerbsarbeit basierende kapitalistische Wirtschaftsform zur weltweit dominierenden avanciert ist²⁰⁵ – für die Individuen ist die Erwerbsarbeit zum entscheidenden Modus der Subjektivierung geworden. Maier sieht angesichts dieser Entwicklung die Erwerbsarbeitsgesellschaft als so stark

204 Ebenso ist allerdings zu beachten, dass die lebensgeschichtliche Fokussierung der Lohnarbeit den Aufbau kollektiver Identitäten ermöglicht, die dann auch als politische Subjekte Wirkung entfalten können, wie dies im Falle des Proletariats in Europa vor allem im 19. Jh. und weiten Teilen des 20. Jh. geschehen ist.

205 Abgesehen von einer relativ kurzen Phase, in der der so genannte „real existierende Sozialismus“ tatsächlich eine Alternative darzustellen schien. So verweist Hobsbawm darauf, dass besonders in den 1930er Jahren die Wirtschaft der UdSSR enorm hohe Wachstumsraten zu verzeichnen hatte (Hobsbawm 2012: 470f.).

in den Individuen selbst habitualisiert, dass sie selbst alles Tun als Arbeit betrachten und aus der Erwerbsarbeit den Wertmaßstab aller Handlungen ableiten (vgl. Maier 2008: 31). Wenn Schäfer konstatiert, dass die Individuen in der modernen Gesellschaft den „Arbeitszwang verinnerlicht“ (Schäfer 2008: 138) hätten, erinnert dies an Lafargues bereits zitierte Kritik an der „rasenden Arbeitssucht“ der Proletarier*innen, die den Interessen des Kapitals folgt. Arbeit wird im Zuge ihrer Internalisierung als abstrakte moralische Idee zum Wert an sich, der sich als Ideologie gegenüber den real durch konkrete Arbeit geschaffenen materiellen und immateriellen Werten verselbständigt (vgl. ebd.: 35). Die Auswirkungen dieser Idee zeigten sich weit über die Epoche der Industrialisierung hinaus: So war die „Durchsetzung der Arbeitspflicht“ (Dierkes 2019: 191) explizit Aufgabe der Fürsorge, die zugleich Normierungs- wie auch Strafcharakter gegenüber den (Langzeit-)Erwerbslosen hatte (vgl. ebd.: 192).

In diesem Kontext ist es auch zu sehen, wenn Dörner in Auseinandersetzung mit den Ergebnissen einer empirischen Untersuchung mit Klient*innen Sozialer Arbeit festhält: „[A]lle Menschen mit und ohne Behinderung wollen sich durch gemeinschaftliches Bearbeiten von Sachen als Menschen verwirklichen, wollen an der lohnabhängigen Arbeit teilnehmen, wollen durch Arbeit sozial sein. Dies gilt ausnahmslos.“ (Dörner 1990: 99f.) Diese Aussage ist sicher – insbesondere in Anbetracht der offenbar recht geringen Anzahl an Befragten bzw. Untersuchten – stark verallgemeinert, scheint vor dem Hintergrund des eben erwähnten Zusammenhangs von Lohnarbeit und Identität aber zunächst durchaus nachvollziehbar zu sein. Bei einer genaueren Betrachtung zeigt sich jedoch auch an diesem Beispiel, wie berechtigt Adornos Kritik an einer auf bloßen Fakten basierenden Wissenschaft ist. Die in diesem Kapitel kurz angerissene historische Betrachtung zeigt klar, dass die individuelle Festschreibung auf Erwerbsarbeit einen bestimmten historischen und sozialen, insbesondere auch ökonomischen Hintergrund hat, der von Dörner nicht in die Überlegungen einbezogen wird und damit der Kritik entzogen bleibt.

Vor dem skizzierten historischen Hintergrund wird deutlich, dass das Insistieren auf der individuellen Bedeutung der Lohnarbeit letztlich einen Zirkelschluss darstellt: Die Durchsetzung der Erwerbsarbeitsnorm, bei der der Sozialen Arbeit bzw. ihren Vorläufern eine zentrale Bedeutung zukommt, kann als gezielte Anpassung der Individuen an gesellschaftlich erwünschte Normen, als Erziehung zur Arbeit betrachtet werden.²⁰⁶

206 Damit zeigt sich auch, dass die marktradikalen Theorien Hayeks in einem zentralen Punkt zumindest zweifelhaft sind: Hayek argumentiert evolutionär, dass

Wenn Dörner auf Grundlage seiner Forschungsergebnisse die gesetzliche Verankerung eines „Rechts auf Arbeit“ – genauer: die Aufnahme eines solchen Rechts in eine zur Entstehungszeit des Textes vorgeschlagene neue, gesamtdeutsche Verfassung – fordert (vgl. Dörner 1990: 99), ist dies letztlich eine Affirmation bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse; die Erwerbsarbeitsnorm wird dekontextualisiert und eine Interessenharmonie zwischen Individuen und Gesellschaft behauptet. Mollenhauer hat mit Verweis auf die Praxis politischer Bildung in Bezug auf das Erwerbsleben bereits darauf hingewiesen, dass die harmonistische Fiktion einer bruchlosen Vermittlung verschiedener Interessen in innerbetrieblichen und gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse die Möglichkeit einer „konfliktfreie[n] Integration“ (Mollenhauer 1977: 103) suggeriert, die die innergesellschaftlichen Widersprüche verdeckt. Integrationsprobleme werden auf diese Weise einseitig als individuelle Probleme interpretiert und folglich in der Praxis als solche behandelt. Hier kommen auch die Vorbehalte Adornos gegen eine Integration zum Tragen, die sich als gewaltsame Subsumtion der Individuen durch die Gesellschaft erweist.

Vieles spricht dafür, dass diese Funktion, die auf eine Unterordnung der Individuen unter die gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen zielt, innerhalb der Sozialen Arbeit äußerst wirkmächtig, im berufs- bzw. professionspraktischen Handeln womöglich dominant ist. In den Worten von Notz: „Die Hilfsbedürftigen sollten dazu erzogen werden, arbeiten zu wollen, Kinder zu zeugen und zu erziehen, der gesellschaftlichen Ordnung zu dienen“ (Notz 2009: 95). Dies wird – etwas paradox – nicht zuletzt durch eine lange Tradition der Kritik an der systemstabilisierenden Funktion Sozialer Arbeit im Allgemeinen und ihrer Affirmation der Lohnarbeit im Besonderen bestätigt; von Dierkes wird dies etwa für die Weimarer Zeit (vgl. Dierkes 2019: 193) oder die kirchliche Jugendarbeit in der DDR (vgl. ebd.: 200) gezeigt.²⁰⁷ In eine ähnlich kritische Richtung weist auch Krafelds Bewältigungsansatz, nach dem Arbeitslosigkeit nicht zwingend –

der Kapitalismus in einem bewusstlosen Prozess der Selektion gegenüber anderen Gesellschaftsmodellen seine Überlegenheit demonstriert habe (vgl. Hayek 1971: 107). Er ignoriert oder verschweigt damit, dass die Durchsetzung der Erwerbsarbeitsnorm und damit auch die Durchsetzung kapitalistischer Strukturen in der Gesellschaft ebenso interessengeleitet, bewusst vollzogen und gesteuert worden sind.

207 Ebenso wird in diesem Text deutlich, wie sehr sich kirchliche Verbände oder das DRK in den Dienst des nationalsozialistischen Staates stellten, nicht zuletzt im Hinblick auf die Durchsetzung der Arbeitspflicht und Sanktionierung von Erwerbslosen (vgl. Dierkes 2019: 196f.).

wie in der Tradition der Marienthalstudie²⁰⁸ – als Problem zu verstehen sei, Soziale Arbeit mithin helfen könne, den Betroffenen trotz Erwerbslosigkeit ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen – durchgesetzt hat sich diese Perspektive indes nicht (vgl. Dierkes 2019: 204; zum Ansatz von Krafeld vgl. auch Maier/Kreutner/Schmidt 2008: 75f.; Pötter 2008: 104, dort in Zusammenhang mit lebensweltorientierten Ansätzen der Sozialen Arbeit), wie auch in der Sozialen Arbeit im Umfeld des SGB II deutlich wird (dieser Aspekt wird in Kapitel 4.1.3 vertieft werden).

Nicht zuletzt handelt es sich hierbei immer auch um einen Konflikt zwischen verschiedenen normativen Orientierungen. Die Bedeutung normativer Orientierungen für die Pädagogik wird bereits in der Entstehungszeit moderner Pädagogik Ende des 18. Jh. bei Greiling deutlich, für den die Pädagogik „eine Tochter der Moralphilosophie und der Psychologie“ (Greiling zit. n. Hügli 2007: 24664) ist. Der auf die Pädagogik Bezug nehmende Begriff der Sozialpädagogik bietet eine zusätzliche Möglichkeit der normativen Aufladung: So kann das Attribut „sozial“ im Sinne von Mitmenschlichkeit oder Fürsorge und somit als normativer Auftrag verstanden werden; ebenso ist allerdings eine wertfreie Interpretation möglich, nach der „sozial“ lediglich auf den Aspekt der Gesellschaftlichkeit von Pädagogik bzw. eben Sozialpädagogik verweist (vgl. Roessler 2007: 38402).²⁰⁹ Die Stellung Sozialer Arbeit zu normativen Fragen scheint damit zunächst indifferent. Die Durchsetzung von Arbeitszwang oder die Fixierung auf Erwerbsarbeit als einzig erstrebenswerte Perspektive allerdings zeigt eine hoch wirksame und äußerst folgenreiche normative Positionierung in der Praxis Sozialer Arbeit und ihrer Vorläufer. Das dialektische Verhältnis von Gesellschaft und Individuum droht in der kapitalistischen Gesellschaft – trotz aller Betonung von Individualität – einseitig aufgelöst zu werden: auf ökonomische Verwertbarkeit der Arbeitskraft in Form einer geforderten Unterordnung individueller Ansprüche unter den gesellschaftlich vermittelten Anspruch der Ökonomie. Eine scheinbare Wertneutralität Sozialer

208 Diese soziologische Studie wurde zu Beginn der 1930er Jahre im österreichischen Marienthal nach der Schließung einer für Wirtschaft und Alltagsleben des Ortes zentralen Fabrik durchgeführt. Die Studie wurde besonders aufgrund der Verbindung von quantitativen und qualitativen Daten (vgl. Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1975: 15) wegweisend. Inhaltlich wird bereits in der Einleitung die Haltung zum Thema Arbeitslosigkeit vorgegeben, wo diese ausschließlich als „Problem“ (ebd.: 25) gefasst wird.

209 Diese wertneutrale Bedeutung des Begriffs „sozial“ ist die ursprüngliche im Lateinischen, wo es allgemein für gesellschaftliches Handeln steht (vgl. Hillmann 2007d: 808f.).

Arbeit kann dann nur eine Stabilisierung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse bewirken. Mehr noch: Eine unreflektierte und somit unbewusste Reproduktion gesellschaftlich vorherrschender Normen tendiert dazu, den Druck auf die Individuen bzw. die Klient*innen Sozialer Arbeit zu verstärken.

Umgekehrt kann auch eine vorgebliche Orientierung an den Bedürfnissen der Individuen auf eine Affirmation gesellschaftlicher Verhältnisse hinauslaufen. Das Beispiel der Untersuchung von Dörner zeigt, dass eine Beschränkung auf empirische Ergebnisse ebenfalls im Bestehenden verbleiben und dieses somit letztlich legitimieren kann. So ist es wahrscheinlich, dass die gesellschaftliche Präformation der Individuen andere als die von Dörner präsentierten Ergebnisse kaum zulässt. In Anbetracht der von Adorno herausgearbeiteten prekären Situation der Subjekte, die als ganze von einer Vereinnahmung durch die herrschende Ideologie bedroht sind, wird allerdings klar, dass das Insistieren auf einer Teilnahme an Erwerbsarbeit und auf einer derart gestalteten gesellschaftlichen Integration fast zwangsläufig Bestandteil des von Lukács und Adorno selbst geschilderten notwendig falschen Bewusstseins ist, durch das sich die kapitalistische Gesellschaft erhält. Eine Orientierung an solchem Bewusstsein kann daher letztlich nur eine Orientierung an den Prinzipien kapitalistischer Ökonomie bedeuten.

Die Fixierung auf die Form der Lohnarbeit lässt sich allerdings nicht allein auf Ideologie zurückführen: Als gesellschaftlich bedeutendste Art der Verteilung von Arbeitskraft und Mitteln zum Lebensunterhalt hängt das individuelle Leben tatsächlich in weiten Teilen von Lohnarbeit und der individuellen Stellung zu ihr ab. Insofern wäre eine Behandlung der Lohnarbeit bzw. der Lohnarbeitsnorm als ausschließlich ideologisches Konstrukt verfehlt. Ohne Frage ist der gesellschaftliche Verblendungszusammenhang, in dem Lohnarbeit verdinglicht und weithin zur *conditio humana* erhoben wird, in seiner ideologischen Funktion und seinen ideologischen Bedingungen zu hinterfragen; das individuelle Bestreben nach Sicherung der eigenen Lebensgrundlagen darf hierüber jedoch nicht marginalisiert werden, sondern ist auch im aktuellen gesellschaftlichen Kontext zu betrachten und ernst zu nehmen.

In der Sozialen Arbeit, so ist festzuhalten, ist die Dialektik von Gesellschaft und Individuum, die für die Moderne kennzeichnend ist, aufgrund ihrer gesellschaftlichen Positionierung als vermittelnde Instanz zwischen beiden, zentraler Bezugspunkt; erst die Auflösung traditioneller Bindungen macht die Entstehung einer solchen Instanz nötig. Angesichts der in Kapitel 2 und 3 dargestellten Übermacht der Ökonomie in der modernen

Gesellschaft muss Soziale Arbeit wesentlich als Projekt gekennzeichnet werden, das auf die Anpassung der Individuen an ökonomische Imperative zielt.²¹⁰ Insofern zeigt eine kritische Untersuchung der Ursprünge Sozialer Arbeit ihre Involviertheit in die Etablierung der kapitalistischen Gesellschaft und damit auch der Lohnarbeitsnorm. Zu reflektieren hierbei ist vor allem die Tatsache, dass dies häufig – wie bei Wichern oder Pestalozzi – nicht der eigentlichen Intention der Protagonist*innen entsprach. Für eine kritische Soziale Arbeit ist daraus der Schluss zu ziehen, dass kritische Selbstreflexion jedwede Form von Theorie und Praxis begleiten muss, um auch die damit zusammenhängenden Folgen des eigenen Handelns in den Blick zu nehmen und eigene Anteile an affirmativen und regressiven Tendenzen in der Gesellschaft zu erkennen.

Dieser Ausgangspunkt ermöglicht ein Verständnis der weiteren Entwicklung der Sozialen Arbeit, wie sie in den folgenden Teilkapiteln dargestellt werden soll. Gleichwohl soll bereits hier angemerkt werden, dass eine solch einseitige Bestimmung der Vielschichtigkeit Sozialer Arbeit nicht gerecht werden kann; wie in Kapitel 4.3 deutlich werden wird, hat die Kritik an der Affirmation gesellschaftlicher Realität durch die Soziale Arbeit eine ähnlich lange Tradition wie diese selbst.

4.1.2 Veränderungen in der Arbeitswelt im 20. Jahrhundert

Erwerbsarbeit bildet – wie im vorigen Teilkapitel gezeigt – seit dem 19. Jh. den zentralen Bezugspunkt im individuellen und gesellschaftlichen Leben. Im Zuge der Etablierung des Sozialstaates wurde – zumindest in Deutschland – auch ein großer Teil der sozialen Sicherung an das individuelle Verhältnis zur Lohnarbeit gekoppelt: Das System der Sozialversicherungen ermöglichte es durch Lohnabschläge für den Fall von Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit oder eines Unfalls, kurz: für den Fall, dass die eigene Arbeitskraft temporär oder dauerhaft nicht verkauft werden konnte, vorzusorgen, und im Bedarfsfall entsprechende finanzielle und materielle

210 Die Bedeutung ökonomischer Aspekte bereits in den Anfängen Sozialer Arbeit wird z. B. auch daran deutlich, dass Salomon, eine entscheidende Akteurin der Professionalisierung der Fürsorge um die Wende vom 19. zum 20. Jh., die Volkswirtschaftslehre als „die zentrale Bezugsdisziplin der Sozialen Arbeit“ (Elsen 2008: 181; vgl. Labonté-Roset 2000: 28) ansah. Labonté-Roset sieht vor allem politische Gründe für die Randständigkeit ökonomischer Bildung im Studium der Sozialen Arbeit und fordert deren Reintegration in die Curricula (vgl. Labonté-Roset 2000: 27).

Leistungen zu erhalten. Arbeiter*innen- und Armenpolitik wurden auf diese Weise getrennt (vgl. Butterwegge 2012: 46): Durch Lohnarbeit erworbene Anwartschaften auf Absicherung hatten einen größeren Umfang und waren sozial – möglicherweise aufgrund ihrer Konstruktion in Form eines rechtlichen Anspruchs in Abgrenzung von der Tradition der Almosengabe – weit weniger stigmatisiert, als der Empfang von steuerfinanzierten Fürsorgeleistungen, zumal das System des deutschen Wohlfahrtsstaates – zumindest in der Zeit von den 1950er bis in die 1980er Jahre – auf individuellen Statuserhalt zielte (vgl. Opielka 2008: 27). Nicht zuletzt hierin lag ein Schlüssel einerseits für die Integration der Arbeiter*innen in die bürgerliche Gesellschaft, andererseits für die nachhaltige Etablierung der Erwerbsarbeitsnorm.

Dieser „klassische“ Wohlfahrtsstaat beruhte auf der Ubiquität von Lohnarbeit. Bis in die 70er Jahre des 20. Jh. hinein war die Arbeit im industriellen Sektor der Mittelpunkt der europäischen Wirtschaft (vgl. Raphael 2019: 35). Auf das Engste damit verbunden war das Modell des Normalarbeitsverhältnisses: In den 1960er Jahren entsprachen ca. 90 % aller Arbeitsstellen dieser Beschäftigungsform (vgl. Maier 2008: 18), also „sozialversicherten Vollzeitbeschäftigungen“ (Senghaas-Knobloch 2011: 26), die in der Regel von der Ausbildung bis zur Verrentung in einem Betrieb durchgeführt werden konnten und vor allem mit dem Modell eines vom männlichen Alleinverdiener unterhaltenen Haushalts verbunden waren (vgl. Leitner 2017: 55). Seit den 1970er Jahren zeigten sich bedeutende Änderungen in der ökonomischen und damit der gesellschaftlichen Struktur: Infolge eines immensen Produktivitätszuwachses durch Automatisierung und – verstärkt seit den 1980er Jahren – durch Digitalisierung, und einer Verlagerung der industriellen Produktion in Länder mit geringeren Lohn- und Produktionskosten, erlebte Westeuropa eine stetige De-Industrialisierung seiner Wirtschaft. Die Wertschöpfung der europäischen Industrie nahm dabei allerdings nicht ab: Lediglich ihre Kopplung an allgemeines Wirtschaftswachstum und Beschäftigung löste sich. In beiden Aspekten wurde der tertiäre, also der Dienstleistungssektor bestimmend. (vgl. Raphael 2019: 36f.)

Diese Veränderungen in der Arbeitswelt hatten immense Folgen für viele gesellschaftliche Bereiche.²¹¹ Zunächst ist festzuhalten, dass der ange-

211 Zwar wirkten diese Veränderungen weit langsamer und zeigten je nach Betrieb und Branche eine größere Varietät, als es in der zeitgenössischen Wahrnehmung erwartet wurde, an den beschriebenen Wirkungen besteht jedoch kein Zweifel (vgl. Raphael 2019: 348f.).

deutete Übergang nicht bruchlos vonstattengehen: Der gesunkene Arbeitskräftebedarf der Industrie machte sich schnell in einer wachsenden Zahl an Arbeitslosen bemerkbar.²¹² In der Folge entwickelte sich eine – historisch betrachtet – paradoxe oder vielmehr verkehrte Situation, die von Maier wie folgt beschrieben wird:

„[I]n allen vormodernen und allen außereuropäischen Gesellschaften war es das höchste erstrebenswerte Ziel, ohne Arbeit sich der Muße und den schönen Dingen des Lebens zu widmen [...], durch die enorme Arbeitsleistung früherer Generationen und deren Konsumverzicht ist es möglich, mit wenig Arbeit einen hohen Wohlstand zu produzieren und nun erscheint Arbeitslosigkeit als das größte gesellschaftliche Problem.“ (Maier 2008: 28)

Auf individueller Ebene sind vor allem die Folgen für die Identitätsbildung von zentraler Bedeutung: So erweist sich die stabil zentrale Stellung von Erwerbsarbeit für die Einzelnen bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl an Arbeitsplätzen als Problem; es zeigt sich, dass auch Erwerbslose in der Regel weiterhin die Norm der Erwerbsarbeit teilen und entsprechend unter ihrem Verlust oder der Unmöglichkeit leiden, sich in diese zu integrieren. Studien zeigen, dass diskriminierende Einstellungen gegenüber Erwerbslosen auch von diesen selbst oft geteilt werden und mitunter handlungsleitend sind: Arbeitslosigkeit wird als Normverstoß wahrgenommen, der zu verurteilen, bei Selbstbetroffenheit gut zu begründen und zu erklären ist. Häufig ist bei Erwerbslosen die Tendenz zu beobachten, sich aus sozialen Situationen zurückzuziehen, in denen Erwerbslosigkeit aufgrund der negativen gesellschaftlichen Zuschreibungen konflikthaft thematisiert werden könnte. (vgl. Gurr/Lang 2018: 256) Diese Denkmuster in Bezug auf Erwerbslosigkeit sind äußerst wirkmächtig, sodass auch in familiären Kontexten Prozesse der Entsolidarisierung zu beobachten sind, die häufig zu Vereinzelung und Selbstausschluss der Betroffenen führen (vgl. Engert/Grimm/Sondermann 2012: 15ff.).

212 Daum macht allerdings darauf aufmerksam, wie schwierig die Gewinnung valider Daten zu dieser Frage ist: „[E]s gibt selbständige oder scheinselfständige Arbeit, die Gesamtzahl der Arbeitsstunden ist schwer zu ermitteln, mindestens ebenso ungenau ist die Bestimmung des Umfangs der arbeitsfähigen Bevölkerung.“ (Daum 2017: 94) Darüber hinaus ist zu fragen, über welchen Zeitraum Veränderungen der Arbeitslosenzahlen gemessen werden. Schließlich könnte ein kurzfristiger Anstieg der Zahlen ebenso kurzfristig kompensiert werden (oder umgekehrt), sodass eine Betrachtung über einen längeren Zeitraum dann keine nennenswerten Änderungen erkennen lassen würden.

Als besonders problematisch erweisen sich individualisierende Schuldzuschreibungen, die die Verantwortung für Erwerbslosigkeit bei den Betroffenen belassen, ohne den gesellschaftlichen, insbesondere ökonomischen Kontext in Rechnung zu stellen: „Arbeitslosigkeit wird in erster Linie als Ausdruck von Defiziten in der individuellen Motivation und Verfügbarkeit der Person interpretiert“ (Marquardsen 2018: 140) – eine Sichtweise, die in der Konsequenz eine Anknüpfung an die klassische Unterscheidung zwischen würdigen und unwürdigen Armen, wie sie im vorangegangenen Teilkapitel zur Sprache kam, nicht zuletzt auch in Theorie und Praxis Sozialer Arbeit erlaubt, und wie sie sich in den USA bereits seit den 1980er Jahren – und mit zeitlicher Verzögerung auch in anderen Ländern – wieder verstärkt verbreiten konnte (vgl. ebd.: 143).

Doch auch in das Erwerbsleben integrierte Menschen stehen vor neuen Herausforderungen. Durch den Rückzug der Fabrikarbeit, die massenhaft kollektiv geteilte Erfahrungen erzeugte, wurden zunächst die kollektiven Identitäten brüchig, die früher eine Selbstdefinition z. B. als Angehörige der Arbeiter*innenklasse ermöglichten, wodurch relevante Bereiche des persönlichen Lebens gerahmt, strukturiert und in einen sinnhaften Zusammenhang gebracht werden konnten (vgl. Sennett 2012: 21). Der Rückgang des Normalarbeitsverhältnisses²¹³ und mehr noch die zunehmende Vereinzelung am Arbeitsplatz erschweren eine solche Identifikation mit geteilten Deutungsmustern immens.²¹⁴ Anstelle der traditionellen klassenspezifischen Identitäten wuchs die Bedeutung der Identitätsbildung durch spezifische Weisen des Konsums, was die Herausbildung von die Klassen (teilweise) transzendierenden Milieus ermöglichte. (vgl. Raphael 2019: 111; zur gestiegenen Bedeutung des Konsums für die Identitätsbildung vgl. Böhnisch/Schröer 2001: 122f., 154) Nicht zuletzt aufgrund des engen Verhältnisses der Stellung im Erwerbsleben einerseits und der individuellen sozioökonomischen Lage andererseits kann sich hierin aber keine

213 Diese Entwicklung ist nicht zu verabsolutieren; so ist das Normalarbeitsverhältnis trotz eindeutigen Rückgangs in den letzten Jahrzehnten nach wie vor die vorherrschende Form der Beschäftigung in Deutschland, in den letzten Jahren sogar wieder mit leicht steigender Tendenz (vgl. Statistisches Bundesamt 2019: o. S.). Die häufige Thematisierung des Rückgangs könnte also auch als Diskursstrategie gedeutet werden, die eine individuelle Anpassung an andere Arbeitsverhältnisse zu fördern hilft.

214 Sennett sieht in diesem Zusammenhang auch die Gefahr, dass die Individuen durch diese Prozesse zunehmend „die für eine komplexe Gesellschaft unerlässliche Kooperationsfähigkeit ein[...]büßen“ (Sennett 2012: 22).

grundsätzlich eigenständige, alternative Form von Integration und Identitätsbildung etablieren: Zentraler Bezugspunkt bleibt die Erwerbsarbeit.

Obwohl Vollbeschäftigung in Deutschland bereits seit den 1970er Jahren nicht mehr erreicht worden ist, richtete sich die Erwerbsarbeitsgesellschaft in allen relevanten Bereichen weiterhin am Ziel der Integration aller erwerbsfähigen Individuen in die Erwerbsarbeit aus: Nach wie vor wird die Teilnahme an Erwerbsarbeit als Zentrum gesellschaftlicher Integration betrachtet. Ignoriert wird dabei, dass eine seit inzwischen mehreren Jahrzehnten konstant hohe Sockelarbeitslosigkeit anzeigt, dass die Allgemeinverbindlichkeit des Anspruchs auf Integration in Erwerbsarbeit kaum aufrecht erhalten werden kann (vgl. Becker/Wiedemeyer 2003: 207).²¹⁵ Becker und Wiedemeyer sehen den Grund hierfür wesentlich in einer Mischung aus religiösen Überlieferungen und einem Umschlag vom Gedanken des Rechts auf Arbeit zur Pflicht zur Arbeit, also in einem Bereich, den Adorno (mit Bezug auf Marx und Lukács) als ideologisch bezeichnet hätte. Die Gefahr einer solchen Argumentation liegt darin, die ökonomische Funktion von Lohnarbeit zu ignorieren oder zu relativieren – so macht Daum darauf aufmerksam, dass die kapitalistische Akkumulation auch unter veränderten Bedingungen auf die Erhaltung von Arbeit als Ware angewiesen ist (Daum 2019: 94f.) –, auf die die Ideologie der Erwerbsarbeitsnorm zurückgeht – auch wenn eine Verselbständigung und Rückwirkung des ideellen Bereichs auf die reale gesellschaftliche Entwicklung festzustellen ist. Diese Wechselwirkung zeigt sich etwa in der bereits skizzierten Struktur des Sozialstaates in Deutschland: Die Festlegung der Politik auf Lohnarbeit als zentrales Organisationsprinzip zieht eine noch engere Bindung an die Lohnarbeit nach sich.²¹⁶

Die Orientierung am Ideal der Vollbeschäftigung begünstigt dabei die Stigmatisierung Erwerbsloser, indem Vollbeschäftigung als strukturell möglich, Erwerbslosigkeit somit als individuelles Problem dargestellt wird. Vor diesem Hintergrund werden auch die Arbeitsmarktreformen zu Beginn der 2000er Jahre in Deutschland und die Umstände ihrer politischen Durchsetzung verständlich. Bereits seit den 1980er, verstärkt seit den 1990er Jahren, lassen sich zwei verschiedene, aber doch ineinandergreifen-

215 Straubhaar dagegen erwartete im Jahr 2012, dass eine Vollbeschäftigung erreicht werden könne, wenn einige Bedingungen erfüllt werden. Dazu zählt er u. a. ein Festhalten an den Hartz-Reformen, niedrige Lohnabschlüsse, eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und ähnliche Maßnahmen. (vgl. Straubhaar 2012: 4ff.)

216 Dieses Problem wird in der Politikwissenschaft auch unter dem Stichwort *Pfadabhängigkeit* diskutiert (vgl. hierzu Opielka 2008: 51ff.).

de Argumentationslinien finden, die dem Umbau des Wohlfahrtsstaates in Deutschland zugrunde liegen. Zum einen geht es dabei um den Versuch, in gesetzlichen Regelungen „Arbeitslosen- und Sozialhilfebezieher/innen durch noch mehr Druck zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit [zu, K. R.] zwingen“ (Butterwegge 2018: 47). Zum anderen sollen durch eine Verringerung der Arbeitgeberanteile an den Sozialversicherungsbeiträgen der Beschäftigten – in politischen Verlautbarungen meist als Senkung der Lohnnebenkosten bezeichnet – die Kosten der Arbeit für die Unternehmen reduziert werden (vgl. ebd.: 42f.). Beide Faktoren zusammen bewirken einen erhöhten Druck, Arbeitsgelegenheiten auch unter prekären Bedingungen anzunehmen.

In Großbritannien und den USA waren bereits seit den 1970er bzw. seit den 1980er Jahren Regierungen im Amt, die dezidiert eine neue, gemeinhin als neoliberal bezeichnete Orientierung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einschlugen.²¹⁷ Eine besondere Dynamik erhielten diese Entwicklungen aufgrund ihrer Adaption durch traditionell sozialdemokratische Parteien in den 1990er Jahren, insbesondere der SPD in Deutschland und der Labour-Party in Großbritannien, prominent beworben im sogenannten Schröder-Blair-Papier aus dem Jahr 1999. Als besonders einschneidend ist dabei der Übergang vom Prinzip des *welfare* zum Prinzip des *workfare* zu betrachten: Während der klassische Sozialstaat als *welfare-state* zumindest zum Teil auf einer Umverteilung materieller Güter beruhte – besonders deutlich an den steuerfinanzierten Leistungen der Fürsorge ersichtlich, ebenso auch in der intergenerationalen Umverteilung im Rentensystem zu betrachten –, also eine kollektive Lösung sozialer Probleme vorsah, wurde der Fokus nun auf die Betroffenen verlegt, die – im Geiste der angesprochenen Individualisierung, wissenschaftlich flankiert durch die Idee eines *dritten Weges* zwischen Marktradikalismus und Sozialismus durch Anthony Giddens²¹⁸ – nun vermehrt Eigeninitiative zeigen sollten,

217 Biebricher weist auf einige begriffliche Probleme hin. So ist auch der der *sozialen Marktwirtschaft* zugrundeliegende Ordoliberalismus eine Variante des Neoliberalismus, sodass „neoliberal“ insgesamt nicht gleichzusetzen ist mit der Ablehnung einer jeglichen sozialen Absicherung. Darüber hinaus ist zu beachten, dass in den USA der Begriff des *Liberalismus* eher dem europäischen Begriff der *Sozialdemokratie* entspricht, während in Europa als neoliberal bezeichnete Konzepte in den USA begrifflich als *neokonservativ* oder *libertär* gefasst werden. (vgl. Biebricher 2012: 10ff.)

218 Giddens befürwortete eine grundsätzliche Infragestellung ihrer Ansichten durch die Sozialdemokratie (vgl. Giddens 1999: 7). Er warb für eine „neue gemischte Wirtschaft“ (ebd.: 117), die „[...] Synergieeffekte von öffentlichem

um sich möglichst schnell wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren (vgl. Maier/Kreutner/Schmidt 2008: 76f.).

Diese neue Form der Sozialstaatlichkeit lässt sich vor allem im Sozialgesetzbuch II nachweisen, in dem die Regelungen zur Grundsicherung für Arbeitsuchende, vor allem zum Arbeitslosengeld II, fixiert sind. Die hierin enthaltenen Gesetze sind nicht zuletzt durch die Forderung nach beruflicher Flexibilität geprägt, also einer verstärkten Bereitschaft zur Annahme von Arbeitsmöglichkeiten unterhalb des eigenen Qualifikationsniveaus, außerhalb der eigenen Berufssparte, mit erheblichen finanziellen Abstrichen sowie zur Teilnahme an Fortbildungen und Umschulungen. Hinzu kommen Forderungen nach einer erhöhten räumlichen Mobilität: Die Bereitschaft, zugunsten von Arbeitsgelegenheiten den Wohnort zu wechseln, sollte erhöht werden. Zu diesen Forderungen an die Betroffenen kamen gesetzliche Neuerungen, die auf einen Umbau des Arbeitsrechts zielten. Insbesondere der gesetzliche Kündigungsschutz wurde als Hindernis für die Schaffung neuer Jobs gewertet. (vgl. Butterwegge 2012: 162f.) Auch wurden die Hürden für die Einrichtung nicht sozialversicherungspflichtiger Arbeitsgelegenheiten gesenkt, sodass eine Reihe neuer Jobs im Niedriglohnsektor entstand bzw. zuvor sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen oder Vollzeitstellen zu Mini-Jobs oder Teilzeitstellen umgewidmet wurden (vgl. auch Raphael 2019: 87).²¹⁹

Druck auf die Betroffenen übte nicht zuletzt eine Neustrukturierung der Transferzahlungen im Bereich der Arbeitslosen- und Sozialhilfe aus: Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (einer Versicherungsleistung) wurde verkürzt, die Arbeitslosenhilfe – eine steuerfinanzierte Fürsorgeleistung, die in Anschluss an das Arbeitslosengeld gezahlt wurde und deren Zahlung an eine vorhergehende Lohnarbeit geknüpft war (vgl. Butterwegge 2018: 36) – abgeschafft und eine neue Form der Sicherung unter dem Namen Arbeitslosengeld II eingeführt, deren Höhe an der vormaligen Sozialhilfe orientiert war. Vielfältige Sanktionsmöglichkeiten bei Missverhalten sowie – bereits angedeutet – verschärfte Regeln hinsichtlich der Zumutbarkeit von Arbeitsgelegenheiten engten die Handlungsmöglichkei-

und privatem Sektor erzielen [möchte], indem sie die Dynamik des Marktes für das öffentliche Interesse nutzt“ (ebd.). Zwar schließt er materielle Umverteilung nicht aus, stellt aber vor allem eine „Umverteilung der Chancen“ (ebd.: 118) in den Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik.

- 219 Graeber prägte für solche Beschäftigungen den Begriff „Scheißjobs“ (Graeber 2018: 46): „[S]ie beinhalten meist Arbeiten, die getan werden müssen, und sind für die Gesellschaft eindeutig von Nutzen; nur werden diejenigen, die sie ausführen, schlecht bezahlt und schlecht behandelt.“ (ebd.)

ten Betroffener zusätzlich ein. In diesem Zusammenhang wurde vor allem *Aktivierung* zu einem wichtigen Schlagwort der Reformen: Während der klassische Sozialstaat – vor allem durch finanzielle Leistungen – aktiv werden sollte, um die Integration der Individuen sicherzustellen, wurde nun ein *aktivierender Sozialstaat* gefordert: Die Individuen selbst – so die grundlegende Idee – sollen ihre Integration in die Gesellschaft durch Integration in den Arbeitsmarkt sicherstellen.²²⁰ Dieser auf die direkt Betroffenen ausgeübte Druck bewirkte eine tiefe Verunsicherung in allen Teilen der Gesellschaft, die vor allem der Angst vor sozialem Abstieg und dessen Folgen entspringt: So lassen sich besonders bei Menschen, die einer geregelten Erwerbstätigkeit nachgehen, Effekte der Reformen nachweisen (vgl. Burzan 2008: 11; Bescherer/Röbenack/Schierhorn 2008: 24), da der vormals angestrebte Statuserhalt im umgebauten Sozialstaat längst nicht mehr garantiert und die Angst vor dem sozialen Abstieg damit verallgemeinert wird.²²¹

Dementsprechend sind die Gesetze, die nach dem Bericht der von der Regierung Schröder 2002 eingesetzten *Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt* – nach ihrem Vorsitzenden landläufig auch *Hartz-Kommission* genannt – in den Folgejahren verabschiedet worden sind,²²² vor allem als Instrument zur Disziplinierung der Erwerbslosen *und* der Erwerbstätigen anzusehen, das letztlich zu einer Verschärfung der Erwerbsarbeitsnorm führte (vgl. Englert/Grimm/Sondermann 2012: 12).²²³ In die-

220 Zu aktivierenden Elementen im früheren Bundessozialhilfegesetz vgl. Hilbert 2016: 82ff. Er kommt zu dem Schluss, dass bereits im BSHG ein „**tendenziell gemäßigtes Workfare mit paternalistischen Zügen**“ (ebd.: 84, fett im Original) zum Ausdruck kommt, während das SGB II für ein vollends „**paternalistisches Workfare**“ (ebd.: 86, fett im Original) steht (ausführlich Kap. 4.1.3).

221 Für Adorno sind solche Sorgen als „Gespenst der technologischen Arbeitslosigkeit“ (Adorno 2019: 441) elementarer Bestandteil der gesellschaftlichen Voraussetzungen für das Erstarken rechtsradikaler Kräfte in der Gesellschaft: „Menschen, die im Produktionsprozeß drinstehen, [fühlen] sich bereits als potentiell überflüssig [...]“ (ebd.: 12) Die drohende Deklassierung durch die rigiden Reformen des Sozialstaats dürften dieses Phänomen derweil verstärkt haben.

222 Besondere Bedeutung nimmt dabei das vierte auf den Vorschlägen beruhende Gesetzespaket ein: „Hartz IV‘ avancierte zur Chiffre für Reformen, mit deren Hilfe die rot-grüne Koalition den Sozialstaat immer stärker umstrukturierte.“ (Butterwegge 2012: 188f.) Im allgemeinen Sprachgebrauch wird „Hartz IV“ insbesondere synonym zu Arbeitslosengeld II verwendet.

223 Die hier skizzierten Gesetzesänderungen stellen allerdings nur den „Höhepunkt in einem jahrzehntelangen Prozess, der gewöhnlich als ‚Um-‘ bzw. Abbau des Sozialstaates bezeichnet wird“ (Butterwegge 2018: 35), dar. Butterwegge setzt den Beginn dieses Prozesses während der Kanzlerschaft Helmut Schmidts an,

sem Sinne schreibt auch Lessenich, dass „die Bedeutung der Lohnarbeit für die individuelle Existenzsicherung und die soziale Positionierung im System gesellschaftlicher Arbeitsteilung [...] vermutlich größer [ist] denn je zuvor“ (Lessenich 2012: 118). Es mutet zunächst paradox an, dass dies parallel zu einem Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze geschieht, ist laut Lessenich jedoch kein Zufall: Die De- und Neuregulierung des Arbeitsmarkts entpuppt sich als aktiver Eingriff der Politik und eine bewusste Neugestaltung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse (vgl. ebd.: 118f.). Die Politik unternimmt mit den angerissenen Reformen nicht zuletzt auch die „Aufgabe der Verbilligung der Ware Arbeitskraft“ (Wohlfahrt 2014: 14), indem die Träger*innen dieser Arbeitskraft vermehrt dem Markt zugeführt werden und unzureichende Arbeitsbedingungen – wie etwa niedrige Löhne oder lange Arbeitswege – keine Gründe mehr darstellen, eine angebotene Arbeit abzulehnen. Auf diese Weise werden Qualität und Rahmenbedingungen von Arbeitsplätzen indirekt mitgestaltet.²²⁴ Damit dient diese Form der Arbeitsmarktpolitik auch der Allokation der Arbeitskraft, die seit den 1970er Jahren – zumindest in der westlichen Welt – weniger in der industriellen Produktion und vermehrt im Dienstleistungsbereich gesucht wird – ein Effekt, der sich mit der stärkeren Fokussierung von Information als Produktivkraft wohl noch verstärken wird (vgl. Mason 2017: 231).

Vor allem ging es bei diesen gesetzlichen Reformen um die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Dies beinhaltete unter anderem eine Erleichterung von Leih- und Zeitarbeit sowie eine erzwungene Steigerung der individuellen Mobilität, sowohl lokal als auch hinsichtlich des Gehalts und der Art angebotener Arbeit (vgl. Biebricher 2012: 147f.). Bescherer, Röbenack und Schierhorn stellten 2008 – also drei Jahre nach Verabschiedung der letzten „Hartz-Gesetze“ – fest, dass die meisten der ehemals Arbeitslosen, die eine neue Beschäftigung gefunden hatten, in instabilen und kurzfristigen Verhältnissen arbeiteten (vgl. Bescherer/Röbenack/Schierhorn 2008: 19). Darüber hinaus konstatieren sie die Existenz einer „Schicht von ‚Überzähligen‘ [...], denen eine (Re-)Integration in reguläre, mehr als Existenzsichernde Beschäftigung kaum noch gelingt“ (ebd.). Dies wird häufig mit dem Begriff des *Prekariats* in Verbindung gebracht. Für Standing ist das

also in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre. Dies deckt sich mit der zu Beginn des Kapitels beschriebenen Periodisierung.

224 Das 2015 in Deutschland in Kraft getretene Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns kann immerhin als Reaktion auf diese im Jahrzehnt zuvor in Gang getretene Entwicklung betrachtet werden, die deren Auswüchse in Grenzen halten soll.

Prekariat als soziale Gruppe, die sich aus Menschen in kurzzeitigen, unsicheren und schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen, zum Teil mit häufig wechselnden Jobs zusammensetzt, eine eigene Klasse, wobei er ausdrücklich auf den marxischen Klassenbegriff Bezug nimmt (vgl. Standing 2015: 17ff.). Standing sieht die Entstehung dieser neuen Klasse als ein internationales Phänomen, wobei der Begriff inzwischen in verschiedenen Sprachen etabliert ist, sich jedoch meist in Nuancen unterscheidet; in Deutschland etwa würden auch Arbeitslose zum Prekariat gezählt, während die Bezeichnung in anderen Ländern Menschen in den beschriebenen prekären Arbeitsverhältnissen vorbehalten bleibt (vgl. ebd.: 21). In allen begrifflichen Fassungen wird jedoch eine starke Heterogenität als grundsätzliches Merkmal des Prekariats betrachtet (vgl. ebd.: 27). Standing zeigt auf, dass die Entstehung und weltweite Verbreitung des Phänomens, ähnlich wie in Deutschland, auf grundsätzlichen politischen Entscheidungen beruht, die auf eine Stärkung der nationalen Konkurrenzfähigkeit im globalen Wettbewerb – vor allem mit der chinesischen Wirtschaft – zielten (vgl. ebd. 44).

Die mit den Reformen verbundenen Ziele hinsichtlich der Integration Erwerbsloser in das Arbeitsleben konnten indes nicht erreicht werden: „Berücksichtigt man die soziodemografischen Effekte und die unterschiedliche Arbeitsmarktsituation vor und nach der Einführung von Hartz IV, blieben Alg-II-Bezieher/innen sogar eher länger erwerbslos als Sozial- und Arbeitslosenhilfeempfänger/innen.“ (Butterwegge 2018: 210). Stattdessen geht mehr als die Hälfte der Bezieher*innen von ALG II einer Lohnarbeit nach und erhält staatliche Leistungen als Ergänzung zu einem nicht ausreichenden Lohn, sodass die zentrale Wirkung der Reformen in einer Zunahme der individuellen Bereitschaft besteht, auch schlecht bezahlte und mit schwierigen Umständen verbundene Arbeitsgelegenheiten wahrzunehmen (vgl. ebd.: 210ff.).

Den Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen komplexer waren Veränderungen innerhalb der Gesellschaft im Allgemeinen und der Arbeitswelt im Speziellen. Bereits angedeutet wurde der Niedergang der Industrie in Deutschland – wie auch im Rest Mittel- und Westeuropas – seit den 1970er Jahren, wodurch sich auch die Stellung der Arbeitnehmer*innen zur Arbeit selbst änderte. Zwei wichtige Versuche, damit einhergehende Veränderungen zu erfassen, sind die von Bröckling beschriebene Figur des *unternehmerischen Selbst* und die auf Pongratz und Voß zurückgehende Typologie, in der der *Arbeitskraftunternehmer* als „der mögliche neue Leittypus von Arbeitskraft für eine posttayloristische und verstärkt marktorientierte Betriebsorganisation“ (Pongratz/Voß 2004: 26)

beschrieben wird. Hierfür wird die Entwicklung des Kapitalismus in drei Phasen mit zugehörigen Arbeitskrafttypen – vorzustellen als Idealtypen²²⁵ im Sinne Webers – unterteilt:

- a) die Frühindustrialisierung mit dem „Typus des *proletarisierten Lohnarbeiters*“ (ebd.: 27, kursiv im Original), der über eine geringe Qualifikation und wenig soziale Absicherung verfügte und dessen Arbeit einer starken Kontrolle unterstand;
- b) der Fordismus mit dem „Typus des *verberuflichten Arbeitnehmers*“ (ebd., kursiv im Original), der gewisse Qualifikationen und eine – vor allem in den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg – gute Absicherung besaß und bei dem von Seiten der Arbeitgeber*innen bereits „auf eine gewisse innere Disziplinierung vertraut“ (ebd.) wurde;
- c) schließlich der Postfordismus mit dem erwähnten Typus des*der *Arbeitskraftunternehmer*in*.

Diese Form war zunächst nur ein gedankliches Konstrukt; Pongratz und Voß sahen 2004 jedoch gewichtige Anhaltspunkte für die Annahme, dass die zukünftige Entwicklung auf die Entfaltung jenes Typs zielen wird. Insofern handelt es sich bei diesem Modell um eine „soziologische Prophezeiung“ (Sieg 2016: 243), die in empirischen Untersuchungen seither aber zumindest in der Tendenz Bestätigung erfahren hat (vgl. ebd.: 244). Die Etablierung des Typus von Arbeitskraftunternehmer*innen wird dabei von zwei wichtigen Entwicklungen begünstigt: der Verschiebung von Arbeit in den Dienstleistungssektor einerseits und innerbetrieblichen Umstrukturierungen, die mit dem Übergang von fordistischen zu postfordistischen Organisationsprinzipien einhergehen, andererseits. Waren für die Großbetriebe im Fordismus vor allem noch starre Hierarchien kennzeichnend (vgl. Senghaas-Knobloch 2011: 26), werden sichtbare Hierarchien im Postfordismus allgemein abgebaut und die Verantwortung für Arbeitsorganisation und -ergebnisse mehr und mehr auf die Belegschaft übertragen, wie es in klassischen Angestelltenverhältnissen oder auch in kleinen und mittleren Betrieben bereits früher der Fall war. Diesem Wandel liegt ein veränderter Blick auf die Subjektivität im Arbeitsprozess zugrunde: Während diese im klassischen Fordismus vor allem als „Störfaktor“ (Voswinkel 2012: 305) und dementsprechend als der Kontrolle bedürftig verstanden wurde, rückt

225 Nach Weber wird ein Idealtypus „gewonnen durch einseitige Steigerung einiger Gesichtspunkte und durch Zusammenschluß einer Fülle von [...] Einzelercheinungen“ (Weber 1973: 191). Dieser Idealtypus ist „nirgends in der Wirklichkeit empirisch vorfindbar“ (ebd.) und dient vor allem der Klassifizierung empirischer Fälle.

sie nun ins Zentrum der Organisation. Damit geht die Pflicht der Subjekte einher, sich entsprechend der ökonomischen Erfordernisse weiterzubilden und zunehmend selbst zu kontrollieren (vgl. Pongratz/Voß 2004: 26, 30f.) – eine Entwicklung, die schließlich in der Etablierung der „Unternehmer der eigenen Arbeitskraft“ (ebd.: 32) kulminiert.²²⁶

Hieran anknüpfend entwirft Bröckling die Figur des *unternehmerischen Selbst*, die sich vor allem durch eine „Tendenz zu gesteigerter Selbstkontrolle, Selbstökonomisierung und Selbststrationalisierung“ (Bröckling 2007: 49) auszeichnet. Dies gilt besonders für Selbstständige; infolge neuer Managementverfahren müssen nun aber auch Mitarbeiter*innen wie Unternehmer*innen handeln. Bröckling verweist – in diesem Punkt Lukács nicht unähnlich – darauf, dass „dieses Verhaltensmodell zur sozialen Norm“ (ebd.) und entsprechend auch auf andere Lebensbereiche als den der Lohnarbeit übertragen wird. Selbstoptimierung wird so zum allumfassenden Gebot. Die damit verbundenen Ansprüche führen tendenziell zu einer stetigen Überforderung, die allerdings durchaus „gewollt“ (ebd.: 71) sei: Nur auf diese Weise bleibe das Individuum leistungsbereit und lernwillig. Ein wichtiger, wesentlicher Antrieb ist Angst: Angst davor, nicht genug für den eigenen Erfolg getan zu haben und dementsprechend zurecht von anderen überholt oder ausgebootet zu werden – ein entscheidender Unterschied zu klassischen Industriearbeiter*innen oder klassischen Angestellten, die (zumindest theoretisch) die Möglichkeit hatten, in geteilten Erfahrungen am selben Arbeitsplatz gegenseitige Solidarität zu erfahren und so ein – auch politisch wirkmächtiges – Kollektivsubjekt aufzubauen, das zu einer stabilen Persönlichkeitsbildung beitragen konnte (vgl. Mason 2017: 276). Im Postfordismus wird die schon von Lukács konstatierte gesellschaftliche Atomisierung durch allgegenwärtige Konkurrenz auf die Spitze getrieben, über deren Ausgang letztlich „der Markt als oberster Richter“ (Bröckling 2007: 75) entscheidet. Entscheidend hierfür ist unter anderem die eigene Kreativität: Individuelle Eigenschaften, die zu Vorteilen gegenüber Mitbewerber*innen werden können, entscheiden über das Bestehen am Markt; individuelle, kreative Lösungen für immer neue Problemstellungen müssen präsentiert werden. Während im Fordismus

226 Natürlich ist nicht zu unterschlagen, dass nicht in allen Berufen und Branchen entsprechende Freiheitsräume entstehen. So weist Senghaas-Knobloch auf die Arbeitsbedingungen in Industrie und Handwerk sowie „im Einzelhandel, in der *Fast-Food*-Branche oder der Reinigungsbranche“ (Senghaas-Knobloch 2011: 30f., kursiv im Original) hin, die weiterhin von Disziplin und starrer Hierarchie geprägt sind.

die Anpassung an verbreitete Normen Schlüssel zum beruflichen Erfolg war, wird dies nun die individuelle Kreativität. Natürlich kann dies – wie bereits im Zusammenhang mit der Arbeitskraftunternehmer*innenthese erwähnt – nur einen begrenzten Teil der Berufe und Branchen umfassen: Besonders in handwerklichen und industriellen Bereichen ist Anpassung an Maschine und Takt nach wie vor gefragt. Doch auch dort, wo Kreativität tatsächlich gefordert wird, ist sie präformiert: Es geht um eine „serielle Einzigartigkeit, Differenz von der Stange“ (ebd.: 174). Letztlich muss das individuelle Handeln sich auf einen innerbetrieblichen oder gesellschaftlichen Grundkonsens beziehen lassen: Der Äquivalententausch als Grundlage des ökonomischen Systems lässt sich innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nicht hintergehen. So ist es auch zu verstehen, wenn Bröckling schreibt:

„Die Anrufungen des unternehmerischen Selbst sind totalitär. [...] Nichts soll dem Gebot der permanenten Selbstverbesserung im Zeichen des Marktes entgehen. Keine Lebensäußerung, deren Nutzen nicht maximiert, keine Entscheidung, die nicht optimiert, kein Begehren, das nicht kommodifiziert werden könnte.“ (ebd.: 283)

Allerdings sollte nicht geschlossen werden, dass diese relativ neuen Ausprägungen in der Arbeitswelt den Individuen nur aufgezwungen würden; vielmehr laufen – so fasst es Bröckling mit Foucault – im Prozess der Subjektivierung „gesellschaftliche Zurichtung und Selbstmodellierung“ (ebd.: 31) zusammen.²²⁷ Dies korrespondiert mit der Analyse Becks von der Etablierung des *Zeitalters des eigenen Lebens*. Demnach sei eine „Rollenverflüssigung“ (Beck 2001: 3) zu konstatieren, die mit einer allgemeinen Individualisierung einhergehe. Auf diese Weise wird zwar die Lösung gesellschaftlicher Widersprüche zur Aufgabe der Subjekte, die sie durch individuelle Gestaltung des eigenen Lebens lösen sollen – doch, so Beck, „[ist] [d]ie Vorstellung eines *autarken* Ich [...] pure Ideologie“ (ebd., kursiv im Original): Auch die beschriebene Individualisierung folgt bestimmten

227 Graefe bestimmt die gestiegenen und steigenden Anforderungen an Arbeitnehmer*innen als eine Ursache für die gestiegene Anzahl von Burn-Out-Erkrankungen, deren Diagnose zumindest eine Pause legitimieren und so als „Notbremse“ (Graefe 2014: 319) dienen kann, um „Grenzen der eingeforderten Selbstvermarktlichung“ (ebd.) zu markieren. Es wirkt, als seien (scheinbar) objektive medizinische Diagnosen der einzige Weg, sich dem ständigen Leistungsdruck zu entziehen, ohne in die Gefahr der Abwertung durch Andere oder durch sich selbst zu geraten: Die subjektive Grenze der Leistungsbereitschaft muss so objektiv wie möglich erscheinen, um einer Schuldzuschreibung zu entgehen.

gesellschaftlichen Mustern, die vor allem seit der zweiten Hälfte des 20. Jh. – in Abkehr vom fordistisch-tayloristischen Kapitalismus – auf die ökonomische Indienstnahme des Individuellen zielten.²²⁸

Dieser Befund verweist auf einen wesentlichen Aspekt der Entwicklung der Arbeit und ihrer gesellschaftlichen Organisation seit den 1960er Jahren: Zumindest zum Teil kamen diese Veränderungen durch Kritik am Kapitalismus und der klassischen Form der Lohnarbeit zustande. Raphael verweist auf Boltanski und Chiapello, die mit Fokus auf Frankreich darlegen, wie nach einer Phase der Kämpfe um materielle Sicherheit für die Arbeiter*innen in den 1960er Jahren zunehmend andere Themen die Auseinandersetzungen bestimmten: Immer stärker wurden „Autonomie und Kreativität“ (Raphael 2019: 355) eingefordert, die in der ökonomischen Wirklichkeit dieser Zeit nicht einlösbar schienen. Entsprechend konsequent war die Kapitalismuskritik, die von 1965 bis 1975 breiten Raum in gesellschaftlichen Diskussionen einnahm, während sie danach bis in die 1990er Jahre merklich verflachte (vgl. Boltanski/Chiapello 2001: 461). Boltanski und Chiapello beschreiben einen Wandel des *Geistes des Kapitalismus*; dieser besteht in einer historisch wandelbaren individuellen Rechtfertigung dafür, in Lohnarbeit tätig zu sein – ein „Sinn, der die einzige Idee, den Profit zu steigern, übersteigt“ (ebd.: 432). Dabei werden drei verschiedene Formen des „Geistes“ herausgearbeitet – eine für das 19. Jh., eine für ca. 1940 bis 1970 und eine Form, die sich seit 1980 entwickelte. Bemerkenswert ist, dass wiederum ca. 1970 als Schwelle betrachtet wird, wie dies in anderen theoretischen Betrachtungen oder historischen Periodisierungsversuchen auch der Fall ist. Entscheidend ist, dass der „neue“, also der dritte „Geist“ des Kapitalismus, auf Werten wie Flexibilität und Mobilität beruht – Werte, die sich auch in neoliberalen Reformdiskursen wiederfinden lassen. (vgl. ebd.: 463ff.).

Die Kritik an den Verhältnissen in den 1960er Jahren, von Boltanski und Chiapello als *Künstlerkritik* bezeichnet, in der vor allem Kreativität und individuelle Autonomie fokussiert wurden (vgl. ebd.: 468 ff.), half möglicherweise dabei, die Subjektivität in einem ganz neuen Umfang für die Umsetzung unternehmerischer Ziele zu nutzen. Was Lukács mit

228 Beck verweist weiter darauf, dass diese neue Sozialstruktur grundlegende Folgen für das politische System zeitigt. So beruht das repräsentative System auf kollektiven Interessen, die in einer individualisierten Gesellschaft kaum zu koordinieren sind. Beck spricht sich für einen neuen „individualistische[n] Republikanismus“ (Beck 2001: 6) und somit für eine Neujustierung des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft aus, um eine den Veränderungen angemessene Grundlage für Politik zu etablieren.

Blick lediglich auf den Journalismus bereits beschrieben hatte – dass die individuellsten Eigenschaften der Arbeiter*innen Teil des Arbeitsprozesses werden – wurde nun zunehmend allgemein Wirklichkeit. Dabei gingen individuelle und systemische Bedürfnisse Hand in Hand: Der postulierte Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft machte eine neue Art von Arbeitskraft nötig, die z. B. Sozialkompetenzen oder die bereits erwähnte Kompetenz zur kreativen Problemlösung beinhaltete – ein klarer Gegensatz zur bis dahin vorherrschenden Monotonie und stereotypen Fertigung im Rahmen industrieller Massenfabrikation. Die Kritik ist entsprechend verbunden mit der Etablierung neuer Arbeitsformen in einer neuen Arbeitswelt, die in positiven Utopien entworfen wurde (vgl. ebd.: 468; Raphael 2019: 356).²²⁹

Der strukturelle Wandel seit den 1970er Jahren sollte jedoch nicht monokausal verstanden werden, so wie es die bei Boltanski und Chiapello entfaltete Begründung nahelegen scheint. Ausgehend von der marxistischen Theorie könnte angenommen werden, dass in den 1960er Jahren die Produktionsverhältnisse eine weitere Produktivitätssteigerung blockierten; die aufkommende Kapitalismuskritik könnte den daher ökonomisch nötigen Wandel durchaus beschleunigt haben, sollte jedoch eher als möglicherweise notwendige, nicht aber hinreichende Ursache angesehen werden; in beiden Fällen aber wäre dies ein Aspekt, der auf die Dringlichkeit der Selbstreflexion kritischer Positionen verweist.

Klassische Themen von Kritik an den Zuständen in kapitalistischen Gesellschaften, wie etwa die Höhe der Entlohnung oder die soziale Absicherung von Risiken, scheinen im Ergebnis der auf die Phase der radikalen Kapitalismuskritik folgenden Desorientierung kritischer Positionen (vgl. Boltanski/Chiapello 2001: 468) zugunsten der oben erwähnten „weichen“ Faktoren in den Hintergrund gedrängt. Dies korrespondiert mit dem Zerbrechen der politischen Repräsentation von Industriearbeiter*innen, deren Themen entsprechend weniger Widerhall in der öffentlichen Diskussion finden, während zunehmend andere Themen die politische Agenda be-

229 Nies und Sauer kritisieren Boltanski und Chiapello für deren Behauptung, dass die sog. Künstlerkritik eine entsprechende Weiterentwicklung des Kapitalismus ermöglicht hätte, Autonomie und Selbstbestimmung mithin tatsächlich Eingang in die gesellschaftliche Organisation der Arbeit gefunden hätten. Wenn sie von einer „*Überschätzung* der tatsächlichen Einlösung der Forderungen“ (Nies/Sauer 2012: 38, kursiv im Original) schreiben, verweist das nicht zuletzt auf die Zwänge, die den Bereich der Lohnarbeit weiterhin bestimmen.

stimmen (vgl. Raphael 2019: 138f.).²³⁰ Besonders die Frage nach Exklusion und Inklusion wurde so als zentrales gesellschaftspolitisches Problem der Gegenwart bestimmt. In den Worten Budes: „Die Frage ist nicht, wer oben und wer unten, sondern wer drinnen und wer draußen ist.“ (Bude 2008: 13) Diese Formulierung legt die Existenz einer privilegierten Position innerhalb der Gesellschaft und einer marginalisierten Position außerhalb derselben und damit ein Gesellschaftsmodell nahe, das eine Abkehr vom klassischen Bild einer stratifizierten Gesellschaft impliziert. Eine genauere Betrachtung des Komplexes Inklusion/Exklusion zeigt jedoch, dass diese Gegenüberstellung einige theoretische Probleme birgt.

Angesichts der zentralen Stellung des Begriffs der Inklusion in der Systemtheorie scheint es naheliegend, auch den Begriff der Exklusion aus dieser Theorie herzuleiten. Stichweh allerdings macht deutlich, dass die vorherrschende Verwendung des Begriffs eher dem politischen als dem wissenschaftlichen Bereich entspringt und dort in Zusammenhang mit Begriffen wie *underclass* und *Ausgrenzung* steht (vgl. Stichweh 2005: 46ff.). In der Systemtheorie selbst ist, wie Kronauer zeigt, die Bedeutung des Begriffs nicht eindeutig. So sei in der ursprünglichen Konzeption von Luhmann eine Exklusion aus der Gesellschaft als unmöglich erachtet worden,²³¹ bis Luhmann den Begriff in den 1990er Jahren angesichts der von ihm selbst beobachteten materiellen Not in den brasilianischen Favelas in seine Sys-

230 Die politischen Folgen dieser Verschiebung sind weitreichend, was u. a. von Crouch gezeigt wird, wenn er das Wechselspiel zwischen dem Rückzug der Bevölkerung aus demokratischer Teilhabe einerseits und der gezielten Inszenierung von Politik andererseits darlegt (vgl. Crouch 2008: 34ff.). Eribon zeigt am Beispiel Frankreich, wie das Vakuum, das durch den Rückzug und die Verdrängung klassischer politischer Repräsentant*innen der unteren Klassen hinterlassen wurde, von rechtsextremen Parteien instrumentalisiert und politisch genutzt wird (vgl. Eribon 2018). Trotz Verschiebung der politischen Agenda weg von klassischer „Arbeiter*innenpolitik“ ist, so macht Raphael deutlich, die „Existenz der sozioökonomischen Großgruppe ‚Arbeitschaft‘ keineswegs zu negieren“ (Raphael 2019: 141).

231 Für Vobruba bedeutet dies, dass „der Begriff Inklusion also kein Gegenteil hat“ (Vobruba 2000: 119), was für ihn auf ein „Konstruktionsproblem der Systemtheorie“ (ebd.) hindeutet, „das zu ernsthaften Zweifeln an der Brauchbarkeit der systemtheoretischen Begrifflichkeit für die empirische Exklusionsforschung“ (ebd.) führt. Ob dieser Einwand tatsächlich die Systemtheorie als ganze trifft, kann hier nicht weiter verfolgt werden; dennoch ist er zu reflektieren: Schließlich ist es für eine mit Fragen von Inklusion und Exklusion befasste Institution wie die Soziale Arbeit von entscheidender Bedeutung, ob und inwieweit diese Begriffe taugen, Relevantes über die gesellschaftlichen Verhältnisse auszusagen.

temtheorie aufgenommen habe (vgl. Kronauer 2002: 126). Tatsächlich lässt sich in Luhmanns Text *Inklusion und Exklusion* eine intensive Auseinandersetzung mit der Thematik finden. Luhmann betont, dass Inklusion in modernen Gesellschaften nicht gesamtgesellschaftlich, sondern innerhalb der einzelnen Funktionssysteme geregelt wird (vgl. Luhmann 1994: 25). Wichtig dabei sind die sogenannten „Interdependenzunterbrechungen“ (ebd.: 29), die dafür sorgen, dass die Exklusion aus einem Funktionssystem nicht zwangsläufig die Exklusion aus einem anderen Funktionssystem zur Folge hat. Kronauer stellt dieses Postulat allerdings in Frage und verweist auf empirische Belege, die auf eben solche Interdependenzen und daraus folgende „Negativspiralen“ (Kronauer 2002: 131) hinweisen. Für Kronauer liegt die Ursache dieser Interdependenzen in einer immensen Abhängigkeit der Gegenwartsgesellschaften von Markt und Staat, also den Funktionssystemen Wirtschaft und Politik, bei der es sich um die „zentrale[n] Instanz der Durchsetzung von Rechtssicherheit, des Schutzes der Arbeitskraft und ihrer Reproduktion vor dem Markt“ (ebd.: 208) handelt. Interessant ist, dass hier vor allem das Zusammenwirken beider Systeme unter Beibehaltung ihrer unterschiedlichen Funktionslogiken thematisiert wird, wobei das zentrale Thema die Integration in Erwerbsarbeit ist. Demzufolge sind sich gegenseitig verstärkende „Ausgrenzungsdynamiken“ (ebd.: 209) denkbar, was einem Exklusionsbegriff nahekommt, der inhaltlich stark von Vorstellungen klassischer Diskussionen um Armut und Arbeitslosigkeit geprägt ist. Insofern kann Exklusion vor allem als Ausschluss aus der primären Integrationsinstanz von Gegenwartsgesellschaften, der Erwerbsarbeit, verstanden werden und steht entsprechend in engem Zusammenhang mit Prekarität und Armut (vgl. ebd.: 228f.). Insbesondere ist nicht zu übersehen, dass die individuelle Stellung zur Erwerbsarbeit erheblichen Einfluss auf die Inklusion in andere Funktionssysteme hat bzw. die individuellen Handlungsmöglichkeiten in diesen immens erhöht.²³² Die Tatsache, dass Lohnarbeit seit Beginn der Moderne *das* konstitutive Element der gesellschaftlichen Entwicklung ist und die Frage nach ihrer Ausgestaltung wohl ohne Zweifel als eine zentrale politische Frage dieser Periode gelten kann, macht Kronauers These vom Primat der Systeme

232 Stichweh macht deutlich, dass Lohnarbeit oft mit einer Leistungsrolle in dem spezifischen Funktionssystem, innerhalb dessen die Arbeit erbracht wird, einhergeht – eine Rolle also, die regelmäßig mit einer „Leistungsabgabe“ (Stichweh 2005: 15) innerhalb dieses Systems verbunden ist. Zusätzlich jedoch wird dabei meist eine „sekundäre Leistungsrolle“ (ebd.: 38) im Wirtschaftssystem übernommen, „weil man im Wirtschaftssystem jetzt als Anbieter genau einer Ware auftritt: der eigenen Arbeitskraft“ (ebd.).

Politik und Wirtschaft plausibel. In Anschluss an Adornos Gesellschaftsanalyse, die wesentlich auf derjenigen von Marx beruht, kann auch eine funktional ausdifferenzierte Gesellschaft nicht anders als eine wesentlich ökonomisch dominierte gedacht werden, insbesondere vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung, die den Äquivalententausch in das gesellschaftliche Zentrum rückte.²³³ Für Soziale Arbeit ist dieses Primat gleich in doppelter Weise von Bedeutung: Sie orientiert sich – wie gezeigt – in weiten Teilen am Ideal der gesellschaftlichen Integration durch und in Lohnarbeit, also der Inklusion in das Wirtschaftssystem, während wichtige Leitlinien und Fragen ihrer Finanzierung im politischen System verhandelt werden.

Kronauer untersucht die Verwendung des Begriffs Exklusion bei Luhmann und differenziert zwei verschiedene Begriffskonzeptionen.

- a) Die erste, „Exklusion I“ benannte Variante ist demnach nicht von Inklusion zu trennen und „entspringt genuin der Logik der Systemtheorie“ (ebd.: 127). Exkludiert werden hier einzelne Persönlichkeitsaspekte, die über die Rollenerwartung in einem bestimmten Funktionssystem hinausgehen oder diesen widersprechen; Exklusion wird somit zur Voraussetzung von Inklusion.

233 Für Stichweh hingegen wäre Kronauers Prämisse, nach der Staat und Markt eine Sonderstellung innerhalb der Funktionssysteme einnehmen, nicht haltbar; explizit tritt er Versuchen entgegen, bestimmten Funktionssystemen Priorität gegenüber anderen einzuräumen, namentlich Politik, Wirtschaft und Religion. Es ist auffällig, dass Stichweh hierbei nicht differenziert: So dürften für ein Primat der Wirtschaft in den westlichen Gegenwartsgesellschaften mehr Argumente sprechen als etwa für ein Primat der Religion. Auch Stichwehs Verweis auf Bourdieu trägt nicht: Stichweh argumentiert, dass mit Bourdieu auch die Familie als prioritäres System bestimmt werden könnte, da in dessen Theorie „eine starke Stellung einer Person in mehreren sozialen Systemen sich oft der familialen Weitergabe entscheidender Ressourcen verdankt“ (Stichweh 2009: 368). Dass die Art der Ressourcen hier allerdings nicht benannt wird, ist bezeichnend: Schließlich haben vor allem ökonomische Ressourcen und damit das Wirtschaftssystem eine herausgehobene Stellung inne (vgl. Bourdieu 2013: 195f.). Stattdessen weist Stichweh im Zusammenhang mit arbeitslosen Menschen darauf hin, dass „[e]ine in ihrem Selbstwert verletzte Psyche [...] dafür [für die Exklusion aus mehreren Funktionssystemen im Falle von Arbeitslosigkeit, K. R.] eine wichtige intervenierende Variable ist“ (Stichweh 2009: 366f.). Insofern erinnert Stichwehs Versuch, das Wirtschaftssystem auf eine Stufe mit anderen Systemen zu stellen, und die damit einhergehende Verteidigung des Postulats von der Interdependenzunterbrechung frappierend an den bekannten Mechanismus der Individualisierung sozialer Probleme.

- b) In der zweiten, als „Exklusion II“ bezeichneten Variante hingegen wird Exklusion „als blockierter Zugang der Person zu den Funktionssystemen“ (ebd.) der Gesellschaft insgesamt verstanden, der auf einer „Logik der Interdependenz“ (ebd.: 131) beruht.

Kronauer setzt sich mit beiden Varianten und deren Implikationen näher auseinander und kommt zu dem Schluss, dass das reale Zustandekommen von Exklusion II im Kontext der Systemtheorie nur schwer erklärt werden kann.

Allerdings weist auch Luhmann selbst – in seinem Spätwerk – auf die Unwahrscheinlichkeit von Interdependenzunterbrechungen hin (vgl. Luhmann 1994: 29f.). Er beschreibt, dass in vormodernen Gesellschaften „[...] Exklusion aus einem Teilsystem weitestgehend dadurch aufgefangen werden [konnte], daß sie zur Inklusion in ein anderes führte“ (ebd.: 40). Dies hat sich geändert: So ziehe in funktional ausdifferenzierten Gesellschaften „der Ausschluß aus einem Funktionssystem quasi automatisch den Ausschluß aus anderen nach sich“ (ebd.: 41). Allerdings ist darauf zu verweisen, dass im Kontext der Systemtheorie die Frage nicht darin besteht, „ob oder ob nicht Individuen Teile der Gesellschaft sind“ (ebd.: 43), sondern um die Frage der Relevanz von Kommunikation bzw. „ob Personen als mitwirkungsrelevant oder als nichtmitwirkungsrelevant bezeichnet werden“ (ebd.). Exklusion ist entsprechend nicht gleichbedeutend mit der Schaffung einer Position außerhalb der Gesellschaft; vielmehr werden in den entsprechenden Debatten „innergesellschaftliche Exklusionsrollen“ (Stichweh 2009: 364) thematisiert. Exklusion und sozialer Ausschluss bezeichnen damit eher eine gesellschaftliche Randständigkeit von Individuen und Gruppen, die von den Fortschritten der Mehrheitsgesellschaft nicht in gleichem Maße profitieren, wie es diese tut (vgl. Bude 2008: 15f.). Ein solches Verständnis von Exklusion ist, so Stichweh, „ohne größere Probleme über theoretische Grenzlinien hinweg zu gebrauchen“ (Stichweh 2009: 363), was ein Grund für dessen Konjunktur sein dürfte. Als problematisch erweist sich jedoch die Beliebigkeit des Begriffs Exklusion bzw. seiner Verwendung, was eine Abgrenzung zu anderen sozialen Phänomenen der Marginalisierung erschwert. So bleibt der Exklusionsbegriff ambivalent. Bude beschreibt eine fortlaufende und sich steigernde Exklusion, die auf Interdependenzen zwischen den Funktionssystemen beruht:

„Keine zertifizierte Ausbildung, keine reguläre Beschäftigung, keine gesunde Ernährung, kein ausreichendes Einkommen, keine dauerhaften Intimbeziehungen, keine elterliche Verantwortung, kein Interesse an den politischen Angelegenheiten, kein Zugang zur Rechtsberatung, keine ausreichende Krankenversicherung – die Liste ließe sich verlän-

gern und fügte sich, je nach Umständen, zu einer Geschichte sich aneinanderreihender Benachteiligungen bis hin zu einer Karriere des sozialen Ausschlusses.“ (Bude 2008: 18f.)

In diesem Zitat wird der Zusammenhang zwischen der Stellung in verschiedenen Funktionssystemen deutlich, die bereits Kronauer geschildert hatte: Vieles spricht dafür, dass die theoretisch postulierte Interdependenzunterbrechung in der gesellschaftlichen Realität nicht wirksam ist. Allerdings ist die scheinbare Zwangsläufigkeit, mit der Bude den Exklusionsverlauf beschreibt, ein einseitig negatives Szenario: So erschließt sich der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und der Weigerung, elterliche Verantwortung wahrzunehmen, nicht ohne weiteres. Stattdessen wird hierdurch ein Bild der Gesellschaft und vor allem der Individuen gezeichnet, das gezielte Eingriffe in individuelle Lebenswelten begründet und so auch für die Soziale Arbeit nicht ohne Folgen bleiben kann, wie im folgenden Kapitel gezeigt werden wird.

4.1.3 Soziale Arbeit im Postfordismus

Die enge Verbindung von Sozialer Arbeit und fordistischer Gesellschaft bzw. fordistischem Sozialstaat, die in der vielfach geteilten Vorstellung einer gesellschaftlichen Integration durch Lohnarbeit zum Ausdruck kommt, wurde mit der Krise der Erwerbsarbeit und dem Umbau des Wohlfahrtsstaates auch zum Problem für die Soziale Arbeit. Dass in den Theorien Sozialer Arbeit nun neue Erklärungsmuster für gesellschaftliche Bedingungen und Strukturen und damit neue Begründungslinien für ihre eigene Ausgestaltung thematisiert wurden und werden, zeigt entsprechend an, dass sich mit den gesellschaftlichen Strukturen auch die Grundlagen der Sozialen Arbeit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verändert haben und zum Teil brüchig geworden sind. Wenn also Mührel mit Heitmeyer meint, dass Integration die soziale Frage der Gegenwartsgesellschaft sei (vgl. Mührel 2010: 94), so ist dies nicht zuletzt als Reaktion auf das Ende dieser Selbstverständlichkeit und die daraus folgende Zäsur für die Soziale Arbeit zu verstehen. Insofern können die Versuche einer inhaltlichen und organisatorischen Neubestimmung Sozialer Arbeit, die in den letzten Jahrzehnten unternommen worden sind, als Reaktion auf diese gesellschaftlichen Entwicklungen gedeutet werden.

Ein wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang ist die in den 1980er Jahren zunehmende Orientierung der öffentlichen Verwaltung an privatwirtschaftlichen Organisationsprinzipien und Effektivitätsansprüchen.

Analog wurde die Erbringung von Leistungen Sozialer Arbeit immer deutlicher als Dienstleistung konzipiert (vgl. etwa Dewe/Otto 1984). Diese – durchaus kontrovers geführte – Dienstleistungsdebatte hing nicht zuletzt mit Fragen der eigenen professionellen und disziplinären Identität zusammen. Insbesondere wurden von den Fürsprecher*innen einer Dienstleistungsorientierung sowohl die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung Sozialer Arbeit betont als auch eine verstärkte Partizipation ihrer Klient*innen an der Leistungserbringung eingefordert (vgl. Dewe/Otto 2012: 198f.); eine Neuformulierung der Sozialen Arbeit als Dienstleistung sollte beides ermöglichen. Damit hing darüber hinaus eine – seit den 2000er Jahren nochmals forcierte – auf den Markt zugeschnittene Neuausrichtung der Trägerstruktur zusammen. Freie Träger mussten sich nun in der Konkurrenz zu anderen freien Trägern behaupten: Die im Postfordismus universalisierte Konkurrenz ließ sich jetzt vermehrt auch in der Sozialen Arbeit feststellen und erfasste ebenso die dortigen Beschäftigungsverhältnisse (vgl. Reinisch 2016: 160f.). Diese Neuerungen stießen vielfach auf Kritik, wurden zum Teil aber auch offensiv begrüßt. So meinte R. Lutz, die Soziale Arbeit müsse „die Forderung nach ‚Ökonomisierung‘ konstruktiv aufnehmen“ (Lutz 2008: 3) und „sich noch viel konsequenter als Dienstleister begreifen“ (ebd.).

Analog zur während der Industrialisierung realisierten Rechtsgleichheit der Subjekte, die Voraussetzung zum Abschluss von Verträgen auch über die Überlassung von Arbeitskraft war, sollen die Klient*innen nun in den Konzepten der überwiegenden Mehrzahl dienstleistungstheoretischer Grundlegungen Sozialer Arbeit statt als Hilfebedürftige als gleichberechtigte Vertragspartner*innen betrachtet und behandelt werden (vgl. Scharschuch 2006: 91). Diese vermeintliche Gleichheit der Beteiligten ist nicht zuletzt eine wesentliche Bedingung zum Abschluss von Verträgen zwischen Vertragspartner*innen. Infolge dieser Dienstleistungsorientierung werden Klient*innen Sozialer Arbeit oft analog zu klassischen Dienstleistungen als Kund*innen definiert – hierbei wird allerdings übersehen, dass Klient*innen in vielen Praxisfeldern eben nicht Auftraggeber*innen Sozialer Arbeit im Sinne von freien Akteur*innen auf einem „Markt“ sind; vielmehr ist anzunehmen, dass oft „die Konsumenten Objekt und nicht Subjekt des Prozesses der Bedürfnisbefriedigung durch soziale Dienstleistungen sind“ (Büschken 2017: 186). Zwar kann z. B. bei vielen Beratungsangeboten wohl von einer höheren Selbstbestimmtheit ausgegangen werden als etwa im Bereich der Straffälligenhilfe oder anderer stärker auf Kontrolle ausgerichteter Tätigkeiten; eine Darstellung Sozialer Arbeit als Dienstleistung birgt jedoch immer die Gefahr, reale Machtverhältnisse,

die in der Beziehung zwischen Sozialpädagog*innen und Klient*innen wirksam sind, auszublenden. Hauptert zieht unter Verweis auf Butterwegge Parallelen zwischen dieser Art von Verträgen und solchen in der freien Wirtschaft, die auf dem Äquivalententausch beruhen (vgl. Hauptert 2003: 126) – die der kapitalistischen Gesellschaft eigentümliche Durchsetzung von Äquivalent und Rationalisierung, wie sie von Adorno analysiert wurde, verlängert sich somit in die Soziale Arbeit und die Beziehung zwischen Professionellen und Klient*innen hinein. Auch wenn diese Beziehung aus mehreren Gründen nicht im engeren Sinne als eine typische Dienstleistungsbeziehung definiert werden kann und das Tauschprinzip mithin (zumindest bisher) nicht den Kern dieser Beziehung ausmachte, so ist hier doch eine klare Tendenz in Richtung einer – im weberschen Sinne – Rationalisierung derselben zu erkennen. Hauptert bemerkt zwar, dass einige Aspekte Sozialer Arbeit in Teilen durchaus Dienstleistungscharakter haben können – jedoch soll dies nicht zu dem Schluss verleiten, dass nun die Soziale Arbeit in all ihren Facetten unter Dienstleistungskategorien gefasst werden könne. (vgl. ebd.: 124) Tatsächlich könnte Soziale Arbeit in der Hinsicht als Dienstleistung beschrieben werden, dass Auftraggeber*innen und damit Kund*innen meist öffentliche Stellen sind, die eine „Bearbeitung“ der Klient*innen einkaufen. Produkt wäre dann z. B. eine Verhaltensänderung der Klient*innen.

Ähnliches lässt sich für die Implementierung von Qualitätsmanagementsystemen zeigen. Nicht zufällig wird Qualitätsmanagement (QM) auch von Bröckling als neoliberale Strategie zur Durchsetzung ökonomischer Interessen bewertet (vgl. Bröckling 2007: 229). Zwar existiert eine Vielzahl solcher Systeme, doch gibt es zentrale Merkmale, die diesen gemeinsam sind. Ebenso wie die von Bröckling geschilderte Marktanpassung ist Qualitätsmanagement so angelegt, dass es „kontinuierliche Bestandsaufnahmen und Bewertungen verlangt“ (Gnahn/Quilling 2019: 97). Nötig hierfür ist eine „Quantifizierung von Qualitäten“ (ebd.: 16); in der Sozialen Arbeit naturgemäß heterogene, da von Individuen und deren Zusammenwirken abhängige Prozesse, müssen durch Festlegung bestimmter Merkmale und Merkmalsausprägungen vergleichbar gemacht werden, um „Qualität“ möglichst allgemeingültig bestimmen zu können. Insofern ist Qualitätsmanagement – vor allem in der Sozialen Arbeit – als anschauliches Beispiel für die in der *Dialektik der Aufklärung* angesprochene, für die bürgerliche Gesellschaft typische Reduktion von Qualitäten auf abstrakte Größen zu betrachten. Ziel von QM ist es, Effektivität und Effizienz von Hilfeverläufen optimieren und so den Ressourceneinsatz rational gestalten zu können. Bei einem solchen Vorgehen besteht jedoch die Gefahr, die

spezifische Eigengesetzlichkeit sozialer Interaktion, die mit industriell gefertigten, also normierten Waren gleichgesetzt wird, zu übergehen. Mit Recht verweist B. Müller zwar auf die Notwendigkeit von „angemessenen Settings“ (Müller 2012: 968), also funktionierender Strukturen für das Gelingen pädagogischer Arbeit; dass hierfür auch quantifizierbare Parameter wie Raum, Zeit, Materialien u. a. von Bedeutung sind, kann und soll nicht bestritten werden – problematisch ist es jedoch, die spezifische Qualität von Beziehungsgeschehen oder Gesprächen mit den gleichen Mitteln zu betrachten wie z. B. die angemessene Möblierung einer Beratungsstelle. Dennoch ist „der Nachweis über die Qualität personenbezogener sozialer Dienstleistungen aus den konzeptionellen Erneuerungsversuchen der sozialen Dienste nicht mehr wegzudenken“ (Flösser/Oechler 2006: 155f.), Qualitätsmanagement insofern also weithin etabliert – auch wenn die ursprünglich mit der Einführung von Qualitätsmanagement verbundenen Ziele, insbesondere hinsichtlich der Einsparung von Kosten, meist nicht realisiert werden konnten (vgl. ebd.: 155).

Wenn V. White anmerkt, dass die Zukunft der Sozialen Arbeit insgesamt von einer stärkeren Anpassung an politische Vorgaben abhängen wird (vgl. White 2003: 433), zeigt sich ein gewisser Realismus in Bezug auf die Abhängigkeiten der Sozialen Arbeit selbst: Kund*in ist in vielen Fällen die öffentliche Verwaltung, die die Leistungen der Sozialen Arbeit „einkauft“ bzw. finanziert. Insofern war die Aufnahme der aus der Politik bekannten Aktivierungslogik und letztlich neoliberaler Rhetorik auch eine Folge der politischen Neujustierung seit den 1980er Jahren und des ökonomisch begründeten Drucks, dem sich die Träger der Sozialen Arbeit zunehmend ausgesetzt sahen. Dabei entsteht ein Widerspruch zwischen dem im Kund*innenbegriff enthaltenen Anspruch auf Selbstbestimmung und der realen Stellung der Klient*innen in der Erbringung der Hilfe, was – wie im folgenden Zitat von R. Lutz - teils klar benannt wird: „Die Versorgung von Klienten ist nicht mehr alleiniger Zweck, sondern wesentliches Mittel, um den Träger bzw. den Anbieter in seinem Bestand zu sichern. Klientenversorgung ist das Produkt, das den wirtschaftlichen Erfolg sichert“ (Lutz 2008: 4) – eine Bestätigung des Objektstatus‘ der Klient*innen in der Dienstleistungsperspektive.

Das bereits angesprochene Primat der Funktionssysteme Politik und Wirtschaft ist dementsprechend auch für die Soziale Arbeit zu konstatieren: Die Umsetzung politischer Entscheidungen ist aus ökonomischen Gründen unabdingbar. Soziale Arbeit selbst kann unter diesen Umständen nicht als eigenständiges Funktionssystem der Gesellschaft betrachtet werden: So spricht z. B. Stichweh von „Parasiten“ der Funktionssysteme

[...], die sich von den ungelösten Problemen der Funktionssysteme nähren“ (Stichweh 2005: 61), und meint damit zweifelsohne auch die Soziale Arbeit.²³⁴ Soziale Arbeit wäre systemtheoretisch somit nicht als eigenständiges System zu betrachten, sondern vielmehr im „Zwischenraum“ der Funktionssysteme tätig: Soziale Arbeit kommuniziert zwischen und mit den relevanten Systemen – Wirtschaft, Politik, Gesundheit etc. –, sodass eine eigene konstante disziplinäre bzw. professionelle, zunächst naheliegender erscheinende Verortung etwa im System Bildung und Erziehung zumindest innerhalb eines solchen systemtheoretischen Paradigmas nicht sinnvoll zu plausibilisieren wäre.²³⁵ Stattdessen könnte sie als eine Art der institutionalisierten Interdependenzunterbrechung betrachtet werden, die daran beteiligt ist, gleichzeitige Exklusionen aus mehreren Funktionssystemen zu vermeiden bzw. die an der Etablierung gesonderter Bereiche innerhalb einzelner Funktionssysteme mitwirkt, um einen niedrigschwelligen Zugang zu diesen ermöglichen, also für Inklusion zuständig ist.

Festzuhalten bleibt, dass die Soziale Arbeit vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Entwicklungen vor großen Herausforderungen steht: Sie soll ihren Nutzen für die neu gestellten Anforderungen unter Beweis stellen und sich neu organisieren, um auch weiterhin die eigene gesellschaftliche und auch ökonomische Position erhalten (oder sogar ausbauen) zu können. Dass dies gelungen ist, bemerkt Rauschenbach im Jahr 2014 für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe: Hier sei im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ein zuvor kaum absehbarer Ausbau der Angebote zu konstatieren (vgl. Rauschenbach 2014: 173), was allerdings nicht nur

234 Wörtlich schreibt Stichweh in diesem Zusammenhang von „Wohlfahrts- und Nichtregierungsorganisationen“ (Stichweh 2005: 61). Die Wahl des Ausdrucks „Parasiten“ ist allerdings kritisch zu hinterfragen: So besteht hier die Gefahr einer Übertragung des Vorwurfs des Parasitentums insbesondere auf bereits marginalisierte und von Diskriminierung betroffene Klient*innen Sozialer Arbeit; die vorherrschende individualisierende Schuldzuschreibung bei Problemlagen dürfte eine solche „Übertragung“ begünstigen.

235 Ob und inwieweit eine systemtheoretische Grundlegung Sozialer Arbeit tatsächlich sinnvoll oder vielmehr kritisch zu betrachten ist, kann hier nicht ausbuchstabiert werden. Dennoch ist nicht zu bezweifeln, dass eine solche Betrachtung einigen Widerhall in zeitgenössischen Theorien Sozialer Arbeit findet, was sich nicht zuletzt in einer inzwischen selbstverständlichen Verwendung von Termini wie Inklusion und Exklusion – aller Widersprüchlichkeit und begrifflicher Schwierigkeiten zum Trotz – zeigt (zu den verschiedenen Möglichkeiten einer Bezugnahme auf Systemtheorien vgl. Hosemann/Geiling 2013: 19f.; zu normativen Konsequenzen einer Entscheidung zwischen einer Grundlegung durch die luhmannsche oder alternativ die bungsche Systemtheorie vgl. Klassen 2009).

positive Folgen hätte. So müsse sich Soziale Arbeit – da sie vermehrt im öffentlichen Fokus stehe – stärker an der Effizienz ihrer Maßnahmen messen lassen; ihre Ausweitung selbst jedoch, so ließe sich entgegenhalten, kann in Zeiten allerorten konstatierten Kostendrucks durchaus als wichtiger Indikator dafür gelten, dass sie ihre Aufgaben recht erfolgreich auszuführen scheint. Ein zweites Problem sieht Rauschenbach in der zunehmenden Übernahme fachfremder Standards in die Kinder- und Jugendhilfe, die aus der wachsenden Bedeutung von Kooperationen mit anderen Akteur*innen resultiert (vgl. ebd.: 182f.). Angesichts der konstatierten Stellung Sozialer Arbeit zwischen den gesellschaftlichen Funktionssystemen scheint dies nur folgerichtig: Schließlich muss Soziale Arbeit in der Lage sein, mit den Funktionssystemen zu kommunizieren, um Anschlussfähigkeit an diese herstellen zu können. Im Falle des Aktivierungsdiskurses in Politik und Wirtschaft wird die Kommunikation dadurch erleichtert, dass dieser Diskurs semantisch an Diskurse innerhalb der Sozialen Arbeit erinnert, leicht ersichtlich etwa am Beispiel des Empowermentansatzes²³⁶. Dementsprechend können Träger und Angestellte in der Sozialen Arbeit zumindest zum Teil auf professionseigene Wissensbestände zurückgreifen, um ihre Konzeptionen, Programme und Tätigkeiten an den geänderten gesellschaftlichen Anforderungen auszurichten, die sich aus den Ansprüchen des aktivierenden Sozialstaats ergeben.

Die Orientierung Sozialer Arbeit an ökonomischen Ansprüchen gegenüber den Individuen ist – wie in Kapitel 4.1.1 gezeigt – nicht neu. Dennoch lohnt es sich, die Vermittlung dieser Ansprüche innerhalb der Theorie Sozialer Arbeit vor dem Hintergrund des aktivierenden Sozialstaats näher zu beleuchten. Der bereits zitierte R. Lutz entwirft ein Bild, das sehr eng an die im vorigen Teilkapitel erörterten Entwicklungen angelehnt ist. So wirbt er für eine Abkehr von der Idee der Parteilichkeit, um die

236 Für Herriger ist 1997 die Herkunft aus der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung noch ein entscheidendes Merkmal des Empowermentansatzes (vgl. Herriger 1997: 18ff.), das eine auf Empowerment ausgerichtete Soziale Arbeit in eine enge Verbindung zu emanzipatorischen sozialen Bewegungen rücken könnte (vgl. ebd.: 34f.). Allerdings werden auch hier bereits mögliche problematische Implikationen benannt (vgl. ebd.: 46f.), die bei Bröckling später unter dem Begriff der „Selbstregierung“ (Bröckling 2007: 184) in einen engen Zusammenhang mit neoliberaler Gouvernementalität gebracht werden: „Gefordert wird nicht der Verzicht auf Führung, sondern ein effizienteres, weil Fremddurch Selbststeuerung ersetzendes Führungsprogramm.“ (ebd.: 208) Auch in Zusammenhang mit dem Begriff „Empowerment“ gilt es also, den konkreten geschichtlichen und sozialen Kontext der Verwendung zu reflektieren.

Klient*innen im Sinne der Dienstleistungstheorie als Kund*innen der Sozialen Arbeit fassen zu können. Er fordert, „dass sich Soziale Arbeit im Kontext des Aktivierungsdiskurses funktional und methodisch daran beteiligt, die Selbstverantwortung der Subjekte zu fördern, und dies zu begleiten und zu steuern“ (Lutz 2008: 6) – auch dies ist anschlussfähig an die sozialarbeiterische Maxime von der Hilfe zur Selbsthilfe – und somit auch eine Abkehr von der kollektiven hin zur individuellen sozialen Fürsorge aktiv zu unterstützen. Für die Soziale Arbeit würde dies eine Spaltung in eine „Zwei-Klassen-Sozialarbeit“ (ebd.: 9, kursiv im Original) bedeuten, in der die Leistungsfähigen Unterstützung, die Nichtleistungsfähigen oder -willigen eine „Grundversorgung über Suppenküchen, Tafeln, Kleiderkammern, Almosen und kommunale Notunterkünfte“ (ebd.) erhalten. Eine solche Entwicklung wird von Lutz allerdings nicht kritisiert; vielmehr betont er die Kompatibilität der Aktivierungsrhetorik mit klassisch sozialarbeiterischen Prinzipien: So sei es immer schon Aufgabe der Sozialen Arbeit gewesen, „Subjekte in ihrer je eigenen Biographie zu unterstützen, Menschen zu selbstverantwortlichem Handeln zu befähigen, ihnen zu helfen, in den jeweiligen Verhältnissen authentisch zu sein“ (ebd.: 10) – nun eben unter den Bedingungen des aktivierenden Sozialstaats (vgl. kritisch hierzu auch Seithe 2012: 273ff.). Insofern wären die Integrationsfähigkeit und der Willen zur Integration in Lohnarbeit ein entscheidendes Kriterium für die Art der gewährten Unterstützung und die inhaltliche Ausgestaltung Sozialer Arbeit insgesamt.

Pötter unterscheidet – offenbar in Anlehnung an Habermas' Unterscheidung von System und Lebenswelt²³⁷ – zwei Formen gesellschaftlicher Teilhabe: *Inklusion* als Inklusion in die Erwerbsarbeit einerseits und die soziale *Integration* in die Lebenswelt bzw. ein soziales Milieu andererseits (vgl. Pötter 2008 108f.). Aufgabe Sozialer Arbeit sei es dann, „die ‚Anschlussfähigkeit‘ des Individuums an *beide* Teilhabeformen der Gesellschaft“ (ebd.: 109, kursiv im Original) zu ermöglichen und sicherzustellen. Pötter verweist auf Kleve, der mögliche Konflikte zwischen beiden Teilhabeformen thematisiert und dafür plädiert, dass Soziale Arbeit unter Umständen auch

237 Habermas bezieht sich mit der Verwendung des Systembegriffs zumindest implizit auf die soziologischen Systemtheorien. Er konstatiert eine Dichotomie der sozialen Welt und des individuellen Handelns in „ein zweckrationales Handeln der Individuen in der *Systemwelt* und ein kommunikatives Handeln in der *Lebenswelt*“ (Nowak 2009: 47, kursiv im Original). Kennzeichnend für die Moderne ist ein zunehmendes Übergreifen der Imperative des Systems auf die Lebenswelt, was den Einfluss der Individuen auf ihr eigenes Leben schmälert (vgl. ebd.: 49).

Desintegrationsprozesse fördern müsse, um Inklusion zu ermöglichen (vgl. ebd.: 110). Es kann für die Soziale Arbeit also für das Ziel einer erfolgreichen Inklusion in den Arbeitsmarkt hilfreich sein, Anzahl oder Qualität sozialer Bezüge der Klient*innen zu reduzieren; es ist evident, dass eine starke Verbundenheit mit einem Sozialraum oder ein hohes Maß an Kohäsion in einer sozialen Gruppe der politisch geforderten Mobilität im Wege steht. Neu ist, dass nach der Abkehr von der Parteilichkeit Sozialer Arbeit dem Individuum nun die Entscheidung über eine Priorisierung der Teilhabebereiche im Namen seiner eigenen Subjektivität abgenommen wird.²³⁸ Pötter fordert jedoch explizit, die Lebenswelten zu schützen. Dies wird allerdings nicht mit deren Eigensinn begründet; vielmehr würde die Lebenswelt benötigt, da sie „Ressourcen und Innovationspotentiale“ (ebd.: 112) bereithält, die dann im ökonomischen Bereich nutzbar gemacht werden können.

Während insbesondere das Beispiel von R. Lutz in seiner Konsequenz hinsichtlich des Ausmaßes der Anpassung an die durch die Aktivierungspolitik herrschenden Vorgaben allein stehen dürfte, zeigen Beispiele wie dasjenige Pötters, wie sehr die Logik der Aktivierung in die Diskurse der Sozialen Arbeit eingedrungen ist; bei Pötter selbst, wenn die Lebenswelt vor allem aufgrund ihrer Rolle als Mittel zum Systemerhalt als schützenswert erachtet wird.²³⁹ Diese inhaltliche Zuspitzung ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Vermarktlichung der Sozialen Arbeit zu sehen: Die zunehmende Konkurrenz unter den freien Trägern (vgl. Seithe 2012: 137f.) erfordert eine stärkere Ausrichtung an den Wünschen der Kostenträger, die wiederum nach politischen und ökonomischen Maßgaben entscheiden. So positioniert sich Soziale Arbeit faktisch – bewusst oder nicht – als systemstabilisierende Institution, als „integraler Bestandteil des gesellschaftlichen Geschehens“ (Winkler 2015: 215).

Die Aufgaben Sozialer Arbeit werden von Scherr – wiederum in an Systemtheorie erinnernder Terminologie – mit „Exklusionsvermeidung,

238 Selbstverständlich kann der Aspekt der individuellen Loslösung von der bisherigen Lebenswelt in vielen Bereichen ein notwendiger Bestandteil erfolgreicher Hilfe sein, etwa im Bereich der Suchtkrankenhilfe.

239 Ähnliche Tendenzen gibt es auch bei Böhnisch und Schröer. Hier heißt es: „Es geht dabei darum aufzuzeigen, dass ökonomisches Wachstum nur deshalb möglich ist, weil es durch Bildung *und* Sozialarbeit sozial reproduziert, also erst durch sie ermöglicht wird.“ (Böhnisch/Schröer 2001: 166, kursiv im Original) Es wird also versucht, Soziale Arbeit (und Bildung) nicht in ihrer Bedeutung für die Subjekte, sondern vor allem in ihrer Bedeutung als Grundbedingung für das Funktionieren der Ökonomie zu begründen.

(Re-)Inklusionsermöglichung und Exklusionsverwaltung“ (Scherr 2015a: 191) bestimmt, wobei die Begriffe Inklusion und Exklusion explizit nicht normativ zu verstehen seien, Exklusion in bestimmten Fällen sogar der Inklusion vorzuziehen, oft allerdings mit problematischen Lebensverhältnissen verbunden sei.²⁴⁰ Doch auch hier zeigt sich, dass gesellschaftliche Integration und Erwerbsarbeit in einem engen Zusammenhang stehen: So geht es auch Scherr zunächst um eine Arbeitsmarktintegration bzw. – sollte sich dies im individuellen Fall zunächst nicht als möglich erweisen – darum, dass insbesondere bei arbeitslosen Jugendlichen die individuelle „Ausbildungs- und Arbeitsmarktmotivation aufrecht erhalten bleiben“ (ebd.: 191). Allerdings wird dies mit einer wichtigen Einschränkung verbunden; so macht Scherr deutlich, dass es Ziel Sozialer Arbeit sein müsse, auch aus der Erwerbsarbeit ausgeschlossenen Menschen dabei zu helfen, „ein geordnetes Leben zu führen“ (ebd.). Für Scherr geht es primär darum, Exklusionen aus den übrigen Funktionssystemen zu verhindern, wenn eine Integration in das Erwerbsleben nicht unmittelbar möglich ist (vgl. ebd.: 190f.), also für eine Interdependenzunterbrechung zu sorgen.

Wenn Pötter im Hinblick auf den Umgang mit Arbeitslosigkeit in der Jugendarbeit zwischen einerseits einem arbeitsmarkt- und andererseits einem lebensweltorientierten, an Bewältigung ausgerichteten Ansatz unterscheidet (vgl. Pötter 2008: 98ff.), lässt sich Scherr durch diese Prioritätensetzung klar als Vertreter des lebensweltorientierten Ansatzes bezeichnen.²⁴¹ In diesen theoretischen Kontext lassen sich auch die von Bode geschilderten Arbeitslosen- und Sozialinitiativen einordnen, die in den 1970er Jahren versuchten, soziale Reintegration über die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb des öffentlichen oder marktlichen Bereichs zu ermöglichen (vgl. Bode 2011: 327), was in den 1980er Jahren unter Beteiligung der Sozialen Arbeit in die Konzeption eines *Zweiten*

240 Hier handelt es sich um eine Replik auf Wohlfahrt, der auf die normativen Implikationen einer solchen Funktionsbestimmung Sozialer Arbeit hingewiesen hatte (vgl. Wohlfahrt 2014: 22).

241 Lebensweltorientierung bezeichnet im Bereich der Sozialen Arbeit im engeren Sinne einen Ansatz von Thiersch, den er zunächst unter dem Namen *alltagsorientierte Sozialpädagogik* (so der Untertitel seines Buches von 1986), später *lebensweltorientierte Soziale Arbeit* (so im Titel von Grunwald und Thiersch 2008) vertreten hat. In der vorliegenden Arbeit werden (falls nicht anders gekennzeichnet) Pötter folgend unter „lebensweltorientierte Ansätze“ alle Versuche gefasst, die sich deutlich von einer expliziten Arbeitsmarktzentrierung unterscheiden.

*Arbeitsmarktes*²⁴² mündete (vgl. ebd.; Maier/Kreutner/Schmidt 2008: 72). Spätestens in den 1990er Jahren hatte sich hier ein durchaus auch finanziell lukratives Betätigungsfeld für professionelle Soziale Arbeit etabliert, in dem das „Ziel der schnellstmöglichen Vermittlung in Beschäftigung gleich welcher Art“ (Bode 2011: 328) vorherrschte (vgl. auch Wallimann 2000b: 267).²⁴³ Maier, Kreutner und Schmidt machen deutlich, dass die Bewältigungsperspektive vor allem unter dem Einfluss der Arbeiten Krafelds (vgl. hierzu Krafeld 2008) in der Theorie zwar an Akzeptanz gewann, die Praxis jedoch vom Ziel der Erwerbsintegration bestimmt blieb (vgl. Maier/Kreutner/Schmidt 2008: 76). Dies korrespondiert dem Resümee Pötters, nach dem sich der arbeitsmarktzentrierte Ansatz im Umgang mit Erwerbslosigkeit durchgesetzt habe (vgl. Pötter 2008: 105; vgl. hierzu auch Rießen 2016: 267).

Wenn Sozialpolitik in der Gegenwartsgesellschaft vor allem „[...] Exklusionsvermeidung zum Zwecke einer aktiven Inklusion in die Wettbewerbsordnung [bedeutet]“ (Bröckling 2007: 84), so gilt dies – so sollte deutlich geworden sein – auch und besonders für die Soziale Arbeit; umso mehr, je näher die konkrete Aufgabe am Arbeitsmarkt angesiedelt ist. Am deutlichsten wird diese Tendenz im Bereich der *Sozialen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt* – ein Begriff, der offenbar eng an den der *Modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt* angelehnt ist und damit an einen der Leitbegriffe der angesprochenen Reformen um das Jahr 2000. Diese Reformen bewirkten auch in diesem Bereich eine Herstellung von (Quasi-)Märkten (vgl. Bode 2011: 324f.), auf denen traditionelle Anbieter und privatwirtschaftliche Anbieter Sozialer Arbeit in Konkurrenz treten sollen, um Erwerbslose im Auftrag des JobCenters in Arbeit zu vermitteln oder für diese zu qualifizieren (vgl. Truschkat/Peters 2018: 189f.).

Böhringer sieht die Soziale Arbeit aufgrund der biographischen Bedeutung der Erwerbsarbeit gerade im Zusammenhang mit den Dienstleistungen am Arbeitsmarkt in der Pflicht, sich „an den jeweils geltenden Rahmenbedingungen zu orientieren“ (Böhringer 2008: 166) und daher vielfäl-

242 Der Begriff *zweiter Arbeitsmarkt* beschreibt einen Bereich „tariflich bezahlter Beschäftigung in befristeten Projekten öffentlicher und gemeinnütziger Einrichtungen, die auf die Deckung bislang unbefriedigter (und nicht marktgängiger) Bedürfnisse ausgerichtet waren“ (Bode 2011: 327). Der zweite Arbeitsmarkt steht somit im Kontrast zum *ersten Arbeitsmarkt*, auf dem Arbeitskraft ausschließlich nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage verteilt wird.

243 Für Wallimann macht sich hier eine Tendenz bemerkbar, die er als Auslagerung von „Pflege und Erneuerung des Humankapitals an die öffentliche Hand“ (Wallimann 2000b: 269) bezeichnet.

tige Aufgaben im Bereich der Arbeitsmarktintegration wahrzunehmen: „Eine ganzheitliche individuelle Integration setzt [...] eine Integration in und durch Arbeit voraus.“ (ebd.) So fordert er, für eine Diversifizierung der Angebote zu sorgen, um individuellen Bedarfen besser begegnen zu können. Diese Argumentation erscheint innerhalb des arbeitsmarktorientierten Ansatzes nachvollziehbar und schlüssig; bei näherer Betrachtung offenbart sie jedoch ein gravierendes Problem: So handelt es sich bei dem Autor den im Sammelband gegebenen Informationen zufolge um den ehemaligen Vorsitzenden der BAG Arbeit, ein Zusammenschluss von Unternehmen, Projekten und Initiativen der Arbeitsförderung und Weiterbildung. Die hier offensichtlich werdende Gefahr, dass sich – besonders in einem ökonomisch derart umkämpften Themenfeld – betriebswirtschaftliche und wissenschaftliche bzw. fachliche Aspekte überlagern, ist eine direkte Folge der zunehmenden Vermarktlichung und Ökonomisierung Sozialer Arbeit in den letzten Jahren.

Tatsächlich lässt sich eine Diversifizierung der Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration, wie sie 2008 von Böhringer noch gefordert wurde, konstatieren. Eine Studie von Freier zeigt, dass die mit Beginn der Einführung des SGB II etablierten Maßnahmen nur einen kurzfristigen Effekt auf den Arbeitsmarkt hatten. So seien zunächst vor allem bereits arbeitsmarktnahe Personen in Erwerbsarbeit integriert worden, arbeitsmarktferne Erwerbslose hingegen von den im SGB II vorgesehen Maßnahmen zur schnellen Arbeitsmarktintegration – vor allem der Sanktionierung von „Fehlverhalten“ – kaum zu erreichen gewesen. (vgl. Freier 2016: 17f.; Marquardsen 2018: 155) Um hier gegenzusteuern, wurden Maßnahmen der *sozialen Aktivierung* eingeführt, die sich auf die gesamte Person beziehen sollen, um überhaupt erst die Beschäftigungsfähigkeit herzustellen. Als Beispiele führt Freier „Kurse zur Rückengymnastik, Ernährung, Stressbewältigung oder Haushaltsführung, kulturelle Maßnahmen wie Tanzkurse und Theatergruppen, aber auch Schuldner- und Suchtberatung sowie sozialpädagogische Beratung“ (Freier 2016: 15) an. Ziel ist es vor allem, die gerade für die Ausübung von Dienstleistungen nötigen Sozialkompetenzen und Gefühle der Selbstwirksamkeit zu stärken. Freier zufolge wirken solche Maßnahmen sozialer Aktivierung dekommodifizierend, „indem den Teilnehmenden ein legitimer Status trotz Erwerbslosigkeit zuteilwird“ (ebd.: 11).²⁴⁴

244 Dekommodifizierung wird von Opielka als eine wesentliche Wirkung des modernen Wohlfahrtsstaates betrachtet, die der Tendenz zur Ausbreitung der Lohnarbeit tendenziell entgegensteht. Demnach werden im Wohlfahrtsstaat

Diese Sicht scheint allerdings euphemistisch: Im Kern wird den Betroffenen dargelegt, dass nicht mangelnde Qualifikation oder berufliche Kenntnisse (und schon gar nicht gesellschaftliche oder ökonomische Gründe) zwischen ihnen und einem Erfolg am Arbeitsmarkt stehen; vielmehr wird suggeriert, dass die Ursachen in den persönlichen Eigenschaften der Betroffenen zu finden seien. Die Individualisierung gesellschaftlicher Probleme wird so stärker als zuvor bis in die intimen Bereiche der Person vorangetrieben. In Rückgriff auf Lukács ist zu konstatieren, dass der Einsatz der Persönlichkeit selbst für berufliche Zwecke alles andere als eine Dekommodifizierung darstellt. Im Gegenteil zeigen sich hier ein Umsichgreifen der Warenform und eine Zurichtung der Subjekte nach deren Modell – ebenso wie ein gestiegener Druck, das eigene Selbst diesem Modell anzupassen. Weiterhin fällt auf, dass Freiers Beispiele allesamt eher unterstützenden oder gar spielerischen Charakter haben. Dagegen verweist Marquardsen auf Untersuchungen, nach denen in der Praxis die fordernde Seite der Arbeitsmarktpolitik klar im Vordergrund steht, während der Aspekt der Förderung in den Hintergrund rückt. Verstärkt wird der Druck auf die Betroffenen durch moralisch negative Urteile der in diesem Bereich Beschäftigten (vgl. Marquardsen 2018: 154ff.). Auch ist der Kontext, der im Wesentlichen durch einen Zwang zur Teilnahme als Gegenleistung für die Gewährung finanzieller Hilfen gekennzeichnet ist und somit den scheinbar spielerischen Charakter konterkariert, nicht zu vernachlässigen. So geht es auch in diesem zunächst weniger direktiv scheinenden Bereich der Aktivierungspolitik letztlich um einen anderen Aspekt dessen, was Lessenich als „punitiven Paternalismus“ (Lessenich zit. n. Dahme/Otto/Trube/Wohlfahrt 2003: 10) bezeichnet: die Einübung bestimmter Werte, Normen und Praktiken, die der Aktivierungslogik entsprechen und eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt wahrscheinlicher machen sollen. Die Durchführung von Maßnahmen zur Integration Erwerbsloser ist damit – unter Bezugnahme auf das Konzept der *delayed productivity* – immer auch Förderung der gesamtgesellschaftlichen Produktivität.

Die eben skizzierten Elemente von Aktivierung sind vor allem auf den Umgang mit erwerbslosen Jugendlichen und Erwachsenen bezogen. Die Aktivierungslogik ist allerdings auch in anderen Bereichen präsent, die die Soziale Arbeit direkt und indirekt betreffen, so etwa im Feld der Bildung, das u. a. Rauschenbach auch für die Soziale Arbeit bzw. die Kinder- und

„arbeitsmarktexterne Existenzsicherungspfade“ (Opielka 2008: 59) eingerichtet, die eine Trennung von Lebensunterhalt und Erwerbsarbeit ermöglichen und damit dekommodifizierend wirken.

Jugendhilfe als zentral betrachtet (vgl. Rauschenbach 2014: 176f.).²⁴⁵ Insbesondere die PISA-Studien haben dazu beigetragen, die „Leistungsfähigkeit“ des deutschen Bildungssystems im internationalen Vergleich kritisch zu hinterfragen.²⁴⁶ Allerdings hatten Böhnisch und Schröer bereits vor dem so genannten PISA-Schock 2001 – zwar im selben Jahr, vermutlich jedoch bereits vor Veröffentlichung der Studie – eine Neuorganisation des Bildungswesens erwartet, von der die Soziale Arbeit profitieren könne (vgl. Böhnisch/Schröer 2001: 189). So könnten dann in einer neuformierten Bildungslandschaft „auch die Sozialarbeiter ihre mediatorischen Sozialkompetenzen produktiv ausspielen und Wesentliches zur Entwicklung sozialer Schlüsselkompetenzen beitragen“ (ebd.), sodass sich Soziale Arbeit als Ganze „von der Instanz sozialer Kontrolle und Prävention zu einem Netzwerk sozialer Regulation entwickeln“ (ebd.) könnte.

Die gesellschaftliche Bedeutung von Bildung bzw. deren öffentliche und öffentlichkeitswirksame Thematisierung erschließt sich nicht zuletzt durch die verbreitete Deutung der im letzten Teilkapitel aufgezeigten gesellschaftlichen Veränderungen, insbesondere in der Arbeitswelt. Wissen und damit Bildung nehmen als Produktivkraft im ökonomischen Sinn einen bedeutend höheren Stellenwert ein als zuvor, sodass auch an die Arbeitskräfte nun andere Ansprüche gestellt werden. (vgl. Wright 2014: 81f.) Der Ausbau von Bildungsinstitutionen und die Verallgemeinerung des Zugangs zu diesen können somit (auch) als Anpassungsleistungen der Bildungspolitik an ökonomische Erfordernisse verstanden werden.²⁴⁷ Allerdings wird durch diese Bildungsexpansion nicht zwingend die Zahl der Arbeitsplätze erhöht; stattdessen lässt sich vor allem ein Effekt auf die Zahl

245 Wörtlich hebt Rauschenbach die Bedeutung der Themen „Bildung, Ungleichheit und Inklusion“ (Rauschenbach 2014: 176) hervor, bemerkt aber selbst die enge thematische Verknüpfung dieser Aspekte: So wird Ungleichheit gesellschaftlich wesentlich als Chancenungleichheit im Bildungsbereich thematisiert, Inklusion bezieht sich meist auf Inklusion ins Bildungssystem.

246 Design und Ergebnisse der PISA-Studien sind allerdings selbst kritisch zu hinterfragen. So arbeitet Krautz heraus, dass „PISA [...] auf rein zweckorientiertes Denken und ökonomische Verwertbarkeit von funktionalem Wissen [zielt]“ (Krautz 2011: 82) und somit auf einer bestimmten Definition des Bildungsbegriffs beruht, in dem Quantifizierung und Standardisierung im Mittelpunkt stehen (vgl. ebd.: 83).

247 Wie z. B. Krautz deutlich macht, gilt dies in doppeltem Sinne. Neben der Ausrichtung von Bildungsinhalten am Bedarf der Ökonomie werden im Bildungsbereich zunehmend einzelne Segmente privatisiert und ökonomisiert. Hinzu kommt eine immer größere Bedeutung kommerzieller Angebote in diesem Bereich. (vgl. Krautz 2011: 155ff.)

der gut ausgebildeten und spezialisierten Arbeitnehmer*innen feststellen, was vor allem die Konkurrenz um die vorhandenen Arbeitsplätze verstärkt (vgl. ebd.). In dieser Perspektive wird deutlich, dass die angesprochene politisch forcierte Herstellung und damit auch Verbilligung der Ware Arbeitskraft nicht erst seit den Reformen der Agenda 2010 unternommen wird und nicht auf den Bereich der (unmittelbaren) Arbeitsmarktpolitik beschränkt ist.

Allerdings ist hier – in Vorgriff auf Kapitel 4.3 – eine Einschränkung zu machen: So kann Soziale Arbeit nicht auf eine einseitig affirmative Tradition beschränkt werden; vielmehr ist sie insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg (auch) als Teil eines wohlfahrtsstaatlichen Projektes zu begreifen, das ihren Klient*innen tatsächlich konkreten Nutzen verspricht (vgl. Opielka 2008: 94f.). Wie Adorno bereits festgestellt hatte, hatten Angehörige vormals marginalisierter Gruppen infolge der Einbindung des Proletariats in die bürgerliche Gesellschaft zunächst einige materielle Vorteile erhalten. Die – um die Worte aus der *Dialektik der Aufklärung* nochmals zu gebrauchen – materiell ansehnliche, sozial aber klägliche Hebung des Lebensstandards ist in keiner Hinsicht zu unterschätzen: Die Lebensumstände hatten sich vom 19. Jahrhundert bis ins 20. Jahrhundert für den größten Teil der Bevölkerungen der westlichen Gesellschaften immens verbessert.²⁴⁸ Zum Teil wurde dies als Indiz dafür gewertet, dass der Kapitalismus durch Reformen überwunden werden kann, zum Teil wurde daraus der Schluss gezogen, dass eine solche Überwindung aufgrund der bereits erreichten Zugeständnisse eigentlich nicht mehr nötig sei, da der Grundwiderspruch der antagonistischen bürgerlichen Gesellschaft, wie er von Marx analysiert und z. B. eben von Lukács und Adorno zur Grundlage eigener Theorien gemacht wurde, weitestgehend eingehegt worden sei.²⁴⁹ Soziale Arbeit im klassischen Wohlfahrtsstaat kann als Teil dieser Sozialstaatsutopie verstanden werden: als Institution, die bisher nicht inte-

248 Die Lebensumstände der Angehörigen des Proletariats im 19. Jh. wurden sowohl in wissenschaftlicher, empirischer Form als auch in Romanform häufig verarbeitet. Stellvertretend seien hier die eindringlichen Schilderungen in Engels' Studie *Lage der arbeitenden Klasse in England* (Engels 1973) und Zolas Roman *Germinal* (Zola 2003) genannt.

249 Es ist sicher nicht falsch, hier eine Verbindungslinie zum u. a. von E. Bernstein vertretenen Revisionismus (vgl. Hobsbawm 2012: 484) zu ziehen, der die marxische Verelendungstheorie durch die Möglichkeit der staatlich organisierten Einhegung von Klassenkonflikten widerlegt sah (s. Kap. 2.2.2). Der Auf- und Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme nach dem 2. Weltkrieg schien diese Sichtweise zunächst zu bestätigen.

grierten Personen den Weg in die Gesellschaft ermöglichen soll – hierin hat der gegenüber der Sozialen Arbeit nicht zuletzt im Kontext des Dienstleistungsdiskurses erhobene Vorwurf des Paternalismus seinen Ursprung. Damit eng verknüpft ist der klassische, im Jahr 1973 von Böhnisch und Lösch entworfene Begriff des *doppelten Mandats* der Sozialen Arbeit – im Original noch *Sozialarbeit* –, nach dem diese sowohl den Klient*innen als auch der Gesellschaft verpflichtet sei und ihre Leistungen daher innerhalb eines notwendig dialektischen Verhältnisses erbringen muss, nämlich dem Verhältnis von *Hilfe und Kontrolle* (vgl. Röh 2006: 442ff.). Diese je nach Tätigkeitsfeld unterschiedlich stark ausgeprägte Dialektik ist kaum aufzulösen, da eine als Hilfe verstandene erfolgreiche Integration der Individuen in die Gesellschaft oft mit der Kontrolle der Einhaltung bestimmter Normen oder Handlungsmaximen einhergeht; in diesem Zusammenhang sei nochmals an den paradoxen Zusammenhang von Autonomie und Heteronomie im Erziehungsgeschehen allgemein erinnert. Kontrollierende Handlungen wurden jedoch in der Regel paternalistisch mit dem Wohl der Klient*innen und deren mangelnder Fähigkeit zur Selbstkontrolle, die entsprechend „stellvertretend“ geleistet werden muss, begründet. Im Zuge der bezeichneten Reformen in Gesellschaft und Sozialer Arbeit jedoch hat sich das Verhältnis von Hilfe und Kontrolle deutlich verschoben, sodass die Rede vom punitiven Paternalismus auch für die Soziale Arbeit Gültigkeit beanspruchen kann, wie schon länger in theoretischen Abhandlungen vermutet wurde und in empirischen Abhandlungen klar gezeigt werden konnte (vgl. Rießen 2016: 47).

Dies wird auch im vor allem von T. Lutz und Ziegler vertretenen Kontrolldiskurs thematisiert. Lutz konstatiert eine Verschiebung der inhaltlichen Ausrichtung Sozialer Arbeit infolge der „Erosion der fordistischen Arbeitsdisziplin“ (Lutz 2010: 29) und des darauf basierenden wohlfahrtsstaatlichen Integrationsmodus. Individuelle Schuldzuschreibungen führten nun verstärkt zu einem semantischen Zusammenhang von Abweichung und individuellen moralischen Fehlleistungen, sodass Hilfebedürftigkeit in die gedankliche Nähe von Kriminalität rückt (vgl. ebd.: 26). Der hieraus folgende Anspruch auf eine verstärkte Kontrolle der Klient*innen Sozialer Arbeit ist zwar in den aktuellen Rahmenbedingungen klar nachweisbar, trifft allerdings Lutz zufolge vielerorts auf Widerspruch. Häufig berufen sich Professionelle dabei noch auf klassisch wohlfahrtsstaatliche Konzepte von „Hilfe und Integration“ (ebd.: 277). Dieses wohlfahrtsstaatliche Integrationsverständnis, so macht Ziegler deutlich, wird vor allem durch einen Normalisierungsanspruch gekennzeichnet, der in enger Verbindung mit der Verbreitung des Normalarbeitsverhältnisses steht (vgl.

Ziegler 2016: 252). Entsprechend wird diese Form der Integration zunehmend marginalisiert. Als gefährlich oder deviant eingestufte Individuen und Gruppen werden nun tendenziell seltener Ziel von Anpassungsprogrammen: Verstärkt werden ihnen eigene Räume zur Verfügung gestellt, die sich dann allerdings in der Regel außerhalb gesellschaftlicher Kernräume befinden (vgl. ebd.: 254),²⁵⁰ ersichtlich etwa an der Verdrängung von Obdachlosen aus Innenstädten oder der Videoüberwachung belebter Plätze. Lutz bezeichnet mit Young diese neue Orientierung als bulimisch, „da die post-wohlfahrtsstaatliche Gesellschaft mit der wachsenden individuellen Freiheit Verschiedenheit toleriere, schwierige oder gefährliche Menschen jedoch ‚ausspeie‘, bzw. exkludiere“ (Lutz 2010: 30). Auf diese Weise nähern sich Sozial- und Sicherheitspolitik an. Mit Baumann ist zu vermuten, dass eine solche Zuspitzung Sozialer Arbeit Teil der gesellschaftlichen und politischen Reaktion auf ein weit verbreitetes Gefühl der Unsicherheit ist, das nicht zuletzt der Deregulierung des Arbeitsmarktes und anderen neoliberalen Reformen entspringt. Dem Rückgang der Gewährleistung von Sicherheit in den Bereichen Arbeit und Sozialpolitik steht eine teils rigorose Politik auf anderen Gebieten gegenüber, vor allem im Bereich der inneren Sicherheit – ein Verhalten, das sich vor allem Rechtspopulist*innen zu Nutze machen, in der Politik inzwischen jedoch allgemein weit verbreitet ist. (vgl. Baumann 2016: 32ff.)

Mit der Kategorie des Kontrolldiskurses lässt sich ein wichtiger Aspekt postfordistischer Sozialstaatlichkeit und damit auch postfordistischer Sozialer Arbeit fassen: Komplementär zum Abbau verbindlicher sozialer Sicherheit wird die Betonung von innerer Sicherheit bzw. von Kriminalitätsbekämpfung immer wichtiger, was letztlich auch Auswirkungen auf die Soziale Arbeit hat. Wenn Bude fehlende Ausbildung und fehlende Erwerbsarbeit als Ausgangspunkt eines scheinbar unaufhaltsamen Exklusionsverlaufs bestimmt (s. o.), so scheint es auch aus sicherheitspolitischer Perspektive dringend geboten, bei drohender Exklusion – insbesondere im Feld der Arbeit – bereits frühzeitig zu intervenieren. Insofern ist auch Strucks Befürchtung einer verschärften Mitwirkungspflicht der Klient*innen Sozialer Arbeit bis hin zum Ausbau und der Normalisierung geschlossener Unterbringung als Mittel zur „Entsorgung Aktivierungsresistenter“

250 Mit Luhmann könnte man formulieren, dass „Exklusion [...] gleichsam in die Form von Inklusion gekleidet [wird]“ (Luhmann 1994: 21). Auf diese Weise werden Grenzen zwischen Inklusion und Exklusion tendenziell unscharf: Die Aufnahme als Klient*in oder Adressat*in bestimmter Institutionen oder Programme kann somit etwas paradox als exkludierende Inklusion gefasst werden.

(Struck 2003: 378) nachzuvollziehen. Zu erwarten sind hier einerseits Verfahren des Ausschlusses, also der sozialen Exklusion, die dann von Sozialer Arbeit – in der Terminologie Scherrs – zu „verwalten“ ist, während andererseits der Druck auf jene, die noch „aktivierbar“ erscheinen, erhöht wird.

Im Anschluss an T. Lutz und Ziegler könnte eine interessante Parallele zwischen dem Auftrag Sozialer Arbeit und dem Arbeitskräftebedarf der vorherrschenden Produktionsform gezogen werden. So wirkte Soziale Arbeit in der Ära des Fordismus in disziplinierender Weise auf die Etablierung einer festen Identität hin, die den geltenden Anforderungen an Arbeitskräfte entsprach. Mit dem ausgerufenen Ende des Normalarbeitsverhältnisses etabliert sich ein neuer Fokus Sozialer Arbeit, der die Abkehr von der fordistischen Form der Disziplinierung anzeigt. Auf Normalität und Normalisierung zielende Programme entsprechen nicht mehr den aktualisierten Anforderungen des Arbeitsmarktes. Im Gegenteil: Differenz kann als Alleinstellungsmerkmal zur Bedingung für Erfolg auf einem Arbeitsmarkt werden, der von den Individuen Kurzfristigkeit und Innovativität verlangt. Ein solcher Arbeitsmarkt ist auf eine größere gesellschaftliche Toleranz gegenüber Vielfalt (und möglicherweise auch Devianz) geradezu angewiesen: Die Anforderungen, die im Zuge von Projekten und innovativen Konzepten an Arbeitnehmer*innen zukünftig gestellt werden, sind noch nicht abzusehen, sodass eine normalisierende Disziplinierung nicht mehr in ebensolchem Ausmaß zweckmäßig erscheinen könnte, wie dies in früheren Jahrzehnten der Fall war.

Angesichts der Tatsache, dass das Normalarbeitsverhältnis weiterhin sowohl empirisch als auch ideologisch breiten Raum einnimmt, muss allerdings die Schlussfolgerung, dass Soziale Arbeit nicht mehr auf Normalisierung zielt, mit einem Fragezeichen versehen werden; auch Ziegler selbst betont, dass normalisierende Konzepte weiterhin angewandt werden (vgl. Ziegler 2016: 253). Wie sich das Verhältnis zwischen normalisierender und ausschließender Ausrichtung zukünftig verhalten wird, ist natürlich nicht seriös zu prognostizieren. Möglich ist auch eine längerfristige Koexistenz beider Konzepte, sodass auch diese Unterscheidung zu einer Grenzlinie in der Ausdifferenzierung Sozialer Arbeit werden kann. Dies entspräche auch der ambivalenten Stellung neoliberaler Ideologie zu Fragen der Normalität: So fordert etwa der einflussreiche neoliberale Theoretiker Hayek zwar einerseits die unbedingte Einhaltung von Konventionen, von „fest eingewurzelten Gewohnheiten und Überlieferungen“ (Hayek 1971: 78) und einen „freiwillige[n] Konformismus“ (ebd.) als gesellschaftliches Leitbild, in dem das Zustandekommen gesellschaftlicher Regeln nicht hinterfragt wird, diese vielmehr schlicht hinzunehmen und zu befolgen sind.

Falls dies nicht in ausreichendem Maße geschehe, wäre „eine ähnliche Gleichförmigkeit durch Zwang zu sichern“ (ebd.).²⁵¹ Dies gilt jedoch nicht unumschränkt: So erachtet es Hayek andererseits als notwendig, Regeln zu brechen, um Neues zu schaffen (vgl. ebd.: 79). Insofern ist es nachvollziehbar, dass das Normalitätsgebot mit der Durchsetzung neoliberaler Ideologie einiges an Verbindlichkeit verloren hat, auch wenn nach Hayek vor allem einer gesellschaftlichen bzw. ökonomischen Elite das Recht und die Möglichkeit einräumt, neue Ideen in Umlauf zu bringen und damit die öffentliche Meinung und damit letztlich politische Entscheidungen zu beeinflussen (vgl. ebd.: 152f.).

In Anbetracht der engen Verbindung von gesellschaftlichen und ökonomischen Faktoren auf der einen und verschiedenen Ausprägungen und Definitionen Sozialer Arbeit auf der anderen Seite liegt es entsprechend nahe, die prognostizierte Ausdifferenzierung Sozialer Arbeit mit den gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahrzehnte und den daraus folgenden Ambivalenzen in Verbindung zu bringen, wobei die bereits beschriebene Ausdifferenzierung des Arbeitsmarktes eine Schlüsselrolle spielt. Da das Normalarbeitsverhältnis empirisch nach wie vor bedeutsam ist, kann eine erfolgreiche Integration in ein Normalarbeitsverhältnis weiterhin als realistisches Ziel gelten, während die starke (auch mediale) Thematisierung atypischer Beschäftigungsverhältnisse – die angesichts derer Zunahme in den letzten Jahrzehnten ebenfalls empirisch begründet ist – zusätzlichen Integrationsdruck und -willen erzeugt.²⁵² Auch und gerade in diesem Bereich sind Flexibilität, Mobilität und die Bereitschaft zu einer

251 Hayek zielt damit auf jegliche Versuche, die gesellschaftliche Ordnung nach vernünftigen Maßstäben zu entwickeln – nicht zuletzt auch auf Versuche der gesellschaftlichen Emanzipation. Im Kern handelt es sich bei der von Hayek vertretenen „antirationalistische[n] evolutionäre[n] Tradition“ (Hayek 1971: 80) um eine Affirmation verdinglichter Gesellschaftstheorie, die sich explizit gegen die Idee der Aufklärung im Sinne einer Aufklärung unbekannter oder unbewusster gesellschaftlicher Vorgänge (vgl. Stapelfeldt 2012: 162) stellt.

252 Für Hauptschulen etwa ist gezeigt worden, dass sich Schüler*innen an den von Lehrer*innen vermittelten Vorstellungen orientieren, die dem Abschluss eine hohe Bedeutung für die späteren Berufsaussichten beimessen und hierin Ansporn finden – auch und besonders vor dem Hintergrund individualisierender Schuldzuschreibungen. (vgl. Kölzer 2014: 422ff.) Auffällig ist, dass sich Haupt- und Realschüler*innen kurz vor ihrem Abschluss um einiges stärker an den tatsächlichen Möglichkeiten des Arbeits- und Ausbildungsmarktes orientieren, als an eigenen Wünschen und Vorstellungen, um ihre Chancen auf diesen Märkten zu erhöhen (vgl. ebd.: 397f.). Eine frühe Desillusionierung scheint also ein wesentlicher Aspekt des „Reifeprozesses“ zu sein.

ständigen Neuausrichtung für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration besonders unabdingbar. Dass in diesem Segment extrinsische Motivationsfaktoren eine größere Rolle spielen als in Segmenten, in denen Normalarbeitsverhältnisse nach wie vor vorherrschend sind, ist recht wahrscheinlich – insofern ist es kaum verwunderlich, wenn in diesem Bereich besonders großer Druck auf die Individuen herrscht. Dass Soziale Arbeit an der Erzeugung dieses Drucks beteiligt ist, scheint in der wissenschaftlichen Betrachtung unumstritten zu sein. Maier etwa schreibt von einer „Totalisierung des Prinzips Arbeit“ (Maier 2008: 37) in der Sozialen Arbeit, Winkler davon, „dass das Leben unter das Diktat der Konjunktur gestellt wird“ (Winkler 2014: 31) und dass „Mündigkeit, Autonomie oder Emanzipation [...] als Leitbegriffe verschwunden [sind]“ (Winkler 2016b: 81), was bei einer Differenzierung in eine „Zwei-Klassen-Klientel“ (Büschken 2017: 191) – eine Unterscheidung in Aktivierungsfähige und Nichtaktivierungsfähige – nicht verwundern kann.

Eine erweiterte gesellschaftliche Toleranz bringt ohne Zweifel einige positive Aspekte mit sich – so etwa hinsichtlich der Rechte von früher marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen.²⁵³ Jedoch nähern sich mitunter Methoden der Sozialen Arbeit denen der mit Strafrecht befassten Institutionen an.²⁵⁴ Fest steht: Soziale Arbeit findet nun innerhalb einer Gesellschaft mit einem vergrößerten Möglichkeitsraum statt. Jedoch zeigen sich auch im Postfordismus Grenzen der Toleranz gegenüber Differenz. Die Ausrichtung der Sozialstaatlichkeit insgesamt in den letzten zwei Jahrzehnten zeigt – wie eben bereits für die Soziale Arbeit konstatiert

253 In ähnlichem Zusammenhang verweist Leitner auf die „emanzipatorischen Potenziale des Adult Worker Model“ (Leitner 2017: 63); dort wird insbesondere die Möglichkeit der finanziellen Eigenständigkeit von Frauen thematisiert, die emanzipatorische Auswirkungen auf weitere gesellschaftliche Bereiche hat.

254 So lässt sich am Beispiel der Jugendgerichtshilfe zeigen, dass die Handelnden ihre Praxis in den 1970ern noch stark an der Idee der Parteilichkeit orientierten und Gericht, Polizei, Staatsanwaltschaft etc. noch deutlich distanzierter gegenüberstanden als dies aktuell der Fall ist: Statt einer Hilfe für die betroffenen Jugendlichen wird nun stärker die Funktion der „Hilfe für die Justiz“ (Kühne/Schlepper/Wehrheim 2017: 339) übernommen. Besonders die Entwicklung hin zu einer Arbeit „auf Augenhöhe“ (ebd.: 342, Fn. 14) mit diesen Institutionen wird von Praktiker*innen positiv beschrieben. Hieraus kann zum einen abgeleitet werden, dass Soziale Arbeit gesellschaftlich weithin akzeptiert ist und ihre Rolle festigen konnte, zum anderen, dass Akteur*innen der Sozialen Arbeit diese Rolle aktiv angenommen und sich in diese eingepasst haben. Es ist zu vermuten, dass diese Einpassung Sozialer Arbeit nicht nur für den Bereich der Jugendgerichtshilfe, sondern auch für andere Tätigkeitsfelder, etwa die Schulsozialarbeit, gilt.

– vor allem einen Fokus: *employability*, die individuelle Bereitschaft und die Fähigkeit, einer Lohnarbeit nachzugehen, wobei die Veränderung der Form der Sozialstaatlichkeit unter dem Leitmotiv der Aktivierung offenbar den veränderten Anforderungen der Arbeitswelt folgt. Mit den verstärkten Anforderungen an die Individuen erhöht sich auch deren Kontrolle – nicht zuletzt durch Soziale Arbeit.

Mit Adorno ist in diesem Zusammenhang auf das Problem der Integration als solches zu verweisen: Soziale Arbeit ist in ihrer gesellschaftlichen Funktion zunächst eine Instanz der Einpassung des Besonderen ins Allgemeine, der Individuen in die Gesellschaft und deren Anpassung an die jeweils geltenden Verhältnisse. Diese sind unter kapitalistischen Bedingungen – wie bereits mehrfach betont – entscheidend durch die zentrale Norm der Lohnarbeit geprägt: So hat sich Soziale Arbeit lange Zeit hieran orientiert und entscheidend an einer Disziplinierung in diesem Sinne gewirkt. Die Etablierung der Erwerbsarbeitsnorm und die Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse schließlich erlauben es kaum, ihre Vorherrschaft und Sinnhaftigkeit zu hinterfragen. Dass die gesellschaftliche Organisationsform der Arbeit als Lohnarbeit kontingent ist, ist dem verdinglichten (Alltags-)Bewusstsein reflexiv nicht ohne weiteres zugänglich. Wie Marx und Lukács zeigten, ist es gerade die Ökonomie, die das Bild der Gesellschaft formt; auch alternative Möglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklung werden so a priori anhand der von den wirtschaftlichen Verhältnissen geprägten Bedingungen beurteilt und damit angepasst.

Eine Soziale Arbeit, in der diese Gedanken aufgenommen werden, steht jedoch vor einigen offenen Fragen und Problemen. So erwarteten Böhnisch und Schröder bereits 2001 eine Spaltung der Sozialen Arbeit in eine „leistungsorientierte, auf den abstrakten Schüler und den ‚abstract worker‘ noch intensiver hinarbeitende Pädagogik und eine – in sich verunsichert und suchend –, die sich dagegen wehrt, aber kein eigenes Konzept hat“ (Böhnisch/Schröder 2001: 107). Die Autoren argumentieren hier mit Sünker und sprechen sich für eine Art der Subjektorientierung aus, in der „die Vermittlung von Individuum und Gesellschaft thematisch“ (Sünker zit. n. Böhnisch/Schröder 2001.: 203) und die Atomisierung in der Gegenwartsgesellschaft nicht verlängert werden.²⁵⁵ Aus diesem Anspruch lassen sich einige Fragen ableiten, die im weiteren Verlauf zu klären sind.

255 Demgegenüber scheinen sich die Autoren 2018 mit einem veränderten Subjektbegriff auseinanderzusetzen. Zumindest meinen sie nun, dass eine der Zeit angemessene „Identitätsarbeit“ (Böhnisch/Schröder 2018: 318) nur bedeuten kön-

Zunächst: Soziale Arbeit kann nicht ohne die in ihr angelegten dialektischen Verhältnisse gedacht werden. Eine reine Arbeitsmarktorientierung degradiert Menschen zu Träger*innen von Arbeitskraft; eine sich in Abkehr zu dieser Ausformung Sozialer Arbeit restituierende Lebensweltorientierung läuft Gefahr, die auch von Adorno herausgestellte subjektive Bedeutung von Lohnarbeit als Stifterin von Identität und Bedingung der materiellen Existenz zu verkennen. Ist möglicherweise die Einbindung Sozialer Arbeit in die Aktivierungslogik Konsequenz ihrer eigenen Entwicklung? Wenn Fretschner, Hilbert und Stöbe-Blossey meinen, dass die aktivierende Sozialpolitik keinen Abbau des Sozialstaats, sondern lediglich eine „größere Zielgenauigkeit und Effektivität sozialpolitischer Programme“ (Fretschner/Hilbert/Stöbe-Blossey 2003: 53) meine – bedeutet dies nicht möglicherweise, dass es lediglich eine neue Qualität der Effizienz sozialpädagogischer/sozialarbeiterischer Interventionen ist, die die theoretischen wie praktischen Konsequenzen der Aktivierungslogik innerhalb der Sozialen Arbeit so offensichtlich zu Tage treten lassen? Und schließlich: Wie kann sich Soziale Arbeit – wenn sich ihre (wissenschaftlichen) Akteur*innen diese Fragen und eine grundlegende Kritik der hier vorgestellten Zustände zu eigen macht – so aufstellen, dass sie nicht lediglich zu einer besseren Passung aktivierungslogischer Programme beiträgt, wenn – wie Bröckling es formuliert – „[s]elbst der Einspruch, die Verweigerung, die Regelverletzung [...] sich in Programme gießen [lassen], die Wettbewerbsvorteile versprechen“ (Bröckling 2007: 283)?

Im folgenden Teilkapitel soll nun versucht werden, das Spannungsfeld zwischen Subjektivität und gesellschaftlicher Anpassung anhand zweier literarischer „Fallbeispiele“ auszuleuchten, um einige der hier angedeuteten Problemlagen zu verdeutlichen und das abschließende Teilkapitel vorzubereiten.

4.2 *Integration in der Literatur: Hesses Unterm Rad und Seethalers Ein ganzes Leben*

In diesem Kapitel sollen zwei Bücher im Mittelpunkt stehen, die zwei fiktive, sehr unterschiedliche Lebensverläufe beschreiben: *Unterm Rad* von Hermann Hesse und *Ein ganzes Leben* von Robert Seethaler. Bei der Bezugnahme auf Romanliteratur kann an Gedanken Adornos angeknüpft

ne, auf eine immer wieder neue Herstellung von Identität abzielen, da die Herstellung einer festen Identität nicht mehr zeitgemäß sei.

werden: So sieht Adorno in der Epik – eine literarische Gattung, zu der auch Romane zählen (vgl. Hempfer 2018: 193f.) – den Gegensatz zum antiken Mythos. Die Epik, so Adorno, zeichnet sich thematisch durch eine „Beschränkung aufs Einmalige“ (Adorno 2017: 36) aus, enthalte aber einen „Zug [...], der Beschränkung transzendiert“ (ebd.). Weiter heißt es: „In der epischen Naivetät lebt die Kritik der bürgerlichen Vernunft. Sie hält jene Möglichkeit von Erfahrung fest, welche zerstört wird von der bürgerlichen Vernunft, die sie gerade zu begründen versucht.“ (ebd.) Die Epik – vor allem die bürgerliche – sei ein „Versuch, die Darstellung von der reflektierenden Vernunft zu emanzipieren“ (ebd.: 37) und damit auch ein (unbewusster) Versuch der Emanzipation von klassifizierendem Denken. Entsprechend besteht Adorno auf einer klaren Unterscheidung von Roman und Bericht (vgl. ebd.: 41), der offenbar als journalistische oder auch wissenschaftliche Textsorte begriffen wird.²⁵⁶ Dieser zeichnet sich durch die Fokussierung realer Menschen und Tatsachen aus; ein Roman wäre entsprechend vom Bericht nicht zu unterscheiden, würde er sich auf die Wiedergabe von Informationen beschränken. Diese Tatsache, so Adorno, „nötigt den Roman, damit [mit der bloßen Übermittlung von Informationen, K. R.] zu brechen und der Darstellung des Wesens oder Unwesens sich zu überantworten“ (ebd.: 43). In gewissem Sinne geht es also in beiden Textformen um eine Darstellung der gesellschaftlichen Realität, jedoch mit unterschiedlichem Vorgehen und unterschiedlichem Fokus. So haben Adorno zufolge in Romanen subtilere Darstellungen Raum, als dies in Form der bloßen Darstellung von Fakten möglich ist: „Die Verdinglichung aller Beziehungen zwischen den Individuen, [...] die universale Entfremdung und Selbstentfremdung, fordert beim Wort gerufen zu werden, und dazu ist der Roman qualifiziert wie wenig andere Kunstformen.“ (ebd.: 43) Adorno hält insbesondere expressionistische Romane, in denen die dem Roman ursprünglich eigene Gegenständlichkeit brüchig wird – so etwa Musils *Mann ohne Eigenschaften* oder Sacks *Ein verbummelter Student* –, für geeignet, Erkenntnis zu übermitteln bzw. zu generieren. Gegenüber Thomas Mann äußert er z. B. in einem Brief, dass

256 Hierin liegt ein signifikanter Unterschied zum Versuch H. Whites, den Unterschied zwischen fiktionaler und wissenschaftlicher Literatur, wenn nicht zu negieren, so doch erheblich zu schleifen, indem historische Werke strukturell als Erzählungen aufgefasst werden (vgl. White 2015: 9f.). Problematisch scheint auch die Konsequenz des formalistischen Vorgehens Whites (vgl. ebd.: 16), das von den inhaltlichen Unterschieden zwischen den Philosophen Marx⁴ und Hegels abstrahiert und sich „auf die Bestimmung der Strukturmomente“ (ebd.) der jeweiligen Darstellung konzentriert.

er mit dem damals noch im Entstehen begriffenen Roman *Die Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull* die Hoffnung verbinde, dass „das Kunstwerk etwas von dem einlöse, woran die Philosophie bis heute nur den Kopf sich eingestoßen hat“ (Adorno/Mann 2002: 60), nämlich die „Befreiung vom Bann der bürgerlichen Phantasmagorie“ (ebd.), hier wohl eine Metapher für Verdinglichung. Inwieweit von der in Kapitel 4.2 behandelten Literatur ähnliches behauptet werden kann, ist nur schwer zu entscheiden – mehr noch: Es ist nicht einmal sicher, ob diese Romane nicht durch das Verdikt Adornos, „biographische Schundliteratur“ (Adorno 2017: 42) zu sein, getroffen würden. Dennoch zeigt die Auseinandersetzung Adornos mit dem Thema, dass auch fiktionale Literatur die Möglichkeit gesellschaftlich relevanter Erkenntnis beinhaltet.

Hesses *Unterm Rad* ist vor allem als zeitgenössische Kritik an dem gängigen Bildungsbegriff und den Bildungsinstitutionen um die Jahrhundertwende zu verstehen. Diese Kritik wird auch in späteren Werken Hesses zentrales Thema bleiben. Überhaupt ist Bildung, so Ponzi, das „Hauptthema“ (Ponzi 2007: 5) der Romane und Erzählungen Hesses.²⁵⁷ Der von Hesse favorisierte Bildungsbegriff hängt eng mit *Erfahrung* zusammen: Gemachte Erfahrung ist prinzipiell „unübermittelbar“ (ebd.) und damit Aufgabe des Bildungssubjekts selbst. Bildung im Sinne Hesses ist entsprechend eine kritische und oft auch konfliktreiche Aneignung der Welt (vgl. ebd.). Kritisch setzt er sich mit der zu seiner Zeit schulisch vermittelten Art der Bildung auseinander, die er als eine rein äußerliche charakterisiert und die vor allem auf Abschlüsse und damit verbundene Karrierewege zielt. Hesse richtet sein Augenmerk auf die Tatsache, dass in Bildungseinrichtungen eine standardisierte Form der Welterfahrung institutionalisiert ist und bezieht in seinen Werken diese Kritik auf die zeitgenössische, wilhelminisch geprägte Bildung; gleichzeitig beansprucht er jedoch durch häufige Projektion des Themas auf unterschiedliche Zeiten und Schauplätze – bei *Siddharta* etwa in den Orient, der sonst in der Konstruktion Hesses vor allem als Gegenbild zur westlichen Kultur fungiert (vgl. ebd.: 4) –, einen grundlegenden, überhistorisch gültigen Konflikt im Zusammenhang mit Individuation und daraus folgenden intergenerationellen Auseinandersetzungen darzustellen.²⁵⁸ Dieser Konflikt ist auch für Hans

257 Diese Thematisierung hat auch biographische Gründe. Auch einige der in *Unterm Rad* geschilderten Orte und Begebenheiten zeigen autobiographische Züge (vgl. Esselborn-Krumbiegel 2017: 82ff.; Esselborn-Krumbiegel 1998: 52ff.).

258 Dies kann durchaus problematische Folgen haben: So kann dies mit einer Dethematisierung spezifischer historischer und sozialer Situationen und Struk-

Giebenrath, den Protagonisten des Buches *Unterm Rad*, maßgeblich: Er schafft es nicht, einen eigenen Weg zu finden. Seine Rebellion gegen die Autoritäten – eines der wichtigsten Themen deutscher Literatur um die Jahrhundertwende insgesamt –, die eher durch Inaktivität als durch Aktion gekennzeichnet ist, endet mit dem eigenen Tod.²⁵⁹

Viele Kommentator*innen verweisen auf den Einfluss der Tradition des bürgerlichen Bildungsromans und die offenbar durch Nietzsche inspirierte bedingungslose Lebensbejahung, die Hesses Figuren oft kennzeichnet (vgl. ebd.: 11; Hong 2009: 37). Dies kann allerdings nur für die Protagonisten seiner späteren Romane – so etwa den titelgebenden *Demian*, Narziss und Goldmund, Hauptfiguren des gleichnamigen Buches, oder auch Josef Knecht, Hauptfigur des *Glasperlenspiels*, die vor allem in ihrem Eigensinn beschrieben werden – gelten: Hans Giebenrath hat hingegen nicht die Möglichkeit, eigene Entscheidungen zu fällen. Ein eigenständiges wie eigensinniges Ich auszubilden kann ihm nicht gelingen.

Hans wird von Hesse in *Unterm Rad* als intellektuell äußerst begabter Schüler charakterisiert. Er wächst in einem kleinen Ort im Schwarzwald nach dem frühen Tod seiner Mutter beim Vater auf. Die Charakterisierung des Vaters gerät bei Hesse zur „Skizze einer spießbürgerlich engen, in selbstzufriedener, beschränkter Mittelmäßigkeit erstarrten Gesellschaft in einer kleinen schwäbischen Stadt“ (Esselborn-Krumbiegel 1998: 55). Seine Begabung führt in der Enge der Kleinstadt um die Jahrhundertwende zu einer Sonderstellung Hans', die ihn früh zum Außenseiter macht. Es herrscht ein „Klima zwanghafter Konformität [...], in dem der Einzelne nur leben und atmen kann, wenn er sich widerspruchslos einfügt in das Raster der allgemeinen Erwartungen und verpflichtenden Normen“ (ebd.: 56). Die Außenseiterstellung Hans Giebenraths tritt im Kontrast zur hier angedeuteten kleinstädtischen Einförmigkeit besonders deutlich zutage.

Aufgrund der sehr guten Leistungen in der Lateinschule wird Hans als einziger Schüler der Stadt als Kandidat zum schwäbischen Landexamen

turen einhergehen. Im Sinne Adornos wäre hingegen die konkrete historische und soziale Situation, in der individuelle Bildungsprozesse stattfinden, stärker zu beachten.

- 259 Ponzi zieht eine Parallele zwischen dieser Thematisierung bei Hesse und dem Wirken Walter Benjamins in dessen Zeit in der Jugendbewegung, wo ebenfalls ein über die Schulbildung hinausgehender Erfahrungsbegriff verfolgt wurde. (vgl. Ponzi 2007: 4) Die Parallele zeigt, ähnlich wie für den Begriff *Entfremdung* von Lukács konstatiert, dass eine Befassung mit dem Begriff der Erfahrung in Hinblick auf Fragen der Erkenntnis und der Bildung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht unüblich war.

zugelassen. Zwar hegt Hans' Vater eine Abneigung „gegen alles Unalltägliche, Freiere, Feinere, Geistige“ (Hesse 2002: 8), ist auf die Begabung und die Leistungen seines Sohnes jedoch gleichzeitig stolz. Diese Doppeldeutigkeit kennzeichnet auch die Beurteilung des Protagonisten durch die übrigen – bürgerlichen – Stadtbewohner²⁶⁰, die sich auch am Umgang mit Beamten zeigt – man zollt diesen öffentlich Respekt, bezeichnet sie im Verborgenen jedoch als „Hungerleider und Schreibersknechte“ (ebd.: 9). Dies ist auch charakteristisch für die individuellen Hoffnungen in Bezug auf die berufliche Zukunft der eigenen Kinder: „Seltsamerweise kannten sie trotzdem keinen höheren Ehrgeiz als den, ihre Söhne womöglich studieren und Beamte werden zu lassen.“ (ebd.) Das Verhältnis zu geistigen Tätigkeiten ist entsprechend ambivalent – wie sich später zeigen wird, auch bei Hans Giebenrath selbst.

Hans erscheint zunächst kaum als handelnde Person: „Die Lehrer, der Rektor, die Nachbarn, der Stadtpfarrer, die Mitschüler und jedermann gab zu, der Bub sei ein feiner Kopf und überhaupt etwas Besonderes. Damit war seine Zukunft bestimmt und festgelegt.“ (ebd.) Hans erkennt und internalisiert diese Außenseiterrolle früh; am Vorabend des Exams „hatte ihn eine freche, selige Ahnung ergriffen, daß er wirklich etwas anderes und besseres sei als die dickbackigen, gutmütigen Kameraden“ (ebd.: 17). Nachdem er das Examen als landesweit Zweiter bestanden hat, was ihm den Besuch der Klosterschule Maulbronn erlaubt, steigert sich die Abneigung in Verachtung: „Er hatte sie überholt, sie standen jetzt unter ihm.“ (ebd.: 36) Dieses Konkurrenzbewusstsein setzt sich auch mit Blick auf das Seminar in Maulbronn fort. So ist sich Hans bereits im Vorfeld bewusst,

„daß er im Seminar noch zäher und ehrgeiziger arbeiten müsse, wenn er auch dort die Kameraden hinter sich lassen wollte. Und das wollte er entschieden. Warum eigentlich? Das wußte er selber nicht. Seit drei Jahren war man auf ihn aufmerksam, hatten die Lehrer, der Stadt-

260 Frauen tauchen im Buch kaum als handelnde Personen auf; die städtische Bevölkerung etwa wird allein anhand einiger männlicher Einwohner geschildert. Dies könnte einerseits als angemessene Reflexion der Öffentlichkeit zur Jahrhundertwende zu verstehen sein. Andererseits scheint diese Randständigkeit weiblicher Figuren das Gesamtwerk Hesses zu durchziehen: So „erinnern die zahlreichen Frauen eher an schamanenhafte Hilfsfiguren, die das Gedächtnis wahren und den Anlauf des Dialogs gestatten; doch sind sie lediglich flüchtige Gesprächspartner, Schatten, die einen seelischen Zustand, eine sich als angstvolle Erwartung oder beklemmende Ahnung darstellende Lebendigkeit spiegeln.“ (Mecocci 2004: 73)

pfarrer, der Vater und namentlich der Rektor ihn angespornt und gestachelt und in Atem gehalten. Die ganze lange Zeit, von Klasse zu Klasse, war er unbestrittener Primus gewesen. Und nun hatte er allmählich selber seinen Stolz darein gesetzt, obenan zu sein und keinen neben sich zu dulden.“ (ebd.: 42f.)

Deutlich wird, dass Hans' Streben nach guten schulischen Leistungen zunächst auf äußeren Druck zustande kommt. Hans internalisiert die an ihn gestellten Anforderungen, jedoch gelingt es ihm nicht, eine eigene Motivation zu entwickeln und das Lernen mit einem selbstgewählten Sinn zu verknüpfen. Insofern sind der Besuch der Bildungseinrichtungen und das an ihn herangetragene Leistungsdenken Gestalten eines entfremdeten Lebens, das Hans Giebenrath führt.

Das Bild, das von Hans' früherer Kindheit gezeichnet wird, steht hierzu in schroffem Gegensatz. Zwar hatte sich bereits hier seine Außenseiterstellung angedeutet, da er an den Spielen der Gleichaltrigen meist keinen Gefallen fand und nur einen Freund – August – hatte. Jedoch werden einige außerschulische Interessen beschrieben, die Hans infolge der stärkeren Beanspruchung durch die Bildungsziele aufgeben musste. Allen voran sind hier Angeln und Schwimmen als Freizeitvergnügungen zu nennen, denen Hans auch in seinen letzten Ferien vor dem Eintritt ins Seminar noch einmal nachgeht, nachdem es ihm während der Lernphasen von seinem Vater verboten worden war. Ebenso wird sein handwerkliches Geschick beschrieben, das ihm damals das Anfertigen von Angelruten sowie die Konstruktion eines Wasserrades ermöglichte (vgl. ebd.: 16).

Am Abend vor dem Landexamen steht Hans im Garten und erinnert sich an die mit August verbrachte Zeit, deren Freuden endeten, als „die Streberei losgegangen“ (ebd.) war. Ebenso wie er das Wasserrad wegwarf – „Fort mit dem Zeug, das war ja alles schon lang aus und vorbei“ (ebd.) – zerstört er den Kaninchenstall, in dem er einige Jahre Kaninchen gehalten hatte – diese hatte ihm sein Vater weggenommen, damit er bei der Vorbereitung auf das Examen nicht abgelenkt würde. Nun begegnet Hans diesem Kaninchenstall in einem psychisch labilen Zustand:

„Einen Augenblick hatte der Knabe das Gefühl, er müsse sich hinwerfen und heulen. Statt dessen holte er aus der Remise das Handbeil, schwang es mit dem schwächtigen Ärmlein durch die Luft und hieb den Kaninchenstall in hundert Stücke. [...] Er hieb auf das alles los, als könnte er damit sein Heimweh nach den Hasen und nach August und nach all den alten Kindereien totschiagen.“ (ebd.)

Hans erlebt das Erwachsenwerden als Bruch mit seiner Kindheit, der von Lehrern, dem Pfarrer und seinem Vater erzwungen wird. Diesem Zwang steht er ohnmächtig gegenüber. Aufkeimende aggressive Gefühle, die offenbar diesem Druck entspringen – körperliches Anzeichen hierfür sind wiederkehrende Kopfschmerzen –, richtet er gegen die eigenen kindlichen Bedürfnisse und damit gegen sich selbst. Die Erwachsenen agieren Hans gegenüber als machtvolle Einheit, die keinen Widerspruch zulässt und einen solchen auch nicht denkbar erscheinen lässt – er selbst spielt als Person allenfalls eine untergeordnete Rolle. Die Erwachsenen, die ihn zu seinen besonderen Leistungen antreiben, verfolgen jeweils individuelle Ziele; gemeinsam ist ihnen die Hoffnung, dass Hans' Erfolg auf sie selbst zurückfällt und – insbesondere im Falle der Lehrer und des Pfarrers – als Ergebnis des je eigenen Wirkens angesehen wird.

Die einzige Ausnahme bildet der Hans persönlich zugewandte Schuhmachermeister Flaig, der als sehr religiöser Mensch charakterisiert wird und dem Bildungstitel offenbar gleichgültig sind. Er scheint der einzige Erwachsene in Hans' Geburtsstadt zu sein, der an ihm selbst interessiert ist. Er gibt Hans zu verstehen, dass ein mögliches Nichtbestehen im Examen keine Bedeutung haben würde, während das Handeln und die Äußerungen von Pfarrer, Lehrer und Vater das Absolvieren und Bestehen des Landexamens für Hans alternativlos erscheinen lassen.

Die Fokussierung des intellektuellen Vermögens bei gleichzeitiger Marginalisierung der Persönlichkeit und der individuellen Wünsche und Bedürfnisse des Protagonisten setzt sich nach bestandem Examen im Seminar in Maulbronn fort. Ist Hans zu Beginn noch einer der Besten und damit einer der bei den Lehrern beliebtesten Schüler, leiden sowohl sein Leistungsvermögen als auch sein Ansehen bei den Pädagogen zunehmend, insbesondere infolge der Freundschaft zu Hermann Heilner. In einem Gespräch versucht der Ephorus, der Leiter des Seminars, Hans zu alter Strebsamkeit zu bewegen. Hier fallen auch Worte, die das Ende des Romans bereits vorwegnehmen: „Nur nicht matt werden, sonst kommt man unters Rad.“ (ebd.: 95)

Hermann Heilner ist in seiner Persönlichkeit das Gegenteil des angepassten Hans': Er ist tatsächlich an den Inhalten des Gelernten, nicht aber an Bildungstiteln interessiert, hat zu seinem Leben und seiner Umwelt eine eigene Meinung und steht dem schulischen Alltag ablehnend gegenüber. Diese Ablehnung des Schulalltags gipfelt schließlich in Heilners Flucht aus Maulbronn, die einen dauerhaften Verweis von der Schule nach sich zieht. Hans ist vom Verlust seines Freundes stark getroffen und ohne diesen vollends allein. Auch die schulischen Leistungen verschlechtern

sich nochmals; letztlich gibt Hans die Versuche auf, den Lernstoff zu bewältigen. Versuche von Lehrern – u. a. eines jungen Repetenten, der Hans als einziger eher mit Mitleid als mit vermehrter Strenge begegnet – und seines Vaters, Hans wieder zu einem engagierteren Lernen zu bewegen, scheitern:

„Alle diese ihrer Pflicht beflissenen Lehrer der Jugend, vom Ephorus bis auf den Papa Giebenrath, Professoren und Repetenten, sahen in Hans ein Hindernis ihrer Wünsche, etwas Verstocktes und Träges, das man zwingen und mit Gewalt auf gute Wege zurückbringen müsse. Keiner, außer vielleicht jenem mitleidigen Repetenten, sah hinter dem hilflosen Lächeln des schmalen Knabengesichts eine untergehende Seele leiden und im Ertrinken angstvoll und verzweifelnd um sich blicken. Und keiner dachte etwa daran, daß die Schule und der barbarische Ehrgeiz eines Vaters und einiger Lehrer dieses gebrechliche Wesen soweit gebracht hatten. [...] Nun lag das überhetzte Rößlein am Weg und war nicht mehr zu gebrauchen.“ (ebd.: 111)

Nach einem Schwächeanfall während des Unterrichts wird Hans zur Erholung nach Hause geschickt, wobei allen Beteiligten klar ist, dass Hans nicht wieder nach Maulbronn zurückkehren wird.²⁶¹ In diesem Zusammenhang werden beim Ephorus Ansätze von Selbstreflexion deutlich: So

„hatte er Mühe, den Gedanken in sich niederzukämpfen, daß ihn am Verschwinden zweier begabter Zöglinge vielleicht doch ein Teil der Schuld treffen möge. Als einem tapferen und sittlich starken Manne gelang es ihm jedoch, diese unnützen und finstern Zweifel aus seiner Seele zu bannen.“ (ebd.: 113)

Hans gelingt es zunächst nur schwer, sich wieder in das Leben in seinem Heimatort hineinzufinden. In einer Rückblende wird erzählt, wie sich Hans vor der Zeit in der Lateinschule trotz Verbots durch den Vater häufig in einer verrufenen Straße des Ortes, *Zum Falken*, aufhielt. Hans erinnert sich nun intensiv an diese Zeit, in der er die Welt „wie einen riesengroßen Zauberwald, welcher grausige Gefahren, verwunschene Schätze und smaragdene Schlösser in seiner undurchdringlichen Tiefe verbarg“ (ebd.: 126f.), betrachtete. Es wird hier ein Bild von Hans vor seiner Zeit in

261 Dieser Schwächeanfall ist gewissermaßen der Höhepunkt der negativen Entwicklung seines gesundheitlichen Zustands. Hierauf werden bereits zu Beginn Hinweise gegeben. So heißt es, Hans leide an einer „Hypertrophie der Intelligenz“ (Hesse 2002: 8).

der Lateinschule gezeichnet, das bis zum bisher beschriebenen in schroffem Gegensatz steht: Offenbar war er in seiner Kindheit sehr wohl an anderen Menschen interessiert und auf schwärmerische Art und Weise auf eine persönliche Zukunft hin orientiert. Hans' neuerliche Besuche in besagter Straße können die schwärmerischen Gefühle allerdings nicht zurückbringen.

Einen leichten Widerhall finden diese erinnerten Gefühle in Hans' kurzer Beziehung zu Emma, einer Nichte Flaigs, die diesen in den Ferien besucht. Auch hier taucht das Rad als Symbol auf: Hans reagiert auf Emmas Fröhlichkeit und Offenheit, indem er „unbehilflich und ein wenig beleidigt die Fühler einzog und sich verkroch, wie eine vom Wagenrad gestreifte Wegschnecke“ (ebd.: 133). Dennoch kommen sich beide schließlich näher.

Hans entscheidet sich während dieser Zeit für eine Lehre als Mechaniker, wie sie August bereits im Vorjahr aufgenommen hatte. Doch weiterhin zeigen sich bei Hans Schwächeanfälle und Kopfschmerzen. Nachdem Emma ohne Hans' Wissen die Stadt verlässt, ist er tief getroffen. Er beginnt mit der Lehre und findet sich zunächst gut ein:

„Daneben und dazwischen arbeiteten Menschen, Räder und Riemen gleichmäßig fort, und so vernahm und verstand Hans zum erstenmal in seinem Leben den Hymnus der Arbeit, der wenigstens für den Anfänger etwas Ergreifendes und angenehm Berauschendes hat, und sah seine kleine Person und sein kleines Leben einem großen Rhythmus eingefügt.“ (ebd.: 154)

Es wird angedeutet, dass Hans sich nicht mehr als Außenseiter fühlt. Erstmals seit dem Bau des Wasserrades in der Kindheit dient hier das Rad als ein für Hans positives Symbol, das seine gelungene Integration zunächst im Betrieb und wohl auch eine gesellschaftliche Integration zumindest möglich erscheinen lässt – bezeichnenderweise im Zusammenhang mit Lohnarbeit.

Am ersten freien Sonntag besucht Hans mit August und anderen Lehrlingen einen Nachbarort, wo sie sich in einigen Wirtshäusern aufhalten und Hans zum ersten Mal Alkohol trinkt. Er macht sich früh auf den Heimweg, kommt allerdings nicht zuhause an; er ertrinkt im Fluss: „Ekel, Scham und Leid waren von ihm genommen, auf seinen dunkel dahintreibenden, schmächtigen Körper schaute die kalte, bläuliche Herbstnacht

herab.“ (ebd.: 168)²⁶² Ob es sich um Selbstmord oder einen Unfall handelt, bleibt ungeklärt. Während Hans' Lehrer, der Vater und der Pfarrer von Pech und einem Unglück sprechen – wobei nahegelegt wird, dass sich die Trauer vor allem auf Hans' große Begabung bezieht – ist es wiederum Flaig, der die Probleme thematisiert, die Hans in den letzten Jahren plagten, und in diesem Zusammenhang selbstkritisch über eigene Versäumnisse spricht.

Im Fall Hans Giebenraths gelingt die angestrebte Individuation nicht: Der Druck der Institutionen bzw. der handelnden Erwachsenen ist letztlich zu stark. So wird in *Unterm Rad* der von Adorno beschriebene Zusammenhang von Schule und gesellschaftlicher Integration auf der einen und Entfremdung auf der anderen Seite leicht ersichtlich. Es sind gerade die gesellschaftlichen Organisationen und die deren Integrationsmodell verhafteten Erwachsenen im Leben Hans Giebenraths, die es ihm unmöglich machen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Im gesamten Buch fällt auf, dass der eigentliche Protagonist nicht oder kaum selbst handelt: Vielmehr wird er als „Rößlein“ verdinglicht und gleichzeitig verniedlicht; er ist eine unselbständige und ohnmächtige Projektionsfläche der Pläne und Wünsche Anderer, die anhand seines Erfolges die eigenen Fähigkeiten beweisen wollen. Sein eigenes Handeln, das vor allem in Gehorsam und Anpassungsleistungen besteht, ist wesentlich entfremdetes Handeln, das erst durch gesundheitliche Probleme ein Ende findet und schließlich in seinem Tod mündet.

Bevor eine Einschätzung und Einordnung dieser Lebensgeschichte in das Thema der vorliegenden Arbeit erfolgt, soll zunächst der Inhalt des zweiten Romans vorgestellt werden: die Lebensgeschichte Andreas Eggers aus Robert Seethalers Roman *Ein ganzes Leben*.²⁶³ Diese könnte derjenigen Hans Giebenraths kaum entgegengesetzter sein. Egger wächst zu Beginn

262 Ähnlich wie das Rad hat auch das Wasser im gesamten Buch eine symbolische Bedeutung, die beim selbst konstruierten Wasserrad beginnt und sich über das Angeln und Schwimmen bis zum Ertrinken im Fluss fortsetzt. Hier handelt es sich um ein bei Hesse häufig anzutreffendes Motiv: „Erinnert uns einerseits das Wasser [...] unschwer an das lebenenthaltende und -spendende flüssige Ur-Element, an einen regressiven Zufluchtsort der leidenden Seele und eine Grenzlinie zwischen bewußt und unbewußt, so stellt es gleichzeitig eine sowohl durchsichtige wie reflektierende Fläche, flüssige Materie in ständiger Bewegung dar, die den Blick ableitet und auf ein anderswo, ein sich-selbst, das sich in ein ‚Anderes‘ wandelt, anspielt.“ (Mecocci 2004: 76)

263 Eine Darstellung der Handlung als Fallgeschichte und eine entsprechende Interpretation finden sich auch in Winkler 2019.

des 20. Jh. in einem entlegenen Tal in Österreich auf. Er kommt als Waise zu einem Bauern, einem Verwandten der Mutter, der ihn häufig schlägt. Auf dem Bauernhof ist Andreas von Beginn an Außenseiter:

„Während seiner ganzen Zeit auf dem Hof blieb er der Auswärtige, der gerade noch so Geduldete, der Bankert einer gottgestraften Schwägerin, der die bäuerliche Gnade einzig und allein dem Inhalt eines ledernen Halsbeutels [ein paar Geldscheine, K. R.] zu verdanken hatte. Im Grund genommen wurde er nicht als Kind betrachtet. Er war ein Geschöpf, das zu arbeiten, zu beten und seinen Hintern der Haselnussgerste entgegenzustrecken hatte.“ (Seethaler 2016: 25f.)

Durch eine außergewöhnlich harte Prügelstrafe wird Andreas Eggers Bein gebrochen, was eine lebenslängliche Beeinträchtigung nach sich zieht. Dennoch wird er als fleißiger und fähiger Arbeiter beschrieben, der alle Tätigkeiten auf dem Hof mit Kraft und Geschick ausführt. Bildung wird nur am Rande thematisiert: So lernt Andreas Egger in der Schule mühsam lesen.

Nach der Volljährigkeit verdingt sich Andreas Egger im Tal als Helfer in verschiedensten Bereichen und zeigt sich dort ebenso geschickt wie auf dem Bauernhof, entwickelt allerdings zu keiner Zeit eine Zukunftsperspektive. Nachdem er Marie kennengelernt hat, erklärt er ihr, dass er selbst nicht Bauer werden wolle, da diese ständig zu Boden blickten: „Ein Mann nach seinem Geschmack aber müsse den Blick heben, auf dass er möglichst weit hinwegschau über sein eigenes, eng begrenztes Fleckchen Erde.“ (ebd.: 42) Hier zeigt sich ein merkwürdiger Kontrast zu allem, was den Protagonisten bisher gekennzeichnet hat; auch im weiteren Verlauf der im Buch geschilderten Entwicklung wird nicht ganz klar, inwieweit es sich bei dieser Aussage tatsächlich um eine Überzeugung Eggers handelt, oder lediglich um einen Versuch, Marie zu beeindrucken.

Marie wird für Egger zunächst zum Lebensmittelpunkt: „Ginge es nach ihm, würde er für den Rest seines Lebens an irgendeinem Wegrand sitzen, Hand in Hand mit Marie, an einen harzigen Baumstamm gelehnt.“ (ebd.: 45) Er benötigt jedoch ein regelmäßiges Einkommen, um eine Familie gründen zu können. So bewirbt er sich bei der Firma, die im Tal eine Seilbahn für Touristen baut, welche bereits zu Beginn des Buches als Symbol für die in das Tal hereinbrechende Moderne eingeführt wird. Egger erhält eine Stelle: „Egger mochte die Arbeit im Fels. Hier oben war die Luft kühl und klar und manchmal hörte er den Steinadler kreischen oder sah seinen Schatten lautlos über die Wand gleiten.“ (ebd.: 48) Arbeit ist für Egger zunächst Mittel zum Zweck und bleibt etwas ihm Äußerliches:

„Sie waren wie Tiere, dachte Egger, sie krochen über die Erde, verrichteten ihre Notdurft hinter dem nächsten Baum und waren so dreckig, dass sie kaum noch von ihrer Umgebung zu unterscheiden waren. Oft dachte er auch an Marie, die zu Hause auf ihn wartete. Er war nicht mehr alleine, und obwohl dieses Gefühl immer noch ungewohnt war, wärmte es ihn mehr als das Feuer, in dessen Glutasche er seine steinhart gefrorenen Stiefel steckte.“ (ebd.: 59f.)

Als die Seilbahn eingeweiht wird, zeigt sich bei Egger allerdings ein großer Stolz, am technischen und gesellschaftlichen Fortschritt beteiligt zu sein:

„Er sah sich als ein kleines, aber gar nicht mal so unwichtiges Rädchen einer gigantischen Maschine namens Fortschritt, und manchmal vor dem Einschlafen stellte er sich vor, wie er im Bauch dieser Maschine saß, die sich unaufhaltsam ihren Weg durch Wälder und Berge bahnte, und wie er in der Hitze seines eigenen Schweißes zu ihrem stetigen Vorankommen beitrug.“ (70)

In einer Vorausschau zeigt sich allerdings, dass diese Gefühle Eggers nicht von Dauer sein werden: 40 Jahre später verabscheut er den Tourismus, der auch durch seine Mitarbeit ermöglicht wurde.

Ein einschneidendes Erlebnis in Eggers Leben ist der Tod seiner Frau durch einen Lawinenabgang. Er arbeitet zwar weiterhin für die gleiche Firma, nun jedoch vor allem außerhalb des Tales. Dies ist das erste Mal, dass Egger die Welt jenseits des Tals kennenlernt. Es zeigt sich eine Art von Fernweh, die schließlich dazu führt, dass er sich als Kriegsfreiwilliger für den Zweiten Weltkrieg meldet, nachdem eine Einberufung für den Ersten Weltkrieg durch den Bauern verhindert worden war: „Es war kein Entschluss, der von irgendwelchen Überlegungen getragen wurde. Er war ganz einfach plötzlich da, wie ein Ruf von weit her, und Egger wusste, dass er ihm folgen musste.“ (ebd.: 96) Egger wird aufgrund seiner Beeinträchtigung zunächst zwar abgelehnt, jedoch vier Jahre später eingezogen. Er wird im Kaukasus eingesetzt, wo er zwei Monate allein eine Stellung in der Höhe hält. Nach diesen zwei Monaten gerät er in sowjetische Kriegsgefangenschaft, in der er für fast acht Jahre verbleibt.

Seine Rückkehr aus der Gefangenschaft zeigt Egger ein gänzlich verändertes Tal: Der aufblühende Tourismus hat eine umfassende wirtschaftliche Neustrukturierung und damit auch eine nachhaltige Änderung der Lebensgewohnheiten bewirkt. Obwohl Egger der Modernisierung grundsätzlich distanziert gegenübersteht, ist ein wichtiger Eindruck seines Lebens in zweierlei Hinsicht mit dieser verbunden: So sieht er auf einem Fernsehgerät im Gemeindehaus die Mondlandung:

„Egger klatschte wie alle anderen Beifall, und während sich vorne im Fernsehgerät immer noch die geisterhaften Erscheinungen der Amerikaner bewegten, die unbegreiflicherweise gerade in diesem Moment hoch über ihren Köpfen über die Mondoberfläche spazierten, fühlte er sich den Dorfbewohnern hier unten auf der nachtdunklen Erde, im Saal des immer noch nach frischem Mörtel riechenden Gemeindehauses, auf geheimnisvolle Weise nah und verbunden.“ (ebd.: 128)

Wieder zeigt sich ein positives Empfinden für den Fortschritt, auch wenn Egger an der Mondlandung – anders als an der Seilbahneröffnung – keinen eigenen Anteil hat. Diese Momente, in denen sich Egger Anderen verbunden fühlt, sind allerdings höchst selten.

Eggers Außenseiterposition wird auch an seinem beruflichen Werdegang deutlich: Kontinuität und eine dauerhafte Einbindung gibt es hier nur während der Ehe mit Marie, als er am Seilbahnbau im Tal beteiligt ist. Nach dem Ende der Kriegsgefangenschaft knüpft Egger an seinen früheren Arbeitsrhythmus an und geht Gelegenheitsarbeiten nach. Als ihm dies körperlich nicht mehr bzw. nur noch unter großen Beschwerden möglich ist, beginnt er, Bergtouren für Touristen anzubieten. Mit über 70 Jahren gibt er auch diese Arbeit auf, da er sich von den Touristen nach anfänglicher Sympathie zunehmend gestört fühlt. Schließlich zieht er aus dem Dorf in einen ehemaligen Stall, der einer Höhle ähnlich in den Berghang gehauen worden war, wo er seine letzten Jahre in weitgehender Isolation verbringt. Für die Dorfbewohner „war er nur ein alter Mann, der in einem Erdloch wohnte, Selbstgespräche führte und sich morgens zum Waschen an einen eiskalten Bergbach hockte. Für seine Begriffe jedoch hatte er es irgendwie geschafft und dementsprechend allen Grund, zufrieden zu sein.“ (ebd.: 168) So zieht Andreas Egger für sich auch eine positive Lebensbilanz:

„Wie alle Menschen hatte auch er während seines Lebens Vorstellungen und Träume in sich getragen. Manches davon hatte er sich selbst erfüllt, manches war ihm geschenkt worden. Vieles war unerreichbar geblieben oder war ihm, kaum erreicht, wieder aus den Händen gerissen worden. Aber er war immer noch da. Und wenn er in den Tagen nach der ersten Schneeschmelze morgens über die taunasse Wiese vor seiner Hütte ging und sich auf einen der verstreuten Flachfelsen legte, in seinem Rücken den kühlen Stein und im Gesicht die ersten warmen Sonnenstrahlen, dann hatte er das Gefühl, dass vieles doch gar nicht so schlecht gelaufen war.“ (ebd.:169)

Andreas Egger stirbt letztlich allein in seiner Hütte.

Die selbstgewählte Isolation, die Eggers letzte Lebensjahre kennzeichnet, kann als Ende einer Entwicklung angesehen werden, die die schwierige Wechselbeziehung zwischen Egger und seinen Mitmenschen kennzeichnet. Diese wird oft durch räumliche Distanz symbolisiert; so etwa, wenn Egger unfreiwillig – wie auf dem Dachboden nach dem Beinbruch in seiner Kindheit – oder freiwillig – wie im Kriegsgefangenenlager – abseits der Anderen, auch oft im Freien, schläft. Besonders deutlich wird diese, dann selbst gesuchte Distanz zu den Mitmenschen im letzten Abschnitt seines Lebens. Jedoch gelingt es Andreas Egger bereits vorher oft, sogar innerhalb einer Organisation wie der Armee und an einem Ort wie einem Kriegsgefangenenlager, eine Position abseits der Menge aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Dies deutet sich bereits in der Beschreibung von Eggers Kindheit an: So redete er damals nicht viel, denn „[r]eden hieß Aufmerksamkeit bekommen, und das wiederum verhiess nichts Gutes“ (ebd.: 18). So lernt Andreas Egger, sich unauffällig zu verhalten; der Abstand zu seinen Mitmenschen wird zu einer Strategie, die ihm zunächst eine Minimierung physischer Strafen ermöglicht, und letztlich seine Haltung zur Gesellschaft mit zunehmendem Alter immer stärker definiert. Diese Distanz zu seinen Mitmenschen geht mit einer starken Naturverbundenheit einher, die in häufig geschilderten Szenen, in denen Andreas Egger sich auf den Boden legt oder sich an einen Stein oder Baum lehnt, symbolisiert wird. Diese Naturverbundenheit wird auch durch den Tod seiner Frau, die durch ein Naturereignis stirbt, nicht beeinträchtigt; sie korrespondiert mit der bereits angedeuteten weitgehenden Außenseiterstellung Eggers in Bezug auf die menschliche Gesellschaft. Dennoch fühlt er sich dieser hin und wieder verbunden; so etwa bei der Eröffnung der Seilbahn oder während der Mondlandung. In diesen Momenten versteht sich der Protagonist, der sonst vor allem als Einzelgänger unterwegs ist, immer auch selbst als Teil der gesamten Menschheit und ihrer technischen Entwicklung.

Die Darstellung dieser beiden literarischen Beispiele soll verdeutlichen, dass gesellschaftliche Integration durchaus ambivalent zu bewerten ist. So kann hieran aufgezeigt werden, wie problematisch die Rolle von Institutionen und Organisationen im Lebenslauf sein kann. Im Unterschied zu Hesses Hans Giebenrath, dessen Leben bereits im Kindesalter stark von institutionellen Rahmungen abhängt – was in der Enge des Internats ihren Höhepunkt erfährt –, wächst Seethalers Andreas Egger weitgehend unberührt von institutioneller Kontrolle auf. Die Schule, die er kurzzeitig besucht, ist offenbar eine einfache Volksschule; Egger zeigt hier keine besonderen Talente und versucht, nicht in den Fokus des Lehrers zu geraten. Seine fehlende Begabung ist allerdings für ihn kein Malus; Egger gelingt

es letztlich, ein selbstbestimmtes Leben zu führen – offenbar gerade durch die Ferne zu Institutionen. Vor dem Hintergrund der im vorigen Kapitel dargelegten Zusammenhänge ist nun zu betrachten, welche Schlussfolgerungen mit Hilfe der skizzierten literarischen Lebensläufe für die Soziale Arbeit gezogen werden können. Da in keinem der beiden Fälle Soziale Arbeit, Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Armenfürsorge usw. eine Rolle spielen, ist danach zu fragen, inwieweit eine professionelle Soziale Arbeit gegenwärtiger Prägung Einfluss auf deren Verläufe hätte nehmen können.

Besonders im Falle Andreas Eggers' gibt es einige mögliche Anknüpfungspunkte: Gewalt in der Kindheit, mangelnde Integration und schlechte Leistungen in der Schule, körperliche und gesundheitliche Probleme sowie unzureichende berufliche Perspektiven sind durchaus Gründe, die eine sozialarbeiterische Intervention plausibel machen können. Dies ist per se zunächst nicht zu kritisieren: Keinesfalls soll hier das Bild einer idealen Vergangenheit gezeichnet werden, in der Menschen unabhängig von Institutionen ihr Leben selbstbestimmt geführt hätten.²⁶⁴ Die Betrachtung einer solchen Biographie bietet jedoch die Möglichkeit, mit der in ihr enthaltenen Negation sozialarbeiterischer Ansprüche eine andere Perspektive auf die Praxis Sozialer Arbeit und vor allem auf ihre Folgen einzunehmen. Insofern ergibt sich aus der vorliegenden Auseinandersetzung mit den skizzierten Lebensgeschichten ein Reflexionsangebot, das dazu auffordert, die Auswirkungen Sozialer Arbeit vor allem auf das Individuum näher zu betrachten. Innerhalb der Sozialen Arbeit wäre dann jede Handlung unter den Vorbehalt gestellt, ob ihre Klient*innen ohne diese Intervention ihr Leben nicht ebenso erfolgreich, möglicherweise sogar erfolgreicher bestreiten könnten. Maßstab des sozialpädagogischen Handelns ist auf Grundlage einer solchen Reflexion das Besondere, das im Allgemeinen aufgehoben zu werden droht, genauer: das von der Gesellschaft tendenziell bedrohte Individuum.

An der Lebensgeschichte Andres Eggers lässt sich gerade in der Abwesenheit von Maßnahmen Sozialer Arbeit ihre aktuelle Ubiquität aufzeigen; ein solch randständiges Leben wie dasjenige Eggers erscheint in gegenwärtigen (westlichen) Gesellschaften kaum noch als reale Möglichkeit. An vielen Stellen konnten Soziale Arbeit und angrenzende Berufsgruppen Maßnahmen, Initiativen und Institutionen etablieren, die sich der jeweiligen Problemlagen, denen Andreas Egger im Laufe seines Lebens begegnet,

264 Eine solche Sichtweise würde weder dem Einfluss dörflicher Gemeinschaften, traditioneller Ordnungen oder auch kirchlicher Institutionen noch den Folgen der Auflösung dieser Ordnungen gerecht.

angenommen hätten – der Lernschwäche, seiner körperlichen Einschränkungen oder seiner mangelnden beruflichen Perspektive; möglicherweise ist es gerade die Abwesenheit sozialarbeiterischer Maßnahmen, die das subjektive Gelingen seines Lebens ermöglicht.

Anders im Fall Hans Giebenraths: Die Konstellation der Handlung verweist vor allem auf ein für Soziale Arbeit zentrales Thema, nämlich das der Bildung. Bis zu Hans' Ausgang aus der Klosterschule gibt es für ihn praktisch kein anderes Thema als den erfolgreichen Verlauf seiner Laufbahn innerhalb der von ihm besuchten Bildungsinstitutionen. Er nimmt bewusst und zunehmend mit Ehrgeiz an der dort herrschenden Konkurrenz um die Anerkennung der Lehrkräfte teil. Erst mit der Bekanntschaft Heilners entdeckt er eigene Ideen und Wünsche, die mit den curricularen und organisatorischen Ansprüchen der Erwachsenen nicht unmittelbar in Einklang zu bringen sind. Im Kern handelt es sich um den Konflikt zwischen einer Art von Bildung, die auf ein selbstbestimmtes Leben zielt, und einer solchen, in der die Bildungsinhalte letztlich nur ein Mittel sind, um einen Bildungstitel, den in der beschriebenen gesellschaftlichen Konstellation womöglich eigentlichen Zweck der Bildungsinstitution, zu erlangen. In einem solchen Sinne erscheint Bildung auch in einer aktuellen, auf *employability* gerichteten Perspektive: Bildung als Zweck, in der gesellschaftlichen Konkurrenz zu bestehen. Die Bildungskarriere Hans Giebenraths ist insofern symptomatisch für ein solches Bildungsverständnis, als die Unterstützung, die er erfährt, als Investition in seine berufliche Karriere betrachtet werden kann. Schulische Bildung wird somit – dem Konzept der *delayed productivity* entsprechend – zur Vorbedingung von Lohnarbeit degradiert; die Grenzen zwischen Kindheit und Erwachsenenalter verschwimmen. Die Ausnahme von der Lohnarbeit, die Menschen im Jugendalter (zumindest in modernen westlichen Gesellschaften) gestattet wird, wird unter Vorbehalt gestellt; es gilt, sich dieser Ausnahme als würdig zu erweisen und durch die schulischen Leistungen eine erhöhte Produktivität im Erwachsenenalter erwarten zu lassen. Konkurrenz in der Schule ist in dieser Betrachtung nicht ausschließlich Vorbereitung auf und Einübung in die spätere Konkurrenz im Erwerbsleben, sondern bereits Teil derselben. Dieser Konkurrenz zeigt sich Hans auf der Klosterschule nicht gewachsen: Der Druck, dem er sich ausgesetzt sieht, führt schließlich zum Nervenzusammenbruch und Ausscheiden aus der Schule. Der im Begriff Bildung aufscheinende Widerspruch zwischen dem, was er in einem emphatischen Sinne impliziert, und der Verengung auf institutionalisierte ökonomische Interessen spiegelt sich auch in der Sozialen Arbeit wider – besonders im Bereich schulbezogener Sozialer Arbeit. Diese steht in der

ständigen Gefahr, einseitig die Logik der Organisation zu affirmieren und den Integrationsdruck auf diese Weise zu verdoppeln.²⁶⁵

Eng mit den genannten Punkten hängt ein weiterer Aspekt zusammen, der im Vergleich beider Lebensläufe deutlich wird. So bemisst sich die subjektive Zufriedenheit der Protagonisten nach jeweils unterschiedlichen Kriterien: Während es Hans Giebenrath nicht schafft, Gelingen, Erfolg oder auch Glück nach eigenen Maßstäben zu definieren, richtet Andreas Egger sein Handeln fast ausschließlich an eigenen Maßstäben aus und geht Kompromisse nur dort ein, wo ihm dies unumgänglich zu sein scheint. Dies hängt offenbar (auch) eng mit der individuellen Stellung zu Institutionen und Organisationen zusammen.²⁶⁶ Während Hans Giebenrath in der Klosterschule besonders stark einer äußeren Kontrolle ausgesetzt ist, kann Andreas Egger aufgrund seiner gesellschaftlichen Randexistenz freier zwischen verschiedenen Graden und Möglichkeiten der Integration wählen, was ihm letztendlich ein stärker selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Es zeigen sich auch in seinem Leben Aspekte und Momente, in denen er sich anderen Menschen emotional verbunden fühlt oder zur Sicherung der materiellen Existenz mit ihnen in Verbindung treten muss, doch ist er in der Regel selbst aktiver Part.

Durch die Gegenüberstellung der zwei „Fallbeispiele“ Hans Giebenraths und Andreas Eggers in diesem Teilkapitel sollten die Schwierigkeiten im Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft – und nicht zuletzt auch die Rolle von Institutionen und Organisationen – illustriert werden; einige der weiterführenden Überlegungen zur Stellung des Individuums in der Sozialen Arbeit sollen dabei als mögliche Anknüpfungspunkte für die Thematisierung von Alternativen zur in Kapitel 4.1 beschriebenen Sozialen Arbeit im folgenden Kapitel dienen.

4.3 Spurensuche: Arbeit und Integration in der kritischen Sozialen Arbeit

In Kapitel 4.1 ist deutlich geworden, dass die Praxis Sozialer Arbeit wesentlich in der gesellschaftlichen Integration der Individuen besteht.

265 Wie gezeigt, trifft dies nicht nur auf die schulbezogene Soziale Arbeit zu, tritt hier jedoch besonders deutlich zutage.

266 Aber auch das Alter der Protagonisten (auch wenn Giebenraths Freund Hermann Heilner zeigt, dass Selbstbestimmung in gewissen Grenzen auch als Schüler durchaus möglich ist) sowie die betrachtete Lebensspanne sind hier als Gründe zu nennen.

Insofern ist auch die enge Verbindung der Theorie Sozialer Arbeit zu (Lohn-)Arbeit, die in Kapitel 4.2 beschrieben wurde, kaum überraschend. Dies lässt sich beispielhaft an einem Text von Staub-Bernasconi zur Grundlegung der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession zeigen. Staub-Bernasconi verbindet die „individuelle Teilhabe an gesellschaftlichen Gütern“ (Staub-Bernasconi 2009: 142) mit einem aus den Menschenrechten hergeleiteten „Recht auf (Erwerbs)Arbeit“ (ebd.). Wenn Staub-Bernasconi im gleichen Text die „Ermöglichung von individueller Bedürfnisbefriedigung“ (ebd.: 138) als grundsätzliches Ziel Sozialer Arbeit formuliert, so zeigt dies vor allem die zugrundeliegende – verdinglichte – Sicht auf ein spezifisches System der gesellschaftlichen Organisation von Bedürfnissen: Dass Erwerbsarbeit und Bedürfnisbefriedigung in einem engen Zusammenhang stehen, ist vor allem eine Besonderheit kapitalistischer Gesellschaften. Das von Staub-Bernasconi postulierte Recht auf Arbeit wiederum wird in der gesellschaftlichen Praxis von einer „Pflicht“ zur Arbeit konterkariert.²⁶⁷ Diese Pflicht wird hier allerdings zu einem Recht verklärt, während die konkrete Verbindung, die Lohnarbeit und Bedürfnisbefriedigung im Kapitalismus eingehen, hypostasiert wird. Die Möglichkeit einer Suche „nach sinnvollen, lebenswerten Alternativen jenseits des Arbeitsmarktes“ (ebd.: 142) findet zwar ebenfalls Erwähnung, soll jedoch offenbar nur als ultima ratio, nämlich „[b]ei Langzeitarbeitslosigkeit, zunehmender psychischer Beeinträchtigung und durchgängigem Misserfolg bei Bewerbungen“ (ebd.) Anwendung finden. Überspitzt könnte formuliert werden: Wenn der durch die gesellschaftlichen Mechanismen erzeugte und eben auch von Sozialer Arbeit vermittelte Druck auf ihre Klient*innen zu negativen individuellen Folgen geführt hat, hilft Soziale Arbeit, die Symptome zu mildern. So lässt sich am Beispiel der Menschenrechtsprofession festhalten, dass eine kritische Reflexion des Zusammenhangs von gesellschaftlicher Integration und Lohnarbeitsnorm kaum stattfindet; dieser wird vielmehr bestätigt und so einer damit verbundenen Verdinglichung Vorschub geleistet.

Ähnliche Tendenzen lassen sich auch in weiteren Theorien Sozialer Arbeit finden, etwa in Thierschs Konzept einer lebensweltorientierten Sozialen Arbeit, demzufolge in der Jugendberufshilfe „Heranwachsende kompetent zu machen [sind, K. R.] für die auf sie zukommende Offenheit

267 Auch wenn es sich nicht um eine gesetzlich festgelegte Pflicht zur Arbeit handelt, ist der Druck auf die Individuen, sich in Lohnarbeit zu integrieren, so enorm angewachsen (vgl. Kap. 4.1), dass der Ausdruck durchaus angemessen erscheint.

von Arbeitsverhältnissen oder anderen Lebens- und Beschäftigungsmöglichkeiten“ (Grunwald/Thiersch 2008: 33). Auch hier geht es entsprechend darum, die Klient*innen – in diesem Fall Heranwachsende – den auf dem Arbeitsmarkt herrschenden Bedingungen und damit ökonomischen Erfordernissen anzupassen. Selten wird dieser Zusammenhang offensiv affirmiert – häufig jedoch, wie in diesen Beispielen, durch Nichtthematizierung bestätigt.

In Anbetracht sowohl der hier kurz angerissenen Beispiele als auch der in Kapitel 3.3 herausgearbeiteten doppelten Perspektive auf Lohnarbeit bei Adorno – die Kritik der Integration als Integration *in* Lohnarbeit sowie die Kritik der Integration als Integration *durch* Lohnarbeit – scheint die Soziale Arbeit für eine tiefgreifende Kritik in Anschluss an Adorno geradezu prädestiniert zu sein. Auch erscheint die Beschreibung der Schule in Hesses *Unterm Rad* – auch wenn es sich hier nicht um eine Institution Sozialer Arbeit handelt – wenig geeignet, ein positives Bild von mit Integration in Verbindung stehenden Institutionen im Allgemeinen zu zeichnen. Entsprechend gelingt es dem Protagonisten des zweiten „Fallbeispiels“, Andreas Egger, eben gerade in der Abwesenheit moderner Institutionen und weitgehend ohne eine tiefergehende gesellschaftliche Integration, ein stärker selbstbestimmtes Leben zu führen. Was also wäre mit Adorno zu folgern?

Auf Grundlage einer dialektischen Konzeption des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft kann ein grundsätzlicher Bruch mit der Idee der Integration und entsprechend mit den damit befassten Institutionen keine Lösung sein: Adorno hält in einem Gespräch mit Horkheimer fest, dass es zwar „nicht auf die Versöhnung von Individuum und Gesellschaft“ (Adorno/Horkheimer 2004: 501) ankomme, aber „darauf, daß mit der Emanzipation der Gesellschaft jedes ihrer Mitglieder emanzipiert wird“ (ebd.).²⁶⁸ Eine individuelle Emanzipation kann insofern nur mit und in der Gesellschaft erfolgen. Sofern individuelle Handlungsfähigkeit und Urteilskraft gesellschaftlich vermittelt sind, ist Autonomie nicht ohne Gesellschaft und somit nicht ohne Integration des Individuums zu denken: „[I]n dieser [Gesellschaft, K. R.] steht es für die bessere ein“ (Adorno/Horkheimer 2004: 500) – die gegenwärtige Gesellschaft ist folglich als Ausgangspunkt jeglicher emanzipatorischer Bestrebungen zu akzeptieren.

268 Offenbar handelt es sich dabei um eine Reminiszenz an die Forderung aus dem *Manifest der kommunistischen Partei* nach Etablierung einer „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Marx/Engels 1997: 43).

Dieser Zusammenhang erscheint unauflösbar: Besagte emanzipatorische Perspektive ist nur als doppelte zu denken, in der eine Emanzipation der Gesellschaft mit der Emanzipation der Individuen zusammenfällt. Entsprechend scharf muss eine Absage an die Idee einer Integration ausfallen, die das Ziel einer Anpassung der Individuen an die Gesellschaft in den Vordergrund rückt – vielmehr ist mit der Emanzipation auch eine Perspektive verbunden, die über die Strukturen der Gegenwartsgesellschaft hinausweist. Angesichts der negativen Prognose, die Adorno im Hinblick auf eine mögliche aktive Veränderung der gesellschaftlichen Situation stellt, erscheint seine intensive Beschäftigung mit Fragen von Pädagogik und Erziehung entsprechend folgerichtig. So korrespondieren seine Forderungen an Pädagogik auch mit der Perspektive der Emanzipation: Die Sicherstellung der individuellen Autonomie und die Stärkung der Subjekte gegenüber gesellschaftlichen Zumutungen – eine grundlegend andere Perspektive als die einer auf die Erfüllung und Durchsetzung der Lohnarbeitsnorm fixierten Sozialen Arbeit. Entsprechend ist darauf zu insistieren, dass Integration auch begrifflich nicht vorbehaltlos zu affirmieren, sondern in ihrem konkreten sozialen und zeitlichen Kontext zu fassen und so immer wieder neu zu bewerten ist.

Im Folgenden sollen nun die letzten zehn Jahrgänge der Zeitschrift *Widersprüche* durch intensive Lektüre auf Aussagen zu Lohnarbeit und Integration hin untersucht werden; eine Zeitschrift, in der die kritische Analyse der Gesellschaft und die Kritik einer affirmativen Sozialen Arbeit eine zentrale Rolle einnehmen. Im Zentrum der Beschäftigung mit den dort erschienenen Artikeln steht die Frage, inwieweit die in der vorliegenden Arbeit herausgearbeiteten Aspekte auch in jenen Berücksichtigung finden und ob Anknüpfungspunkte aufgezeigt werden können, die sich mit Hilfe der Position Adornos zu Lohnarbeit und Gesellschaft kritisieren oder präzisieren lassen. Um einerseits diesen Teil dem Rahmen der Arbeit entsprechend einzugrenzen und andererseits Aktualität zu gewährleisten, wird sich die Auseinandersetzung auf die Zeitschriftenausgaben der letzten zehn Jahre beschränken. Dabei wurden für die Auswahl der relevanten Artikel die online einsehbaren Inhaltsverzeichnisse genutzt, indem die dort aufgeführten Titel auf die Begriffe „Arbeit“, „Lohnarbeit“ und „Erwerbsarbeit“, aufgrund des engen thematischen Zusammenhangs (vgl. Kap. 4) aber auch auf „Integration“ und „Inklusion“ hin untersucht wurden. Ältere Jahrgänge, die auf der Homepage in Gänze als Dokument heruntergeladen werden können, wurden mit Hilfe der Suchfunktion auf eben jene Begriffe hin durchsucht. Die auf diese Weise gefundenen relevanten Artikel wurden dann in Bezug auf die Fragestellung analysiert.

Dieses Vorgehen soll es ermöglichen, Ansätze in Theorien und Konzepten Sozialer Arbeit zu identifizieren und auszubauen, in denen sich die in der Beschäftigung mit Adorno und den literarischen „Fallbeispielen“ gewonnenen Forderungen an Pädagogik widerspiegeln. Zugrunde liegt die Annahme, dass in einer sich als kritisch verstehenden Sozialen Arbeit, zumal in einer sich explizit als sozialistisch verstehenden Zeitschrift, auch eine kritische Reflexion der Lohnarbeitsnorm Platz finden dürfte. Positiv hervorzuheben wären demnach Ansätze Sozialer Arbeit,

- in denen eine kritische Auseinandersetzung mit der Zielstellung der Integration in Lohnarbeit stattfindet,
- die auf eine Praxis zielen, die über Verdinglichung und Affirmation hinausweist,
- in denen gesellschaftliche Zumutungen gegenüber den Individuen zurückgewiesen werden, die auf deren Reduzierung auf Träger*innen von Arbeitskraft zielen,
- in denen der Begriff der individuellen Freiheit in Abgrenzung zu bloß ökonomischen Freiheitskonzepten in den Mittelpunkt gerückt wird und
- in denen eine Reflexion der Anteile Sozialer Arbeit an diesen Phänomenen stattfindet.

Entsprechend sind umgekehrt Ansätze zu kritisieren, in denen eine solche Reflexion nicht stattfindet.

Integration wird in den untersuchten Texten entsprechend ihrer herausgehobenen Bedeutung für die Soziale Arbeit häufig thematisiert. Oft geschieht dies im Zusammenhang mit dem Inklusionskonzept, das in den letzten Jahren in Bildung und Erziehung stetig an Bedeutung gewonnen hat (vgl. Rathgeb 2014: 42). Inklusion im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung an der Gesellschaft (vgl. ebd.: 41) wird dabei oft auf die gemeinsame Beschulung aller Schüler*innen und einen damit verbundenen Ausbau der Regelbeschulung auch für Schüler*innen mit Behinderung reduziert. Rathgeb beschreibt Inklusionskonzepte als Weiterentwicklung von klassischen Konzepten der Integration von Schüler*innen mit Behinderung in die Regelbeschulung (vgl. ebd.). Die Begriffe Inklusion und Integration treten hier im Rahmen eines konkreten Beispiels aus der (sozial-)pädagogischen Praxis auf, das einen Ausschnitt aus der gesellschaftstheoretischen Betrachtung repräsentiert. Insofern muss zwar zunächst zwischen dem makrosoziologischen Blick auf Integration/Inklusion und Konzepten für Inklusion/Integration unterschieden werden; dennoch lassen sich in der Betrachtung dieses Ausschnitts aus der gesellschaftlichen Wirklichkeit Parallelen zu Trends auf

der Makroebene aufzeigen. So stellt Rathgeb die Inklusionsdebatte im Bildungsbereich in einen engen Zusammenhang mit neoliberalen Aktivierungs- und Individualisierungsstrategien, die auch in anderen Bereichen von Pädagogik und Sozialer Arbeit Einzug gehalten haben. Sie diagnostiziert in der Debatte ein grundlegendes Problem: Die starke Betonung einer auf das Individuum zurückführbaren Differenzlinie²⁶⁹ und darauf ausgerichtete Bemühungen führen zu einer Individualisierung gesellschaftlicher Probleme, während vertikale gesellschaftliche Differenzen, also sozioökonomische Ungleichheiten, unbeachtet bleiben (vgl. ebd.: 45).

Ähnlich kritisch gegenüber aktuellen Inklusionsansätzen argumentiert Wohlfahrt. So sei es zunehmend zur Aufgabe der Schulen geworden, durch Gleichbehandlung aller Schüler*innen „deren Tauglichkeit für den Arbeitsmarkt umfassender, weniger selektiv und ohne zusätzliche Aufwendungen“ (Wohlfahrt 2014: 21) herzustellen. Indem durch inklusive Beschulung mehr Kinder und Jugendliche den Zugangsbedingungen des Arbeitsmarktes angepasst werden, wird das Reservoir an Arbeitskräften tendenziell vergrößert. Dies erscheint besonders bemerkenswert, da die breite Thematisierung von Chancengleichheit im Bereich der Bildung einen Kontrast zur Verteilungsungleichheit in der ökonomischen Sphäre darstellt (vgl. Wagner 2011: 94). So ist die Vermutung naheliegend, dass eben jene Chancengleichheit im Erwerb von Bildungstiteln auch der Legitimation der Verteilungsungleichheit im Bereich der Lohnarbeit dient. Allerdings darf die dialektische Struktur des Phänomens der Inklusion nicht aus dem Blick verloren werden: Problematisch ist zweifellos nicht die erweiterte Ermöglichung des Zugangs zu Bildungsinstitutionen durch bisher marginalisierte Gruppen bzw. Individuen, sondern die Indienstnahme des Bildungsbegriffs für die Zwecke kapitalistischer Akkumulation, was den Chancen einer Verallgemeinerung von Bildung und einer damit zusammenhängenden Möglichkeit der „Entbarbarisierung“ (Adorno 1971: 120) entgegensteht. Dies gilt auch für die Soziale Arbeit: Bezieht sie sich, wie weit verbreitet, positiv auf herrschende Konzepte von Integration und Inklusion, wird Inklusion in das auf Erwerbsarbeit ausgerichtete Bildungssystem zu ihrer eigenen Aufgabe. Dies betrifft nicht nur die Schulsozialar-

269 Rathgeb kritisiert die Aufrechterhaltung der „medizinische[n] Kategorisierung“ (Rathgeb 2014: 45), die durch das Inklusionskonzept nicht durchbrochen wird. Damit schließt sie an eine Kritik der Einordnung körperlicher Einschränkungen als individuelle gesundheitliche Probleme an und verweist auf die sozialen Ursachen von Normalitätsvorstellungen, die sich in Behinderungen von Individuen äußern (vgl. ebd.: 46).

beit als den institutionell am stärksten an Schule angebotenen Bereich Sozialer Arbeit,²⁷⁰ sondern wirkt auch weit (unter anderem) in das Feld der Kinder- und Jugendhilfe hinein. Problematisch ist, dass durch die Fokussierung von gesellschaftlicher Teilhabe als Teilhabe an einseitig ausgerichteten Bildungsinstitutionen und am Arbeitsmarkt auch Soziale Arbeit faktisch an die dort herrschende Orientierung am Ideal der *employability* gebunden wird bzw. sich selbst bindet und deren normative Entscheidungen übernimmt oder zumindest mitträgt, wobei die unreflektierte Affirmation von Inklusion/Integration den grundlegenden Wertbezug darstellt.

Demgegenüber betont Scherr, dass die Unterscheidung zwischen Inklusion und Exklusion nicht normativ sein soll (vgl. Scherr 2015b: 115; Kap. 4.1.3), unterstreicht aber, dass Exklusion häufig mit problematischen Lebenssituationen verbunden sei. Angesichts der Lohnarbeitszentrierung des Wohlfahrtsstaates ein zunächst nachvollziehbares Argument, das allerdings zu einem Zirkelschluss führt: Erst durch die bewusste Ausrichtung von Risikoabsicherung an Lohnarbeit wird Exklusion aus dieser zum Problem. Weiter legt Scherr Wert auf die Feststellung, dass Sozialstaatlichkeit – und damit auch Soziale Arbeit – nicht ausschließlich auf die Arbeitsmarktintegration von Individuen reduzierbar sei, sondern auch dekommodifizierend wirke (vgl. ebd.: 117). Dies ist historisch betrachtet richtig: So hat die Etablierung sozialstaatlicher Mechanismen eine Dekommodifizierung von Arbeitskraft und insofern auch eine erhebliche Minderung der individuellen und gesellschaftlichen Folgen von gesundheitlichen oder für kapitalistische Gesellschaften typischen wirtschaftlichen Risiken bewirkt. Die bereits in Kapitel 4.1 beschriebenen politischen Maßnahmen zur Neuordnung des Sozialstaats zeigen jedoch eine starke Tendenz zu einer Rekommodifizierung der Arbeitskraft. Diese Tendenz ist angesichts ihrer Ubiquität und ihrer immensen Folgen gerade auch für die Soziale Arbeit

270 Für Wolf und Schmidt birgt aus schulischer Sicht eine „Kooperation mit der Sozialpädagogik die Chance, den Übergang in die Berufsausbildung bzw. Erwerbstätigkeit nach der Schulzeit zu unterstützen und die Integration in die Gesellschaft zu fördern“ (Wolf/Schmidt 2010: 316; ähnlich argumentiert auch Chassé 2013). Klar erkennbar ist auch hier die affirmative Bezugnahme auf gesellschaftliche Integration in und durch Lohnarbeit. Weiter argumentieren die Autoren: „Aufgrund der erweiterten Möglichkeiten zur individuellen Förderung sowie Bereitstellung von Bildungsanlässen und erzieherische Hilfestellungen können Sozialisations- und Lerndefizite kompensiert werden.“ (Wolf/Schmidt 2010: 319) Augenfällig ist hier die Betonung der Idee der Kompensation gesellschaftlicher Widersprüche durch die Soziale Arbeit, die letztlich auch ein Element der Legitimation eben jener Unterschiede darstellt.

kein Randphänomen, sondern zum Ausgangspunkt einer adäquaten Analyse zeitgenössischer Sozialstaatlichkeit und ihrer Verbindung zur Sozialen Arbeit zu machen. So ist zu reflektieren, dass sozialstaatliche Entwicklungen als Instrument der Politik in der Regel ökonomischen Bedürfnissen folgen und somit nicht von vornherein der Kritik enthoben sind.²⁷¹

Dass eine problematische Festschreibung des Zusammenhangs von Inklusion/Integration und Lohnarbeit nicht auf den Bereich Bildung beschränkt ist, zeigen Fuchslocher und Ziegler. Sie thematisieren Inklusion im Kontext der Bemühungen des zuständigen Bundesministeriums um eine Reform des SGB VIII im Jahr 2016. Im Entwurf des so genannten Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes wurden Inklusion als Pflichtaufgabe und Teilhabe als Ziel von Jugendhilfe definiert (vgl. Fuchslocher/Ziegler 2017: 74). Teilhabe wird in diesem Gesetzentwurf als Möglichkeit zur Interaktion der Kinder und Jugendlichen innerhalb der sie betreffenden Lebensbereiche, vor allem Schule und Berufswelt, beschrieben. Fuchslocher und Ziegler kritisieren die damit zusammenhängende einseitige Verpflichtung der Individuen auf gesellschaftliche Normen, während etwa Möglichkeiten, eigene Lebensentwürfe zu verfolgen und zu realisieren, keine Erwähnung finden. Sie betonen weiter, dass ein solches Konzept von Teilhabe an herrschende neoliberale Strategien der Aktivierung anschlussfähig ist, insofern „eine Verhinderung von ‚sozialer Exklusion‘ mit der ‚Teilhabe‘ an Bildungsinstitutionen und der Befähigung zur Mindestteilnahme am Arbeitsmarkt“ (ebd.: 80) gleichgesetzt wird. Die Kritik der Autoren zielt hier entsprechend unter anderem auf den Versuch der Festschreibung der engen Verbindung von Lohnarbeit und gesellschaftlicher Integration auch in der Kinder- und Jugendhilfe und einer damit einhergehenden Marginalisierung der Lebensweltorientierung in der Sozialen Arbeit.

Lenz, Verlage und Kolbe zeigen ähnliche Tendenzen in der Praxis der vielerorts entstandenen kommunalen Jugendberufsagenturen auf, in denen Vertreter*innen unter anderem von JobCenter und Jugendamt gemeinsam an der Integration Jugendlicher in Ausbildung und Arbeit wirken. Die Autor*innen kommen zu dem Schluss, dass der pädagogische Auftrag der Jugendberufsagenturen durch Lohnarbeitszentrierung, also

271 Ähnlich argumentiert auch Wagner: Er gesteht der sozialstaatlichen Organisation zwar einerseits den Versuch des Ausgleichs zwischen den tendenziell widersprüchlichen Polen von Kapitalismus und Demokratie zu, verweist aber andererseits darauf, dass es dabei eher um den Erhalt des status quo als um die Verallgemeinerung von Menschen- und Bürgerrechten geht (vgl. Wagner 2013: 68f.).

durch eine Priorisierung der Vermittlung in Lohnarbeit, konterkariert wird (vgl. Lenz/Verlage/Kolbe 2018: 114). Konzepte der Integration – im Text synonym zu Lebensweltorientierung gefasst – könnten den Autoren zufolge zwar tendenziell einen Gegenentwurf zur Erwerbsarbeitszentrierung in der Jugendberufshilfe darstellen, werden in der Praxis aber für Aktivierungsstrategien nutzbar gemacht. So besteht in einem solchen Arbeitszusammenschluss die Gefahr, dass pädagogische Aspekte lediglich instrumentell eingesetzt werden, um eine Nutzbarmachung der individuellen Arbeitskraft zu ermöglichen. Ein von Wagner und Götzelmann interviewter Sozialarbeiter mit langjähriger Berufserfahrung im Bereich der Jugendberufshilfe macht auf die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in diesem Berufsfeld aufmerksam; seine Arbeit in einer darauf ausgerichteten Beratungsstelle kommentiert er folgendermaßen: „[D]iese Begleitung [...] mit der Orientierung auf ein Ausbildungsplatz für Jugendliche, die ausgegrenzt werden, ist eigentlich Jugendliche verarschen, ne?“ (Wagner/Götzelmann 2017: 76, Auslassung im Original) Aufgrund der strukturellen Bedingungen kann eine individualisierende Perspektive seiner Meinung nach kaum hilfreich sein, da so die gesellschaftlichen Realitäten ignoriert werden. In den Worten des Befragten: „Wenn ihr des alles gut könnt, kriegt ihr en Ausbildungsplatz. Alles Lüge.“ (ebd.) In dieser Äußerung zeigt sich auch eine Infragestellung des Sinns der eigenen Arbeit: Eine Integration in Erwerbsarbeit, die über kurzfristige Engagements im Niedriglohnsektor hinausgeht, scheint auch bei aller geforderten individuellen Anstrengung angesichts der makroökonomischen Entwicklungen für viele Klient*innen Sozialer Arbeit kaum realistisch – die Aufrechterhaltung des Versprechens von gelingender Arbeitsmarktintegration durch entsprechende Maßnahmen ist also fachlich fraglich.

Steinacker, der die Praxis von sozialarbeiterischen Maßnahmenträgern im Bereich der Arbeitsvermittlung in den Blick nimmt, bezeichnet dieses Arbeitsfeld als ein „System [...], das sich nur noch um sich selbst dreht“ (Steinacker 2012: 115); im Fokus der Arbeit stünden vor allem diejenigen, die bereits gute Voraussetzungen mitbringen, um sich erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt zu behaupten, während andere Betroffene kaum als interessante, da wenig gewinnversprechende Zielgruppe gelten. Dabei identifiziert Steinacker widersprüchliche Tendenzen: Einerseits seien die Qualität der sozialpädagogischen Arbeit und die eingebrachte Empathie stark von den jeweiligen Mitarbeiter*innen abhängig (vgl. ebd.); andererseits seien die in diesem Bereich tätigen Organisationen und deren Mitarbeiter*innen nach § 61 SGB II verpflichtet, den JobCentern Sachverhalte mitzuteilen, die Auswirkungen auf die Leistungsauszahlung haben können (vgl. ebd.:

120). Soziale Arbeit wird somit auf das Mittel der Sanktionen verpflichtet, zu deren Umsetzung sie damit beiträgt – ungeachtet pädagogischer Erfordernisse und Konsequenzen.

In diesen und ähnlichen Diskussionen wird eine Diskrepanz deutlich zwischen einerseits einer Idee von Inklusion und Integration, die Selbstbestimmung ermöglichen soll, und andererseits einer repressiv wirkenden und auf Arbeitsmarktintegration zielenden Praxis, in der sich die Vorbehalte Adornos gegenüber der Integration der Individuen in die Gesellschaft zu bestätigen scheinen. Diesen Zusammenhang spricht auch Winkler an: Ihm zufolge zeigt sich im Inklusionsdiskurs der letzten Jahre weniger ein Ansatz zur Ermöglichung von Teilhabe als vielmehr ein „Zwang zur Mitwirkung“ (Winkler 2016b: 82); gefördert werde vor allem die Funktionalität der Individuen für die Gesellschaft (vgl. ebd.). So argumentiert Winkler, dass es bei Inklusion letztlich um die Integration in den Arbeitsmarkt gehe: „Die Zahl der Arbeitskräfte muss gesteigert werden – und sie sollen sich selbst danach drängen, indem ihnen das Bildungsversprechen eröffnet wird, während andere Lebensformen diskriminiert werden.“ (Winkler 2014: 32) Kritisiert wird, dass zum herrschenden Modus der gesellschaftlichen Integration durch Lohnarbeit keine gesellschaftlich akzeptierte und normativ etablierte Alternative existiert: Erwerbsarbeit ist – wie Adorno bereits erkannte – tatsächlich der Schlüssel zu weitergehenden Teilhabemöglichkeiten an und in der Gesellschaft (vgl. ebd.: 31). Die Fokussierung der Erwerbsarbeit als gesellschaftlich präferierter Modus der Integration innerhalb der Sozialen Arbeit ist somit nicht nur Ideologie, sondern hat ihre Wurzeln in der spezifischen Verfasstheit der kapitalistischen Gesellschaft. Durch die kritiklose Übernahme der Lohnarbeitsnorm wird diese auch durch Soziale Arbeit verschärft, die damit zur andauernden Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse beiträgt.

Demgegenüber ist eine Alternative zu etablieren, eine Soziale Arbeit, in der pädagogische Fragen im Mittelpunkt stehen, die über die Anpassung an ökonomische Erfordernisse hinaus geht. So wäre eine Orientierung am Subjekt, an einer „Idee von Freiheit, von Subjektivität und Autonomie“ (Winkler 2014: 35) vonnöten, die in der Inklusionsdebatte und ähnlichen Diskussionen marginalisiert bleibt. In den Worten Winklers: „Da scheint unkritisch Zusammenhang gefordert, wo Differenz praktisch ermöglicht werden muss.“ (ebd.: 39) Ermöglichung von Differenz würde für die Praxis Sozialer Arbeit dann vor allem bedeuten, sich weniger auf die Anpassung der Individuen an vorgegebene Maßstäbe zu konzentrieren, als vielmehr, sich an der Verwirklichung von Verhältnissen zu beteiligen, die es den Individuen erlauben, „ohne Angst verschieden sein“ (Adorno 2003a:

116) zu können – nicht zuletzt in und durch pädagogische Umgebungen, die das Entdecken und Verwirklichen von Individualität ermöglichen. Allerdings ist die Dialektik von Integration nicht aus dem Blick zu verlieren: Es ist zu reflektieren, dass eine Exklusion aus relevanten gesellschaftlichen Systemen in der Moderne oft mit Problemen im individuellen Leben verbunden ist, sodass Inklusion zweifelsohne die Wahlmöglichkeiten der individuellen Lebensführung erweitert und auch Bedingung für eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Verhältnissen ist.²⁷² Dieser Punkt führt zur Idee der Bildung bei Hegel zurück: Nur die Aneignung und die Erkenntnis der Welt ermöglicht ein Zurechtfinden in ihr, was wiederum Bedingung für ihre Bearbeitung im Sinne einer Veränderung ist – in allen möglichen Hinsichten.

Nicht an Adorno, sondern direkt an Marx knüpfen May und Kunstreich – dieser zusätzlich an Guattari – an, wenn sie Arbeit in einem sehr weiten Sinn – ausgehend von der Unterscheidung zwischen toter und lebendiger Arbeit – thematisieren. So ist der Kapitalismus für May eine „Ökonomie toter Arbeit“ (May 2014: 20, kursiv im Original), die über die lebendige Arbeit herrscht. Dies schließt unmittelbar an Marx an: Konkrete Tätigkeit, also lebendige Arbeit, wird zu toter Arbeit, indem sie sich etwa in Maschinen oder auch in Kapital materialisiert; in diesen Erscheinungsformen wirkt tote Arbeit massiv auf die lebendige Arbeit zurück. So muss sich die konkrete Arbeit den Maschinen anpassen, die den Arbeitsprozess zunehmend bestimmen, während das akkumulierte Kapital die gesellschaftliche Macht derjenigen vergrößert, die sich das Kapital fortlaufend aneignen – nicht zuletzt über diejenigen, die das Kapitel im Wortsinn erarbeitet haben. Der Arbeitsbegriff nun ist bei Kunstreich wie auch bei May sehr weit gefasst und bezieht sich auf jeglichen durch Menschen bewusst oder unbewusst initiierten Herstellungsvorgang: So zählen etwa Werte, Normen und auch Sprache als tote Arbeit, auf die auch während der Verrichtung lebendiger Arbeit immer wieder rekurriert werden muss. Kunstreich bezieht dies auf (mehr oder weniger) spontane Handlungen Jugendlicher, in denen er gesellschaftliche Hierarchien in Frage gestellt sieht (vgl. Kunstreich 2016: 42), May thematisiert durch emotionale Interaktionen ermög-

272 Hier zeigt sich auch die Ambivalenz der Forderung einer theoretisch verkürzten Lebensweltorientierung, Jugendliche für die offenen Arbeitsverhältnisse der Gegenwart kompetent zu machen: So steht die Ermöglichung einer gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft der Gefahr gegenüber, die Individuen in prekäre Beschäftigung zu zwingen, ohne gesellschaftliche Alternativen denkbar zu machen.

lichte „Begegnungsmomente“ zwischen Klient*innen bzw. Patient*innen auf der einen und Professionellen auf der anderen Seite (vgl. May 2014: 33). In Mays wie auch in Kunstreichs Ansatz wird betont, dass Aneignung und Veränderung der Welt durch konkrete menschliche Tätigkeit, also Arbeit geschehen, die ihrerseits nicht mit Lohnarbeit gleichzusetzen ist. Insofern liegt es nahe, hier vor allem einen Rückgriff auf Hegel und die Entfaltung der Entfremdungsthematik beim frühen Marx zu sehen, da zunächst eine Erweiterung des Arbeitsbegriffs über die bei Marx später im Zentrum stehenden Topoi hinaus erfolgt, bevor die marxische Analyse von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften in die Überlegungen einbezogen wird. Somit findet die für Adorno zentrale Abkehr vom Aktivitätsideal hier nicht statt – im Gegenteil: Arbeit – insbesondere bei einer solch weiten Fassung des Begriffs, wie sie bei Hegel sowie später bei May und Kunstreich Verwendung findet – kommt eine wichtige Funktion in der Veränderung und Überwindung gesellschaftlicher Realitäten zu. Aus dieser Perspektive wäre dann „nicht die Arbeit, sondern die Lohnarbeit als Arbeit für andere das Problem“ (Richter 2016: 58).²⁷³ In dieser Sichtweise wird jedoch übersehen, dass auch Gefühle gesellschaftlich präformiert und den Individuen nicht unmittelbar zugänglich sind, sondern vielmehr im sozialisatorischen Prozess angeeignet werden. Insofern können emotionale Beziehungen zwischen Klient*innen und Professionellen unter gegebenen Bedingungen nicht uneingeschränkt als positives (oder gar wirklich individuelles) Gegenbild zu Machtstrukturen gesetzt werden – zu erinnern ist nicht zuletzt an Adornos Warnung davor, Emotionen „künstlich“ in die professionelle Beziehung einzubringen (vgl. Kap. 3.2.3); ihr Vorhandensein einzufordern käme allerdings einem solchen Vorgehen gleich.²⁷⁴ Insofern sind stattdessen das Fehlen und die Reflexion des emotionalen Zugangs zu thematisieren.

273 Diese Perspektive scheint in den untersuchten Texten die bestimmende zu sein. Einzig in einem Text von Leitner lässt sich eine positive Erwähnung von Lohnarbeit finden, wenn der Blick auf die „emanzipatorischen Potenziale des Adult Worker Model [sic!], nämlich die Chance auf eine eigenständige Existenzsicherung über Erwerbsarbeit und die gleichberechtigte Partizipation von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt“ (Leitner 2017: 63), gelenkt wird. Allerdings macht Leitner ebenso klar, dass der „Vorrang der Erwerbsarbeit“ (ebd.: 64) sowie die „Reproduktionsblindheit“ (ebd.: 62) des Adult Worker-Modells kritisch zu hinterfragen sind.

274 Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass solche Momente nicht entstehen können – dies kann allerdings nur spontan, nicht jedoch methodisch geleitet geschehen.

Die Differenzierung zwischen allgemeiner menschlicher Tätigkeit und Lohnarbeit verweist hingegen auf die Notwendigkeit einer Differenzierung zwischen verschiedenen Formen und Ebenen von Arbeit. Arbeit kann z. B. auf den Endpunkt dialektischer Entwicklung – und damit auf ihre Abschaffung – hin orientiert sein oder dem durch ihre eigene Überhöhung entgegenstehen; sie kann zweckfrei sein oder der Produktion von Mehrwert dienen. Ebenso kann Arbeit – im weiten Sinne – auch kreative oder emotionale Handlungen umfassen oder zur Disziplinierung eingesetzt werden. Dies entspricht einem ausdifferenzierten Arbeitsbegriff, der wieder stärker auf inhaltliche und letztlich anthropologische Aspekte zurückführt und damit die für den Kapitalismus typische Verengung auf in diesem Sinne ökonomisch produktive, also Kapital produzierende Arbeit zurücknimmt. Es fällt auf, dass sich damit zwei Perspektiven gegenüberstehen, die in der vorliegenden Arbeit bereits angesprochen worden sind: Diese Differenzierung war ein zentrales Resultat der Gesellschaftsanalyse von Marx. Ein so allgemeiner Arbeitsbegriff wie derjenige Hegels konnte und kann angesichts der Dominanz der Lohnarbeit und des damit einhergehenden Absehens vom konkreten Inhalt zugunsten der ökonomischen Verwertbarkeit der Arbeit nicht aufrechterhalten werden. Insofern erscheint die allgemeine Rede von „Arbeit“ im Zusammenhang mit Theorien der Sozialen Arbeit äußerst problematisch. Schließlich ist Soziale Arbeit in einen konkreten sozialen und historischen Kontext eingebettet, weshalb eine solche Begriffsverwendung die gesellschaftliche Wirklichkeit und damit auch die Bedingungen, unter denen Soziale Arbeit vollzogen wird, zu verfehlen droht. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, auch die gesellschaftlichen Umstände Sozialer Arbeit in den Blick zu nehmen, was in einigen der untersuchten Texte ebenfalls geschieht.

Englert, Grimm und Sondermann etwa, die mit Pongratz und Voß von einer „*Hyperarbeitsgesellschaft*“ (Englert/Grimm/Sondermann 2012: 11, kursiv im Original) sprechen, in der eine zentrale Stellung der Erwerbsarbeit immer rigorosier erzwungen und somit für die meisten Individuen alternativlos wird, plädieren für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), um alternative Formen der Vergesellschaftung und somit eine größere Unabhängigkeit der Individuen von Lohnarbeit zu ermöglichen. Ähnlich argumentiert Praetorius, die sich für eine „Neukonzeption des Ökonomischen“ (Praetorius 2014: 110) durch die Einführung eines BGE ausspricht, da die Bedürfnisbefriedigung auf diese Weise allgemein besser sichergestellt werden könne als durch eine Verteilung,

die einzig auf Lohnarbeit fußt.²⁷⁵ Auch Sünker betont im Hinblick auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen die Notwendigkeit einer transformatorischen Perspektive (vgl. Sünker 2018: 12f.), nicht zuletzt aufgrund der wieder stärker zutage tretenden Widersprüche zwischen auf private Vorteile zielendem Kapitalismus einerseits und tendenziell auf Gleichheit zielender Demokratie andererseits²⁷⁶ (vgl. ebd.: 20). Duchrow hingegen argumentiert mit dem Widerspruch zwischen Gewinnmaximierung und Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, kommt aber zu einem ähnlichen Schluss wie Sünker: dass nämlich eine Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems nötig ist, um ein dauerhaftes Überleben menschlicher Zivilisation zu ermöglichen (vgl. Duchrow 2018: 78).

Auch Rückgriffe auf klassische genossenschaftliche²⁷⁷ Konzepte lassen sich in den untersuchten Texten finden. Kunstreich etwa plädiert ausdrücklich dafür, *Commons* – Gemeingüter – genossenschaftlich zu produzieren und bereitzustellen (vgl. Kunstreich 2015). Damit geht explizit eine Kritik an der derzeitigen Sozialpolitik einher. So stellt Kunstreich klar, dass „[...] kein Arbeitsloser zu Arbeiten gezwungen werden [darf], die er nicht machen möchte“ (ebd.: 88). Auch der Ansatz von Segbers lässt

275 Blaschke positioniert sich ähnlich positiv zur Einführung eines BGE und arbeitet verschiedene feministische Positionen zu diesem Thema heraus (vgl. Blaschke 2014: 119ff.).

276 Richter nimmt diesen tendenziellen Widerspruch offenbar auf, wenn er für eine gesellschaftliche Teilung der Erziehungsaufgaben zwischen Schule, Sozialpädagogik und Familie plädiert: Während in der Schule eine Arbeitspädagogik vertreten werden soll, soll es in der Familie um „eine Bildung des Taktes bzw. des ‚guten Tons‘“ (Richter 2016: 58) gehen. Inhalt der Sozialen Arbeit soll hingegen eine *Vereinspädagogik* sein, die auf eine Erziehung zur Demokratie zielt. Abgesehen von der Frage, was passieren würde, wenn eine der genannten Instanzen – insbesondere die Familie – die ihr zugeordneten Aufgabe nicht erfüllt oder erfüllen kann, erscheint nicht zuletzt der Versuch der Befriedung des gesellschaftlichen Widerspruchs durch seine Verlagerung in den pädagogischen Bereich und eine entsprechende Aufteilung desselben problematisch und tendenziell affirmativ.

277 Eine Genossenschaft kann als „Zusammenschluss von Menschen, die sich in gleichen oder ähnlichen Problemlagen befinden und gemeinsam wirtschaftliche Lösungen suchen“ (Martens 2015: 40), bezeichnet werden. In einer Genossenschaft werden Waren oder Dienstleistungen gemeinschaftlich hergestellt (Produktivgenossenschaften) oder gemeinschaftlich organisiert (Fördergenossenschaften) und den Genossenschaftsmitgliedern zur Verfügung gestellt (vgl. ebd.). Notz verweist darauf, dass Genossenschaften seit Beginn der Arbeiter*innenbewegung eine ihrer wesentlichen Säulen bildeten, da mit diesen oftmals eine Möglichkeit verbunden wurde, eine alternative Form der Ökonomie zu etablieren (vgl. Notz 2014b: 100f.).

sich diesem Komplex zuordnen: Wenn er feststellt, dass – ähnlich wie bei einer Grundlegung durch den Anspruch einer gemeinsamen Produktion von *Commons* – vom Bedarf her zu denken ist (vgl. Segbers 2010: 16), so lenkt dies zum einen den Fokus unmittelbar weg von einer Priorität der Lohnarbeit, zum anderen erinnert eine solche Orientierung an Bedarfsdeckung an einen der wesentlichen Ansprüche Adornos in Bezug auf die gesellschaftliche Ökonomie als Ganze (vgl. Kap. 3).

In diesen hier zuletzt zitierten Beiträgen kommt eine Perspektive zum Vorschein, die weit über das Feld der Sozialen Arbeit bzw. der Sozialpädagogik hinausweist. So ist ihnen gemeinsam, dass in ihnen Zielvorstellungen für sozialpolitische oder gesamtgesellschaftliche Entwicklungen formuliert werden. Dies erscheint angesichts der gezeigten Einbindung der Sozialen Arbeit in die sozialstaatlichen Mechanismen zunächst folgerichtig: Schließlich wird ihre Autonomie häufig gerade durch gesellschaftliche, politisch festgelegte Regelungen begrenzt. Teils führt dies zu Abhängigkeiten von aktuellen politischen Strömungen oder Ereignissen, die weit in das pädagogische Feld selbst hineinwirken. Insofern ist es verständlich, in theoretischen Auseinandersetzungen mit Sozialer Arbeit auch ihre Rahmenbedingungen zu reflektieren: Eine solche Reflexion kann gezielt genutzt werden, um die Auswirkungen (sozial-)politischer Entscheidungen auf die sozialpädagogische Praxis transparent zu machen und Korrekturen zu erwirken. Diese Wirkung Sozialer Arbeit auf politische Prozesse ist durchaus gewünscht, wie sich etwa an den Vorgaben in § 71 SGB VIII zeigen lässt, durch den die Mitarbeit von Sozialarbeiter*innen in den kommunalen Jugendhilfeausschüssen gesetzlich geregelt ist. Insofern scheint die Expertise Sozialer Arbeit also gefragt – in der Politik ebenso wie in der (medialen) Öffentlichkeit. Winkler gibt jedoch zu bedenken, dass diese Entwicklung mit problematischen Aspekten verbunden ist. So komme es vermehrt zu Bündnissen mit Politik und Medien, die in einer Abhängigkeit von diesen münden (vgl. Winkler 2012: 208). Damit sei Soziale Arbeit „letztlich zu einer grundlegenden Kritik an der Gesellschaft nicht mehr in der Lage“ (ebd.) – ein Zustand der „*entpolitisiertende[n] Politisierung*“ (ebd., kursiv im Original), in dem Soziale Arbeit letztlich affirmativ wird: Schließlich sind in diesem oder ähnlichen Rahmen Möglichkeiten, weitreichende Veränderungen in der Struktur des gesamten Wohlfahrtsstaates anzustoßen, nicht vorgesehen. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass Mitwirkung auf Fragen der Ausführung von Beschlüssen beschränkt bleibt, über die an hierarchisch übergeordneten Stellen entschieden wird, wobei Verfahren und Ergebnis durch eng begrenzte Partizipationsmöglichkeiten

legitimiert werden.²⁷⁸ Ähnlich verbreitet und diesem Bereich zuzuordnen ist auch eine generelle Forderung nach Erhöhung staatlicher Ausgaben für die Soziale Arbeit, ohne deren Kontexte oder Inhalte zu thematisieren.

Einer solchen Instrumentalisierung und Affirmation steht die Gefahr gegenüber, „zwischen Hybris und Wirklichkeitsverdrängung“ (Fuchslocher/Ziegler 2017: 76) zu changieren, wie es Fuchslocher und Ziegler als mögliches Problem einer sich überschätzenden Jugendhilfe skizzieren.²⁷⁹ Wiederum ist an Adorno zu erinnern, diesmal allerdings an seine tiefe Skepsis gegenüber den realen Möglichkeiten tiefgreifender gesellschaftlicher Veränderungen durch politische Aktion. Dies soll und darf allerdings nicht als Absage an politische Praxis per se verstanden werden; wenn Adorno schreibt, dass „[d]ie fast unlösbare Aufgabe [...] darin [besteht], weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen“ (Adorno 2003a: 63), so ist dies nicht zuletzt auch als Aufforderung zu verstehen, die eigenen Möglichkeiten realistisch einzuschätzen, um sie adäquat nutzen zu können. Für eine solche Einschätzung wiederum sind zwei Faktoren maßgeblich: zunächst die Möglichkeiten, die innerhalb der gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen im Allgemeinen zur Verfügung stehen. Adorno sah diese im Nachkriegsdeutschland als sehr gering an;²⁸⁰ es wäre allerdings verfehlt, diese Analyse einfach zu übernehmen. Ob sich die Situation grundlegend geändert hat – und falls ja, in welche Richtung –, kann hier nicht geklärt werden. Vielmehr ist das Augenmerk in der vorliegenden Arbeit auf den zweiten Faktor zu rich-

278 Holm beschreibt solche Verfahren sehr anschaulich für den Bereich partizipativen Vorgehens in der Stadterneuerung. Er kommt zu dem Schluss: „Insbesondere ‚diskursorientierte‘ Politikstile, die Teilhabe und Partizipation versprechen, zielen auf eine Disziplinierung durch Verfahren [...]. So ist der schöne Schein der Partizipation letztlich vor allem eine Entpolitisierung, also die Verhinderung einer öffentlichen Debatte um die grundlegenden Voraussetzungen der gesellschaftlichen Entwicklung.“ (Holm 2010: 49).

279 Wörtlich heißt es im Text, eine Konzeption Sozialer Arbeit als Institution der Verwirklichung von Teilhabe „changiert zwischen Hybris und Wirklichkeitsverdrängung – jedenfalls solange wie die Kinder- und Jugendhilfe keine verbindlichen Weisungs- und Verfügungsrechte über die Schule und den Arbeitsmarkt hat“ (Fuchslocher/Ziegler 2017: 76).

280 Für die Kritische Theorie Adornos ist die Absage an die Möglichkeit substanzieller gesellschaftlicher Veränderungen durch politische Praxis konstitutiv. Insofern könnte die Beschäftigung mit pädagogischen Fragestellungen für eine Art der Verbindung von Pädagogik und Politik stehen, wie sie z. B. bei Mager auftritt (vgl. Müller 2005: 147f.). Im Gegensatz zu Magers Konzeption lässt sich bei Adorno daraus jedoch keine Präferenz für reformerische Ansätze gegenüber revolutionären gesellschaftlichen Veränderungen ableiten.

ten: auf die Möglichkeiten, die sich innerhalb der Sozialen Arbeit selbst bieten. Hier muss sich zeigen, ob aus der von einigen Theoretiker*innen formulierten Kritik – wenn auch nur sehr selten explizit an Adorno anknüpfend, oft jedoch zumindest in Teilen durchaus an diesen anknüpfbar – Schlüsse für die Theorie Sozialer Arbeit selbst gezogen werden können. Im Folgenden sollen nun einige Positionen aus den untersuchten Texten wiedergegeben werden, die in eine solche Richtung weisen.

Euler und Muhl etwa plädieren dafür, „gemeinsam mit den Adressat*innen Perspektiven zu schaffen, die über entfremdete Lohnarbeit hinausweisen“ (Euler/Muhl 2015: 38). Statt Lohnarbeit solle entsprechend „das Tätigsein in sinnstiftenden, solidarischen Zusammenhängen“ (ebd.: 38f.) ermöglicht werden. Ziel des Ansatzes, für den Euler und Muhl stehen, ist also – teils in bewusster Anlehnung an Marx, in der Regel jedoch zumindest implizit in Übereinstimmung mit dessen Ausführungen zu Lohnarbeit und Entfremdung – auf Basis einer Kritik der Lohnarbeit auf Alternativen aufmerksam zu machen. Dabei wird das bereits im Kontext gesellschaftlicher Perspektiven erwähnte Konzept genossenschaftlicher Organisation für die Soziale Arbeit fruchtbar gemacht. Ausdrücklich thematisieren Euler und Muhl die Organisation der Erbringung von Sozialer Arbeit, die – auch, um paternalistischen Tendenzen entgegenzuwirken – gemeinsam mit den Klient*innen genossenschaftlich organisiert werden könnte (vgl. ebd.: 36, Schmidt 2019: 37).²⁸¹ In diesem Ansatz sind also zwei Perspektiven enthalten: Der erste Aspekt bezieht sich auf die Frage der Erbringung der Sozialen Arbeit selbst, in der nun durch eine genossenschaftliche Basis eine gleichberechtigte Partnerschaft in der Hilfeerbringung erreicht werden soll, indem Soziale Arbeit als *Common* definiert wird. Der zweite Aspekt ist allgemeinerer Natur und erinnert an die Ansätze von Kunstreich und Segbers: Hier geht es um eine Integration von Klient*innen in Tätigkeiten, die sich durch ihre Erbringung innerhalb genossenschaftlicher Organisationsformen deutlich von Lohnarbeit abheben sollen.²⁸² Bei Rose

281 Eine Auseinandersetzung mit der Möglichkeit, genossenschaftliche Konzepte in der Sozialen Arbeit zu adaptieren, unternimmt auch Kirchner, der auf genossenschaftliche Ideen und Praxen bei Korczak aufmerksam macht und daraus konkrete Überlegungen zu Prinzipien von Genossenschaften im Allgemeinen entwickelt (vgl. Kirchner 2017: 128). Die Idee der Verbindung genossenschaftlicher Konzepte und Sozialer Arbeit ist also nicht neu.

282 Ähnliche Argumentationen lassen sich auch in anderen Publikationen finden. So meint Elsen, es seien „neue, integrierende Ansätze der Sozialpolitik und Sozialarbeit erforderlich, die lokales und bedarfsorientiertes Wirtschaften als sozialen Handlungszusammenhang fördern“ (Elsen 2008: 182). Nötig sei aller-

und Wulf-Schnabel äußert sich diese geforderte Abkehr von Lohnarbeit in dem Stichwort der „Gebrauchswertorientierung der ‚Hilfen‘ ohne Zwang zur Lohnarbeit“ (Rose/Wulf-Schnabel 2013: 93). Dies wird hier in eine enge Verbindung mit dem Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen gestellt, das sich u. a. im Recht einer „eigenen Problemdefinition“ (ebd.) durch die Klient*innen äußern soll und einige Konsequenzen für die Erbringung der Hilfen impliziert. Entsprechend ist die Lohnarbeitszentrierung in vielen Feldern Sozialer Arbeit unter den Vorbehalt des Wunsches der Betroffenen zu stellen. In der Betonung der Organisationsform von Arbeit zeigt sich eine Kontinuität zu Ansätzen, die an die Differenzierung zwischen toter und lebendiger Arbeit anknüpfen und sich unter Betonung der emanzipatorischen Potenziale klar auf die Seite der Letzteren stellen.

Eine positive Bezugnahme auf lebendige Arbeit und eine darauf aufbauende Etablierung neuer Perspektiven sind – wie bereits angedeutet – mit Schwierigkeiten verbunden. Schütte macht darauf aufmerksam, dass lebendige Arbeit wie auch das Individuum zunehmend in einem nicht gekannten Ausmaß zu Objekten der Produktion werden (vgl. Schütte 2018: 32): Die immer engere Verbindung von Erwerbs- und Privatleben führt zu einer steigenden Entfremdung und einer Instrumentalisierung des privaten Bereichs; „Individualität wird somit zur neuen Produktivkraft.“ (ebd.: 35) Diese Erkenntnis kann nicht ohne Folgen für die Soziale Arbeit bleiben, insbesondere wenn, wie hier vorgeschlagen, das Subjekt und mithin Individualität in ihrem Zentrum stehen sollen. So besteht die Gefahr, dass auch eine Soziale Arbeit, die nicht im Dienst der Arbeitsmarktintegration steht, der kapitalistisch induzierten Individualisierung und Atomisierung Vorschub leistet; wenn das Individuum unter gegebenen Bedingungen immer der Gefahr ausgesetzt ist, für die Kapitalverwertung vereinnahmt zu werden, so ist Soziale Arbeit, die an und mit Menschen arbeitet – diese mithin zumindest tendenziell objektiviert – in Gefahr, dies zu unterstützen. Der bei Adorno beschriebene Vorrang des Objekts vor dem Subjekt, die Vorrangigkeit der Gesellschaft vor dem Individuum, das „selber durch

dings ein „Verständnis von Arbeit, welches dem Konzept der Ökonomie des Gemeinwesens zugrunde liegt, basiert auf einem erweiterten Blick auf gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit, die Nachbarschaftshilfe, Familienarbeit, Eigenarbeit, Tausch, Subsistenzwirtschaft, Kooperativarbeit, Erwerbsarbeit und Formen bürgerschaftlichen Engagements einbezieht“ (ebd.: 186), was etwa durch die Gründung von Genossenschaften ermöglicht werden könnte (vgl. ebd.: 193f.). Mason spricht sich dafür aus, solche Gründungen im Allgemeinen gegenüber z. B. kommerziellen Start-Ups gesellschaftlich – z. B. über steuerliche Vergünstigungen – zu fördern (vgl. Mason 2017: 353).

den Druck der Gesellschaft entstanden ist“ (Adorno/Horkheimer 2004: 500), unterstreicht einerseits die Vereinnahmungstendenzen: Individualisierung ist ideologische wie reelle Voraussetzung für die Subsumtion des Individuums unter die Kapitalverwertung. Insbesondere die Einzelfallhilfe²⁸³ in der Sozialen Arbeit scheint geradezu prädestiniert, zum einen eine individualisierende Schuldzuschreibung zu erneuern und zum anderen die Individuen als isolierte, von der Gesellschaft unabhängige Monaden zu betrachten und die Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Verhältnissen und individuellem Verhalten zu negieren. Kurz: Soziale Arbeit begibt sich in ihrer Praxis zwangsläufig in die Nähe der ideologischen Reproduktion herrschender Bedingungen. Andererseits ist eine emanzipatorische Perspektive ohne Bezug auf das Individuum undenkbar. Dass diese Bezugnahme nicht unproblematisch ist, hat einen Grund unter anderem in der besonderen Art und Weise, auf die Individuen im Kapitalismus vergesellschaftet sind: Die kapitalistische Gesellschaft bindet ihre Subjekte als Konkurrent*innen um knappe bzw. verknappte Ressourcen oder – so auch im Falle der Arbeitskraft – als Anbieter*innen von Waren aneinander. Die Individuen werden gerade als Individuen, genauer als miteinander konkurrierende Individuen innerhalb des Kapitalverhältnisses diesem subsumiert und als solche unterdrückt. Die Steigerung der Verwertung des Subjekts führt letztlich dazu, dass auch Ideen von Selbstverwirklichung und Emanzipation im Sinne der Kapitalakkumulation nutzbar gemacht werden können (vgl. Brombach 2010: 59f.).

Aus der bisherigen Auseinandersetzung lassen sich zwei wesentliche Ansprüche an eine emanzipatorische Perspektive in der Sozialen Arbeit ableiten: Zum einen handelt es sich dabei um eine weitest mögliche Unabhängigkeit der Individuen von den sie tendenziell bedrohenden Institutionen, mithin also eine Stärkung der Individuen gegenüber gesellschaftlichen Übergriffen. Unter gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen ist sicherzustellen, dass sich Subjektivität nicht in individueller Arbeitskraft – und damit der Unterordnung unter das Kapitalverhältnis – erschöpft

283 Der Begriff „Einzelfallhilfe“ wird meist im Verbund mit den Begriffen „Gruppenarbeit“ und „Gemeinwesenarbeit“ genannt, die oft als die klassischen Methoden der Sozialen Arbeit bezeichnet werden, obwohl dies bereits seit längerer Zeit als inadäquat verstanden wird (vgl. Galuske 2013: 115ff.). So sind auch in der vorliegenden Arbeit mit diesen Begriffen keine spezifischen Methoden zu fassen; vielmehr sollen die Begriffe hier genutzt werden, um bestimmte „Konstellationen im Hilfeprozess [...], nämlich Hilfe für Einzelne, für Gruppen und für komplexere soziale Gebilde“ (ebd.: 120) zu bezeichnen, innerhalb derer spezifische Methoden zum Einsatz kommen.

und Integration nur der Durchsetzung des Arbeitsindividuums dient (vgl. Voswinkel 2012: 311f.; Sünker 2018: 20f.). Dies führt zum zweiten Aspekt: Eine Konzentration auf die Kategorien des Individuellen steht immer in der Gefahr der Instrumentalisierung durch ökonomische Imperative, wenn sie Vereinzelung oder Atomisierung Vorschub leistet. Entsprechend kann es nicht um eine Verabsolutierung des Individuums oder der Individualisierung an sich gehen; vielmehr sind konkrete alternative Formen der Vergesellschaftung und damit eben auch der Individualisierung zu thematisieren und als eigenständiger Bestandteil sozialpädagogischer Arbeit zu betrachten. Diese Perspektiven können unter den Schlagworten Individualität einerseits und Solidarität andererseits gefasst werden, die allerdings nur in ihrer Komplementarität zu fassen sind: Die Einbindung in soziale Zusammenhänge ist Voraussetzung für die Entfaltung von Individualität, die in Gegenwartsgesellschaften allerdings prekär wird (vgl. Winkler 2016b: 92). Eine ermöglichende Einbindung kann nur geschehen, insoweit es „Menschen möglich wird, ihre Freiheit gegen diese Gesellschaft zu verteidigen, als Freiheit in einer guten Gesellschaft“ (ebd.). Wie, so wäre entsprechend zu fragen, kann Soziale Arbeit auf die Ermöglichung von Freiheit in einem solchen Sinne zielen?

Einen wichtigen Hinweis liefert Sünker, demzufolge Soziale Arbeit emanzipatorisch wirken kann, „wenn sie sich als Bildungsarbeit versteht“ (Sünker 2015: 129). Mit diesem Rückgriff auf den Bildungsbegriff knüpft Sünker an eine lange sozialpädagogische Tradition an. So beruft sich nicht zuletzt Mollenhauer auf einen klassischen humanistischen Bildungsbegriff, der eine starke (idealistische) emanzipatorische, auf Demokratisierung zielende Komponente beinhaltet (vgl. Mollenhauer 1977: 111). Bildung wird hier immer auch als Bedingung eigenständigen kritischen Urteilens über gegebene gesellschaftliche Verhältnisse – also Mündigkeit – angesehen, was auch die Möglichkeit der Distanzierung von gesellschaftlichen Vorgaben impliziert und voraussetzt (vgl. ebd.: 10). Der Unterschied zu vorgestellten Konzepten von Inklusion und Arbeitsmarktintegration ist offensichtlich: Die Verengung von Bildung auf Ausbildung verweist Individualität allein auf Fragen der ökonomischen Verwertbarkeit subjektiven Handelns. Dem wäre eine Idee von Solidarität entgegenzusetzen, die diese Gegebenheiten aufnimmt und theoretisch und perspektivisch auch praktisch aufhebt. Ein wesentlicher Aspekt von Solidarität wäre dann die gegenseitige Anerkennung der Bedrohung, in der sich die Individuen befinden: die Drohung der Vereinnahmung des Individuums selbst durch die Bewegungen der kapitalistischen Produktion und Konsumtion und ihrer Auswirkungen auf die Gesellschaft insgesamt. Einem solchen Begriff

von Solidarität korrespondiert die Bestimmung Scherrers, nach der Solidarität von Konzepten wie Gruppenegoismus abzugrenzen ist: Solidarität zielt auf einen Zusammenschluss unterdrückter Menschen (vgl. Scherr 2019: 12) und bezeichnet – mit Rorty – die „Fähigkeit, auch Menschen, die himmelweit verschieden von uns sind, doch zu ‚uns‘ zu zählen“ (Rorty zit. n. Scherr 2019: 16). Weber hingegen betont die Gefahren, die mit der Idee der Solidarität einhergehen. So thematisiert er eine Tendenz solidarischer Verbindungen zu Repression nach innen und Abschottung nach außen (vgl. Weber 2019: 22). Mit Arendt bestimmt er politische Macht als „Fähigkeit, Unterstützungsbereitschaft zu gewinnen“ (ebd.: 29) und plädiert er für eine Verbindung der in der Gesellschaft verbreiteten Einzelinteressen, um politische Handlungsmacht zu gewinnen.²⁸⁴ Die Gefahr der Repression, die mit der Idee der Solidarität verbunden ist, wird auch von Adorno erkannt: „Solidarität kann zur Unterordnung nicht bloß des Einzelinteresses sondern selbst der besseren Einsicht verpflichten.“ (Adorno 2003a: 299f.) Dennoch ist der Atomisierung der Gesellschaft, wie sie in der kapitalistischen Moderne vorherrscht, etwas entgegensetzen. Diese Spaltung der Gesellschaft anhand von Klassenkategorien oder der Arbeitsteilung „lähmt die Praxis, auf die es ankäme“ (ebd.: 201) und ist somit zu überwinden. Die von Weber angesprochene Gefahr und deren Hypostasierung können mit Honneth auf einen Grundkonflikt zwischen verschiedenen Verständnisweisen von Freiheit zurückgeführt werden. Ihm zufolge ist es ein grundlegendes Anliegen sozialistischer Theoretiker des 19. Jh. – wie Marx –, „die individuelle Freiheit nicht als eine private Interessenverfolgung, sondern als ein solidarisches Sich-Ergänzen“ (Honneth 2016: 32) der Gesellschaftsmitglieder verstanden zu wissen. In Honneths Interpretation sozialistischer Ideen lässt sich ein Gedanke wiederfinden, der bereits bei Adorno auftauchte: die Forderung nach einer zentralen Stellung der Bedürfnisbefriedigung innerhalb der ökonomischen Sphäre. Solidarität zwischen den Individuen würde dann auf der Erkenntnis beruhen, „daß die menschlichen Bedürfnisse zu ihrer Befriedigung fast immer

284 Problematisch ist Webers Ansatz insofern, als er die Auswirkungen ökonomischer Unterschiede im Bereich der öffentlichen Meinungsbildung ignoriert und darauf insistiert, dass die Mobilisierung von Mehrheiten nicht an finanzielle Ressourcen geknüpft sei (vgl. Weber 2019: 29). Dabei übersieht Weber die enormen Auswirkungen des Lobbyismus auf politische Entscheidungen (vgl. Crouch 2008: 93f.), die „Vermischung von Werbung und Nachricht“ (Metz/Seeßlen 2016: 398) in den Medien sowie die immensen Möglichkeiten vor allem wirtschaftsnaher Organisationen, Medienkampagnen zu initiieren (vgl. Chomsky 2011: 73f.).

des komplementären Zutuns anderer Subjekte benötigen“ (ebd.: 38), sodass die Individuen letztlich „nicht bloß miteinander, sondern ‚füreinander‘ tätig“ (ebd.: 41) sind.²⁸⁵ Insofern müsste gesellschaftliche Solidarität individueller Freiheit nicht gegenüberstehen; vielmehr würden sich beide Aspekte durchaus gegenseitig bedingen, auch wenn die Gefahr der Vernachlässigung der „emanzipatorischen Seite der gleichen Freiheitsrechte“ (ebd.: 58) durchaus ernst zu nehmen sei. Sennett differenziert zwischen zwei verschiedenen Arten von Solidarität: Die eine Art wird mit eben jener skizzierten Gefahr des Zwangs assoziiert, der durch die starke Betonung von Einheit und eine klar hierarchische Struktur entsteht (vgl. ebd.: 60f.), während die zweite Art mit praktischer Kooperation einhergeht und vor allem das gemeinsame Handeln im sozialen Nahbereich fokussiert (ebd.: 64ff.). Interessant in diesem Zusammenhang ist vor allem die starke Betonung der konkreten kooperativen Praxis – lebendiger Arbeit – bei Sennett (vgl. ebd.: 267ff.), die eine gesellschaftliche Veränderung bewirken soll.

Dies erinnert unmittelbar an die Idee der Einbindung praktischer Solidaritätserfahrungen in die Soziale Arbeit, oder, mit May formuliert, „Menschen im Kontext Sozialer Arbeit zusammenzubringen, die gleiche Erfahrungen im Hinblick auf spezifische Begrenzungen der Verwirklichung ihrer menschlichen Subjektivität und ihrer sinnlichen Vermögen teilen“ (May 2019: 59). Nötig ist es also, konkrete substanzielle Erfahrungen zu ermöglichen und nicht bei der Vermittlung abstrakter Ideen stehen zu bleiben. Ins Auge fallen hier zunächst die Settings in der Gruppen- und der Gemeinwesenarbeit, die besonders geeignet erscheinen, Solidaritätserfahrungen zu initiieren. So scheint es kein Zufall, dass auch Sennett auf historische Beispiele aus der Sozialen Arbeit verweist, in denen eine kooperative Praxis im Zentrum steht. Er fokussiert Alinskys *Community Organizing* und Addams' *Settlementbewegung* mit ihrer Zielsetzung „der Förderung des Gemeinschaftsgeflechts“ (Sennett 2012: 80), das durch Kooperation die Basis für eine Umgestaltung der Gesellschaft bilden sollte. Aber auch in diesen Fällen darf die entgegengesetzte Perspektive, also die

285 Honneth antizipiert den Einwand, dass eine solche Konzeption auf kleine Gemeinschaften beschränkt bleiben müsse. Stattdessen verweist er auf Forschungsergebnisse, die zeigen, dass Solidarität nicht von persönlicher Bekannntschaft abhängt (vgl. Honneth 2016: 53). Dennoch ist auf die Gefahr eines Phänomens hinzuweisen, das Sennett als „Tribalismus“ bezeichnet; dieser „verbindet Solidarität gegenüber solchen, die einem ähnlich sind, mit Aggressionen gegen solche, die anders sind“ (Sennett 2012: 16). Insofern bestünde die Herausforderung darin, Solidarität zu schaffen, ohne eine aggressive Abschottung nach außen entstehen zu lassen.

des Individuums, nicht vernachlässigt werden. In der Gemeinwesenarbeit beispielsweise ist die grundsätzliche Kritik an ihrer möglicherweise harmonisierenden Wirkung zu reflektieren, die der Analyse und der Austragung realer gesellschaftlicher Konflikte entgegenstehen kann.²⁸⁶ Entsprechend muss es den Individuen möglich sein, sich innerhalb des Gruppenerlebens immer auch als Individuen – eben in der Differenz zur Gruppe – zu erleben und sich in der Differenz zur Mehrheit zu positionieren.

Umgekehrt sind in der Einzelfallhilfe Reflexionsmöglichkeiten oder – besser noch – Situationen konkret erfahrbarer Solidarität zu schaffen, die die ausschließlich individuelle Perspektive des Arbeitsansatzes zu durchbrechen helfen. Die bereits vorgestellten Ideen der genossenschaftlichen Initiativen könnten hier durchaus einen wichtigen Impuls liefern – sowohl in Form der Erbringung Sozialer Arbeit in gemeinsamen genossenschaftlichen Organisationen als auch im Hinblick auf die Integration von Klient*innen in eigenen Vereinigungen. Bezüglich genossenschaftlicher Organisationen sind allerdings auch die Probleme zu reflektieren, die damit einhergehen können, etwa die Gefahr der Selbstausbeutung, besonders bei der Notwendigkeit der Positionierung eigener Produkte oder Dienstleistungen auf einem kapitalistischen Markt. Auch ist zu bedenken, dass Probleme – wie innergenossenschaftliche ökonomische Abhängigkeiten – die individuelle Freiheit enorm beschneiden können. Notz verweist in diesem Zusammenhang auf Oppenheimers Befürchtung, dass Genossenschaften vor allem durch ökonomischen Erfolg Gefahr laufen, ihren Charakter so zu verändern, dass letztlich „kein qualitativer Unterschied zu kapitalistischen Unternehmen“ (Notz 2014b: 113) bestehe. So liefert auch Guerras empirische Untersuchung zu den Arbeitsverhältnissen in einer Produktivgenossenschaft Hinweise darauf, dass auch in Genossenschaften „prekäre Beschäftigungsformen und Selbstausbeutung“ (Guerra 2017: 197) anzutreffen sind. Dennoch können Genossenschaften Ansätze bieten, alternative, demokratische Formen des Lebens und Wirtschaftens zu erproben (vgl.

286 Schönig fasst diesen Konflikt in einer Differenzierung zwischen Gemeinwesenarbeit und Sozialraumorientierung, wobei Letztere eine Übernahme von Methoden der GWA in die städtische Verwaltungsarbeit bedeutet. Einer der wesentlichen Unterschiede zwischen beiden ist, dass Gemeinwesenarbeit tendenziell eher zur Austragung von Konflikten, Sozialraumorientierung stärker zur Harmonisierung tendiert (vgl. Schönig 2012: 33f.). Jedoch lassen sich auch innerhalb originärer Varianten von Gemeinwesenarbeit unterschiedliche Orientierungen bezüglich der Haltung zu Konflikten aufzeigen, die von einer Stützung des Sozialstaats bis hin zu expliziter Konfliktorientierung reichen (vgl. ebd.: 34ff.).

Notz 2014b: 116f.) und den Ausgangspunkt einer „Restitution sozialer Orte und Lebens- und Alltagswelten“ (Winkler 2015: 222) bilden. Winkler erörtert die Möglichkeit, auf „ganz neue Formen eines Lebens außerhalb der existierenden Gesellschaft“ (ebd.) hinzuwirken, die „mit Selbstverwaltung, mit geschlossenen Kreisen der Ökonomie, der gegenseitigen Unterstützung“ (ebd.) zusammenhängen. Angedeutet wird damit letztlich eine Art der Förderung von Inklusion in soziale Organisationen und Gruppen, die eng mit einer Exklusion der Klient*innen aus der Mehrheitsgesellschaft verbunden ist.

Die aufgezeigten, theoretisch mehr oder weniger stark ausgebauten Gegenentwürfe zur gegenwärtigen institutionalisierten Sozialen Arbeit teilen oft die – bewusste oder unbewusste – Tendenz der Transzendierung von Grenzen, die der Sozialen Arbeit durch die gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen auferlegt sind. In vielen Aspekten folgen sie der Erkenntnis, dass Erziehung eher der Anpassung der Individuen an die Gesellschaft als der Ermöglichung von Autonomie dient – ein Prozess, der in der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus auf ein Maximum gesteigert ist: Indem die Kapitalverwertung immer stärker auf das Innerste der Individuen zielt, sind diese auf wohl gehante, bisher aber kaum gekannte Art bedroht. Insofern scheint die Entwicklung von Alternativen folgerichtig, die in solch tiefem Gegensatz zur etablierten Sozialen Arbeit stehen: Schließlich bedroht die gesellschaftliche Entwicklung auch die pädagogischen Kategorien selbst. Für die Soziale Arbeit ist dies indes nicht allein eine theoretische Herausforderung: Zwar darf sich die Theorie der Praxis nicht in einem Sinne unterordnen, in dem die Theorie von vornherein durch Fragen der Praxis präformiert wird. Vice versa aber ist der in der Praxis angelegte Handlungsdruck auch in der Theorie zu reflektieren. Entsprechend ist der Vorwurf der Praxisferne von Theorie in abstrakter Allgemeinheit zwar verfehlt, enthält aber einen realen Kern: Erst die enge Verbindung von Theorie und Praxis im Bereich Sozialer Arbeit verleiht Fragen, wie der nach der Umsetzbarkeit theoretischer Konzeptionen oder nach den Auswirkungen theoretischer Konzeptionen auf die Praxis, ihre Dringlichkeit.

Zunächst ist zu betonen, dass auch und gerade im Sinne einer guten und reflektierten Praxis die theoretische Seite Sozialer Arbeit zu stärken ist; mit Adorno ist an die Unzulässigkeit einer strikten Trennung von Theorie und Praxis zu erinnern, die eben auch zu einer vertieften theoretischen Auseinandersetzung mit Sozialer Arbeit und der sie umgebenden Gesellschaft zwingt (vgl. auch Büschken 2017: 241). Ebenfalls zu erwähnen ist die Forderung von Gottuck, Guhl und Kroll, nach denen eine

„kritische Haltung als Ziel des erziehungswissenschaftlichen Studiums“ (Gottuck/Guhl/Kroll 2010: 63) zu definieren sei. Dies ist allerdings zu konkretisieren; so muss Kritik hier immer auch und vor allem Selbstkritik bedeuten – auf eine Analyse der eigenen Verstrickungen in die Kontinuität und die weitere Verbreitung verdinglichter gesellschaftlicher Verhältnisse kann also ebenso wenig verzichtet werden, wie auf eine grundlegende Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Problemen und deren Zusammenhang mit Theorie und Praxis Sozialer Arbeit.

Ein offensichtliches Beispiel für diese Problematik ist die Auseinandersetzung mit dem Thema der Individualität, das angesichts der fortgeschrittenen ökonomischen Verwertungsprozesse in sich äußerst widersprüchlich ist und sich somit einer unmittelbaren und vor allem unreflektierten Einbindung in theoretische Zusammenhänge entzieht. Böhnisch und Schröer z. B. legen dar, dass eine der Zeit angemessene „Identitätsarbeit“ (Böhnisch/Schröer 2018: 318) nur bedeuten könne, auf die Herstellung einer immer wieder neuen Identität abzielen, da die Herstellung einer festen Identität nicht mehr zeitgemäß sei; inwieweit es sich hier allerdings um eine adäquate Berücksichtigung gesellschaftlicher Entwicklungen oder eine Fortschreibung der Übermacht der Ökonomie handelt, bedarf einer eingehenderen Analyse, die hier allenfalls angedeutet werden kann. So steht die Gefahr der Übernahme ökonomischer Ansprüche nach unbedingter individueller Flexibilität bis ins Innerste der Subjekte hinein der Gefahr gegenüber, im Festhalten an nicht mehr (falls überhaupt jemals) erreichbaren Begriffen und Ideen, die ihre historische Wahrheit längst hinter sich haben, selbst einer nicht zeitgemäßen Theorie und Praxis nachzugehen, die in der Verfolgung von in der Theorie entworfenen Konstrukten hinter die marxische und damit auch Analyse der Gesellschaft durch Adorno zurückfallen.

Ähnliches gilt für die Frage nach der institutionellen Einbindung der Individuen. So besteht hier auf der einen Seite die Gefahr, Menschen in Institutionen „einzuschließen“ und sie auf Kosten ihrer Individualität anzupassen; auf der anderen Seite jedoch steht eine gesellschaftliche Realität, in der Freiheit vor allem in Zusammenhang mit den Möglichkeiten des Konsums betrachtet wird. In diesen Kontext fällt nicht zuletzt die bereits erwähnte Frage der Identitätsbildung, die sich längst kaum noch durch die individuelle Stellung in der Produktion als vielmehr durch die Stellung innerhalb der Sphäre der Konsumtion bestimmt. Entsprechend wäre es naiv, ein freies Aufwachsen außerhalb von Institutionen, wie es zu Zeiten Eggers – mit allen positiven und negativen Aspekten – durchaus noch möglich war, einem unbedingten Zwang innerhalb von Bildungs- und

Erziehungsinstitutionen entgegenzusetzen. Dies würde letztlich bedeuten, die Subjekte einer nur scheinbaren Freiheit zu überlassen, die vor allem durch Marketing und Werbung geprägt ist, die Kinder und Jugendliche in zuvor nicht erreichtem Ausmaß als Zielgruppe entdeckt und erschlossen hat. Barber macht z. B. auf die wachsenden Ausgaben von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden für Werbung aufmerksam, die zunehmend speziell auf Kinder ausgerichtet sei (vgl. Barber 2007: 20f.): „Die Vermarkter locken sie aus ihren Elternhäusern, um sie in eine erwachsene konsumistische Welt zu bringen, in der ihre Arglosigkeit sie besonders anfällig macht für kommerzielle Verführungen.“ (ebd.: 37) Dabei spielt nicht zuletzt eine Rhetorik der Autonomie und Ermächtigung eine Rolle, die von Seiten der Wirtschaft in Anschlag gebracht wird, um die Rolle von Kindern und Jugendlichen als Konsument*innen zu legitimieren. Barber arbeitet heraus, dass „[z]ur Marke gemachte Lebensstile [...] bis zu einem gewissen Grad zu Ersatzidentitäten geworden“ (ebd.: 172) sind. Entsprechend muss eine auf das Subjekt und dessen Bildung hin orientierte Soziale Arbeit Möglichkeits- und Erfahrungsräume schaffen, die es dem Individuum ermöglichen, eigene Maßstäbe für das Gelingen des eigenen Lebens und Ansätze einer eigenen Identität zu entwickeln, die einen Gegenentwurf zu den gesellschaftlich angebotenen Maßstäben der Identitätsfindung über Konsum oder eben auch über Lohnarbeit bilden können.

In einem solchen Sinn kann auch einer Forderung Büschkens nach einer „stärkere[n] Politisierung“ (Büschken 2017: 241) Sozialer Arbeit zugestimmt werden, die dann allerdings von der beschriebenen affirmativen Politisierung strikt abzuheben ist. Bildung kann (und muss) dann *auch* zu politischer Bildung in einem Sinn werden, der über affirmative Mitwirkung hinausgeht und auch bei Adorno anzutreffen ist: In Absetzung von einer möglichen – und durchaus denkbaren – Definition von Politik als Teil der Kulturindustrie betonen er und Horkheimer die Möglichkeit, dass Politik der „Inbegriff des Kampfes um die objektive Freiheit“ (Adorno/Horkheimer 2004: 495) sein könne. Eine Soziale Arbeit, die sich von einer vordergründig wertneutralen Instanz der Integration absetzt und eine genuin pädagogische Perspektive einnimmt, kann insofern nur kritische oder vielmehr gesellschaftskritische Soziale Arbeit sein. Für eine entsprechende politische Ausrichtung finden sich bei Adorno interessante Anhaltspunkte: So spricht er sich gegen Versuche aus, eigenes politisches Handeln universalistisch zu begründen, da dies einem „falschen Harmonieglauben“ (ebd.: 476) Vorschub leiste, also die Grundwidersprüche der kapitalistischen Gesellschaft theoretisch nivelliere. Adorno bringt demgegenüber „das Partikulare, die dem schlechten Ganzen widerstehende Orga-

nisation“ (ebd.: 475) ins Spiel – ein Partikulares, das um seine Partikularität weiß und mit entsprechenden Handlungen verbunden ist. Für die Soziale Arbeit etwa könnte dies die Übernahme einer klar parteilichen Position, vor allem ein Eintreten für die Perspektive von Klient*innen bedeuten – eine Erinnerung an die politische Idee der Randgruppenstrategie.²⁸⁷ Insofern müsste eine kritische Soziale Arbeit auch das Scheitern entsprechender Ansätze analysieren und reflektieren und das Ergebnis für eine eigene Konzeption auch politischer Praxis nutzbar machen. Ebenso sind die unweigerlich damit verbundenen Probleme zu reflektieren; so etwa die Gefahr eines politisch motivierten Expert*innentums, das wiederum zu einer Bevormundung von Klient*innen führen kann. Eine Reintegration der Klassenperspektive in die Soziale Arbeit, wie sie T. Wagner fordert (vgl. Wagner 2011: 83), birgt sowohl diese Gefahr einer Bevormundung als auch die Gefahr der Instrumentalisierung der Klient*innen für eigene politische Ambitionen. Auch wenn Honneth nicht die Soziale Arbeit, sondern Politik und Sozialwissenschaft adressiert, bleibt sein Argument gegen eine Fokussierung von Klassen oder Gruppen zu bedenken: So verweist er darauf, dass eine solche Fokussierung nur einen Ausschnitt herrschender Probleme repräsentieren kann (vgl. Honneth 2016: 115). Dennoch kann die theoretische Rückbindung an Klassentheorien – Wagner selbst schlägt einen Klassenbegriff in Anlehnung an Bourdieu vor (vgl. Wagner 2011: 91f.)²⁸⁸ – für die Soziale Arbeit durchaus von Nutzen sein, wenn der verwendete Klassenbegriff Raum für die Thematisierung verschiedener Formen gesellschaftlicher Unterdrückung lässt. Insbesondere das Bewusstsein

287 Marcuse fasst unter dem Begriff der Randgruppe „die Ausgebeuteten und Verfolgten anderer Rassen und anderer Farben, die Arbeitslosen und Arbeitsunfähigen“ (Marcuse 1972: 267), deren „Opposition [...] das System von außen [trifft]“ (ebd.) und daher nicht durch dieses System bestimmt sei. Im Widerstand von Randgruppen, so Marcuse, können „das fortgeschrittenste Bewußtsein der Menschheit und ihre ausgebeutete Kraft“ (ebd.: 268) zusammentreffen und so revolutionär wirken.

288 Bourdieu erweitert den marxistischen Klassenbegriff und geht über eine rein ökonomische Bestimmung hinaus: Klassen sind ihm zufolge „Ensembles von Akteuren, die homogenen Lebensbedingungen unterworfen sind – Bedingungen, die homogene Konditionierungen, Anpassungsprozesse also, auferlegen und Systeme homogener und wiederum ähnliche praktische Deutungsmuster hervorbringender Dispositionen erzeugen, und denen eine jeweilige Gruppe von Merkmalen gemeinsam ist: *objektivierte*, teilweise juristisch abgesicherte (Besitz an Gütern oder Macht) und *inkorporierte* Merkmale wie die klassenspezifischen Habitusformen“ (Bourdieu 2013: 175, kursiv im Original). Betont wird hier also nicht nur der individuelle soziökonomische Status einer Person, sondern auch dessen Zusammenhang zum jeweiligen Lebensstil.

über die Widersprüche in der Gesellschaft und deren Auswirkungen auf die Soziale Arbeit und ihre Klient*innen kann auch den Blick auf eigene Verstrickungen in Theorie und Praxis schärfen.

Segbers, der sich Forderungen nach einer Stärkung eines anwaltschaftlichen Ansatzes in der Sozialen Arbeit, der nicht nur ein Handeln *für*, sondern auch ein Handeln *mit* Klient*innen beinhalten soll (vgl. Segbers 2010: 18), grundsätzlich anschließt, betont die Bedeutung des Erbringungskontextes für die Möglichkeit der Umsetzung. In diesem Zusammenhang erörtert Segbers Fragen der Bündnispolitik, sowohl hinsichtlich gesteigerter politischer Einflussmöglichkeiten durch eine Suche nach externen Bündnispartner*innen (vgl. ebd.: 18f.), als auch im Hinblick auf eine Kooperation der verschiedenen Träger und Verbände innerhalb der Sozialen Arbeit. Diese, so Segbers, sollten sich zu den sie betreffenden ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen stärker positionieren und gemeinsam für bessere Bedingungen der Hilfeerbringung eintreten (vgl. ebd.: 18). Damit spricht Segbers einen zentralen Punkt an: Die verschärfte Konkurrenz unter den freien Trägern hat die Abhängigkeit derselben von öffentlichen Trägern immens erhöht. Die Bereitschaft, mit der eigenen inhaltlichen Ausrichtung politischen Vorgaben widerständige Konzepte entgegenzusetzen, dürfte eigenen ökonomischen Interessen entgegenstehen. Insofern scheint – obwohl auch hier Vereinzelung die individuelle Position letztlich schwächt – die Perspektive einer solchen Kooperation nicht allzu realistisch, zumal die ökonomischen Zwänge, in denen die Träger und Verbände stehen, oftmals an die Mitarbeiter*innen weitergereicht werden (vgl. Reinisch 2016: 162f.).

Die Suche nach externen Bündnispartner*innen erinnert an die Diskussion um das Verhältnis von Sozialer Arbeit und sozialen Bewegungen. L. Wagner arbeitet die historisch enge Verbindung zwischen Sozialer Arbeit auf der einen und Arbeiter*innen-, Frauen- und Jugendbewegung auf der anderen Seite heraus, die auf einer teils übereinstimmenden Kritik an gesellschaftlichen Problemen fußte (vgl. Wagner 2009b: 14ff.). Wagner fordert mit C. W. Müller eine „Herstellung partieller Bündnisfähigkeit“ (Müller zit. n. Wagner 2009b: 17) zu sozialen Bewegungen, um diese Verbindungen zu aktualisieren. Diese Ideen stehen in einem engen Zusammenhang mit den oben erwähnten genossenschaftlichen Ansätzen: Auch hier wird die Grenze zwischen professioneller Sozialer Arbeit und zivilgesellschaftlichen Projekten überbrückt, um einen übergreifenden Ansatz begründen zu können – „als Ausstieg und gleichzeitig als Einstieg in ‚Keimzellen‘ einer Gegengesellschaft“ (Dudeck 2009: 175). Mit diesem Schlagwort lässt sich ein zentrales Ergebnis der Auseinandersetzung mit

den in diesem Kapitel besprochenen Texten fassen: Eine Alternative zu herrschenden Formen Sozialer Arbeit – nicht zuletzt auch in Bezug auf Lohnarbeit – lässt sich vielen Autor*innen zufolge in gemeinschaftlichen Projekten finden, in denen individuell auftretende Probleme nicht isoliert behandelt werden und Gegenentwürfe zu herrschenden Modellen gesellschaftlicher Integration erprobt werden können.